Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 8 1961

Der Bebauungsplan für das Zentrum der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik — Berlin

DK 711.4—122 (43—2.1—11)

Stadtbaudirektor Ehrhardt Gißke

Der Bebauungsplan für das Zentrum der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik — Berlin — wurde auf der Grundlage der politisch-ideologischen Grundkonzeption, wie sie auf dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands festgelegt wurde, aus den Gesamtplänen für die Rekonstruktion unserer Stadt, aus dem Raumordnungsplan, dem Flächennutzungsplan, dem Generalverkehrsplan, dem Plan der Grünflächengestaltung und dem Stadtrandzonenplan entwickelt.

Der von der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin beschlossene und vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik bestätigte Bebauungsplan bildet die Grundlage für die architektonische Hauptgestaltung des Stadtzentrums im Siebenjahrplan.

Es war Aufgabe der Städtebauer, Architekten und Ingenieure, den Bebauungsplan für das Zentrum der Hauptstadt eines sozialistischen Deutschlands zu schaffen, für das Zentrum Berlins, dem städtebaukünstlerischen Höhepunkt der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

Diese Aufgabe wurde durch eine großzügige und großräumige Planung entsprechend den sechzehn Grundsätzen des Städtebaus gelöst.

Die Zahl der Beschäftigten im Zentrum wird 200 000 nicht übersteigen. Die Überbauung liegt mit rund 30 Prozent erheblich unter dem Überbauungsverhältnis der alten City, das 80 bis 90 Prozent betrug. Die Geschoßflächendichte wird bei 1,5 bis 1,8 im Mittel liegen — gegenüber 3 in der alten Innenstadt.

Die maximale Wohndichte wird in den Randgebieten des Zentrums 500 Ew/ha nicht überschreiten, während sie vor der Zerstörung in den inneren Stadtbezirken 1200 Ew/ha und mehr betrug.

Es gilt, die vielfältigen Forderungen zu erfüllen, die an das Stadtzentrum gestellt sind, das heißt ein dem einzelnen wie dem Gemeinschaftsleben der Menschen dienendes Stadtzentrum zu schaffen, in welchem alle gegenwärtigen Bedürfnisse erfüllt werden und die künftigen Bedürfnisse vorausschauend Beachtung finden.

Es galt auch, die wertvollen historischen Bauwerke und die nach der Zerstörung übrig gebliebenen Anlagewerte über und unter der Erde in die Neuplanung einzubeziehen.

Das Stadtzentrum wurde so gestaltet, daß es sich entsprechend seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung als städtebaulicher Höhepunkt heraushebt, zugleich aber mit der Gesamtstadt ein harmonisches Ganzes bildet.

Es wird von einer Zone vielgeschossiger Bebauung umgeben sein, die den großen städtebaulichen Raum der Innenstadt sichtbar werden läßt. Einige dieser Hochhäuser werden in den Blickpunkten der Magistralen, so unter anderem der Friedrichstraße oder der Spree, eine hervorragende Bedeutung in der Gesamtkomposition haben. Die Masse der im Kern des Zentrums neu zu errichtenden Gebäude wird die vorhandene Durchschnittshöhe von 25 bis 30 m kaum überschreiten und sich damit dem historisch gegebenen Maßstab und Massenaufbau anpassen.

Die für Berlin charakteristischen schlanken Turmdominanten, unter ihnen das Rathaus, das Alte Stadthaus, die Marienkirche, die Dombauten am Platz der



Bebauungsplanvorschlag des Kollektivs Professor Hopp, Architekt BDA Schneider, Architekt BDA Mertens (April 1960)

Akademie, sind mit den neuen Dominanten in Einklang gebracht.

Das Zentrale Gebäude für die Volkskammer, den Staatsrat und den Ministerrat am Marx-Engels-Platz erhält entsprechend seiner gesellschaftlichen und städtebaulichen Bedeutung eine Höhendominante, die auf die bestehenden und vorgesehenen Dominanten abzustimmen ist.

Für den ständig ansteigenden Kraftverkehr, für den in der Perspektive mit einem Fahrzeug auf je fünf Einwohner zu rechnen ist, wurde ein leistungsfähiges Straßennetz vorgesehen. Auch dem ruhenden Verkehr wurde der entsprechende Raum in Form von ebenerdigen Parkplätzen und von Hoch- und Tiefgaragen zugewiesen. Die bisherigen Untersuchungen lassen erkennen, daß das Verhältnis der mehrgeschossigen Parkgaragen zu ebenerdigen Abstellflächen mindestens 1:1, besser 2:1 sein muß.

In einigen Verkehrsknotenpunkten ist eine klare Trennung zwischen dem Fahrverkehr und den Zonen für den Fußgänger geplant. Es gibt besondere Bereiche, die nur dem Fußgänger vorbehalten sind. Große Grünräume und Grünzonen verbinden die Funktionsbereiche miteinander; hier sind insbesondere die Uferpromenaden entlang der Spree zu erwähnen.

Um das Zentrum wird ein Ring oder richtiger ein Rechteck von tangierenden Schnellstraßen gelegt. Die Kreuzungspunkte sind für eine Spitzenbelastung bis zu 7000 Kraftfahrzeuge pro Stunde berechnet. Diese Schnellverkehrstangenten dienen in erster Linie den Durchgangsverkehrsströmen, das heißt dem überbezirklichen Binnenverkehr sowie der Verteilung des ein- und ausstrahlenden Verkehrs.

Der Alexanderplatz wird durch die Ausweitung bis zur Kreuzung Liebknechtstraße — Memhardstraße zum größten Verkehrsknotenpunkt Berlins, der in den Spitzenstunden über 8000 Kraftfahrzeuge aufnehmen muß.

Der geplante Straßendurchbruch zwischen Liebknechtstraße und Prenzlauer Allee bringt neben verkehrstechnischen Verbesserungen eine Straffung des Verkehrsraumes Alexanderplatz, der den Platz räumlich noch erfaßbar macht.

Das Straßennetz innerhalb der Schnellverkehrsstraßen (Tangenten) soll nur dem Ziel- und Quellverkehr im Zentrum dienen. In diesem Netz sind als Hauptverkehrsstraßen in Ost-West-Richtung vorgesehen: Stalinallee - Alexanderplatz - Liebknechtstraße - Unter den Linden; Neue Königstraße - Alexanderplatz - Grunerstraße - Molkenmarkt - Gertraudenstraße - Leipziger Straße; der Anschluß an die Nordtangente in westlicher Richtung wird vom Alexanderplatz aus über die Uferstraße entlang der Spree hergestellt.

In Nord-Süd-Richtung sind folgende Hauptverkehrsstraßen vorgesehen:

Alexanderplatz - Alexanderstraße - Brükkenstraße - Heinrich-Heine-Straße; Hackescher Markt - Spandauer Straße - Gertraudenstraße - Ebertbrücke - Universitätsstraße - Markgrafenstraße - Oranienburger Straße - Neustädtische Kirchstraße - Glinkastraße.

Die beiden letztgenannten Straßenzüge dienen als Ersatz für die Friedrichstraße, die zwischen der Spree im Norden und der Französischen Straße frei vom Fahrverkehr als Fußgängerbereich ausgewiesen ist. Die übrigen Straßen tragen den Charakter von Verkehrs- beziehungsweise Aufschließungsstraßen.

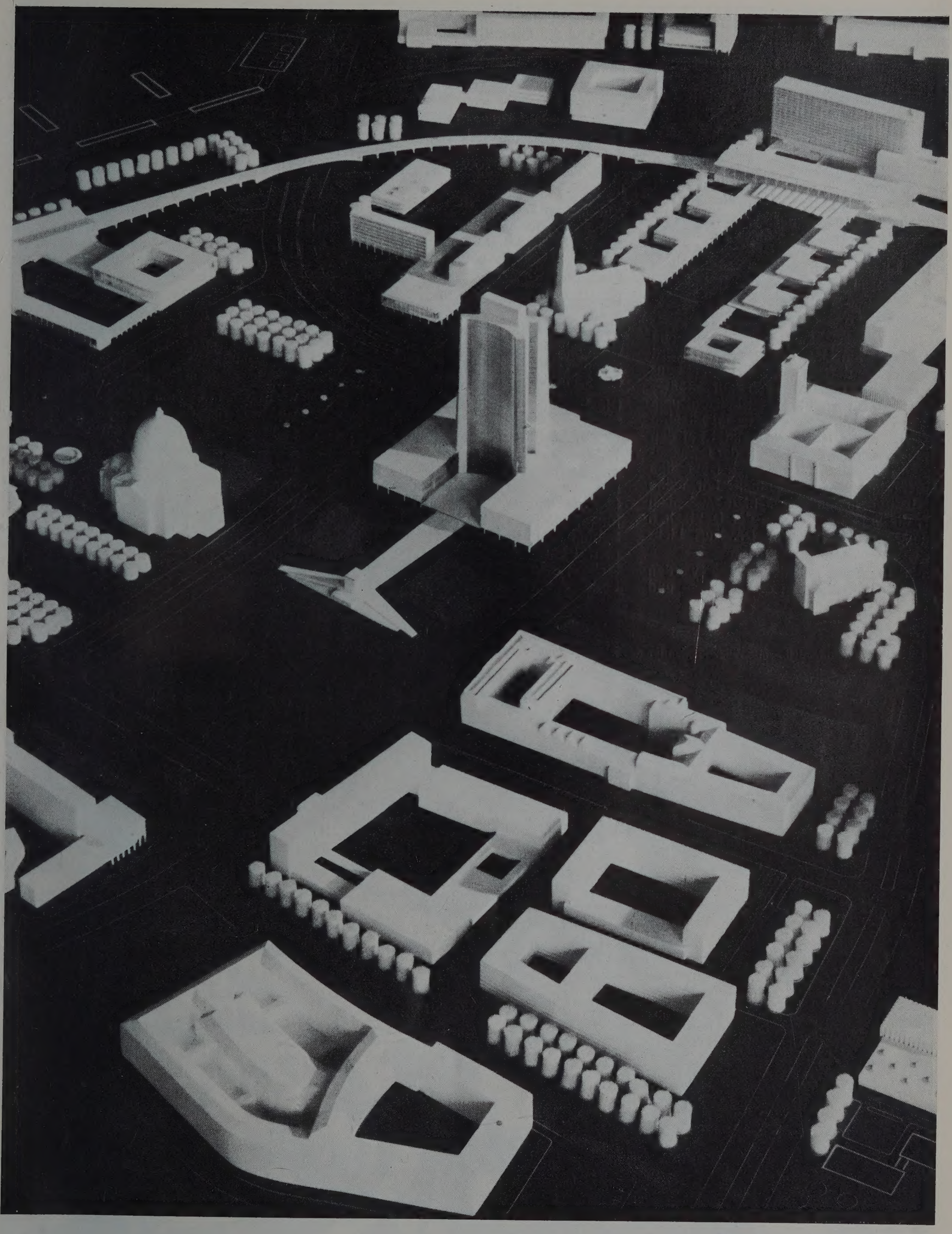
Der Auflockerung und Durchgrünung werden im Zentrum besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So ist unter anderem vorgesehen, den Tiergarten bis zur Wilhelmstraße zu erweitern und großzügige Uferbegrünungen entlang der Spree sowie Grünschutzstreifen entlang der Stadtbahn und den Schnellverkehrsstraßen anzulegen. Durch die Anlage eines Grünzuges zwischen der Werderschen Kirche und dem Spittelmarkt sowie am Südufer der

Bebauungsplanvorschlag des Kollektivs Dipl.-Ing. Kröber, Architekt BDA Leucht (April 1960)

Bebauungsplanvorschlag des Kollektivs Dipl.-Ing. Kaiser Dipl.-Ing. Gericke, Architekt BDA Schweizer (April 1960)

Modell zum bestätigten Bebauungsplan für das Stadtzentrum von Groß-Berlin — Architektonische Hauptgestaltung. Entwurf Stadtbauamt Berlin (März 1961)

Ausschnitt aus dem Modell zum Bebauungsplan für das Stadtzentrum von Groß-Berlin. Blick auf den zentralen Bereich des Stadtzentrums von Osten



Blick auf den Marx-Engels-Platz und das zentrale Gebäude von Südwesten

Friedrichsgracht wird das System der Grünzüge vervollständigt.

Die dem Fußgänger vorbehaltenen Bereiche befinden sich zwischen Rathaus- und Liebknechtstraße, in großen Teilen der Friedrichstraße und der Leipziger Straße sowie selbstverständlich entlang der Spree und innerhalb der Grünräume.

Die städtebauliche Komposition der zentralen Achse — der architektonischen Hauptgestaltung des Stadtzentrums — zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz sieht vor, den Marx-Engels-Platz, der am Schnittpunkt der Ost-West-Längsachse mit der Nord-Süd-Achse der Spreeinsel liegt, als Herzstück und Höhepunkt des Zentrums auszubilden — als Marx-Engels-Forum.

Das Zentrale Gebäude — der politische Mittelpunkt am Marx-Engels-Platz — wird seinem Standort als auch seiner baukörperlichen Gestalt nach zur städtebaulichen Dominante des Stadtzentrums und ganz Berlins werden. Es ist allseitig sichtbar und erlebbar und bildet mit den am Marx-Engels-Platz und in der Rathausstraße stehenden historischen Gebäuden eine architektonische Einheit. Für seine Gestaltung liegen einige neue Gedanken vor, die vom Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Professor Dr. Kurt Liebknecht, entwickelt wurden.

An der Westseite der Spree werden zwischen den Brücken der Rathaus- und Liebknechtstraße das Marx-Engels-Denkmal und die Ehrentribüne ihren Platz finden. Der Platz selbst wird als großer Festraum für die Feste und Feiern des Volkes in besonderer Art gestaltet.

Der Bereich vom Kupfergraben bis zur Nord-Ost-Seite des Alexanderplatzes, zwischen Rathaus- und Liebknechtstraße, wurde als klar gegliederter, großzügiger, einheitlicher städtebaulicher Raum behandelt.

Außer dem Zentralen Gebäude wird auch das siebzehngeschossige Hochhaus am Bahnhof Alexanderplatz in diesem großartigen Ensemble einen hervorragenden Platz finden.

Dieser Großraum wird im Norden und Süden von einer mehrgeschossigen Bebauung gefaßt, zwischen der sich eine ein- und zweigeschossige Bebauung weiträumig einfügt, die dem Fußgängerbereich einen besonderen Charakter verleiht.

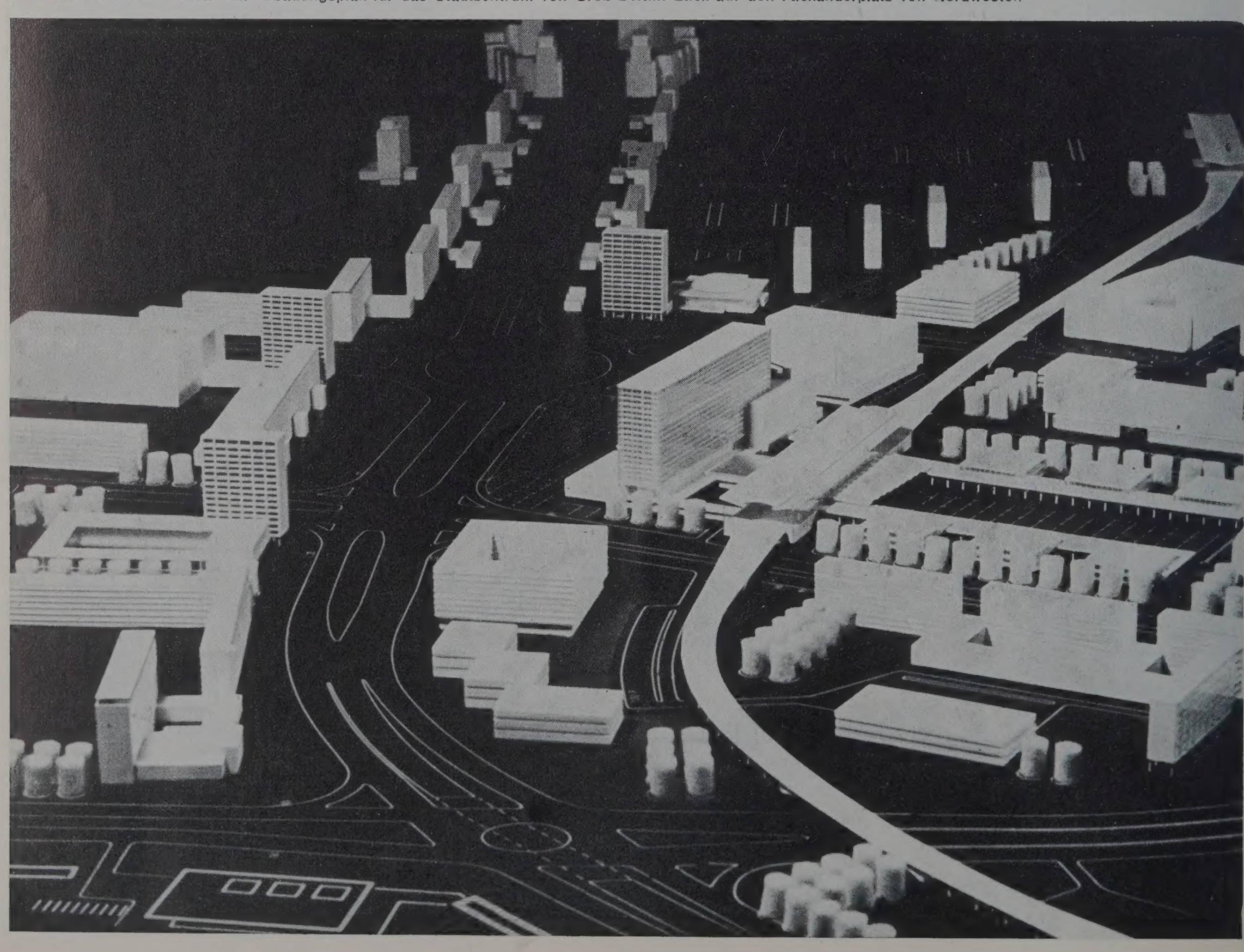
Die Planung für den Wiederaufbau der Straße Unter den Linden sieht vor, die Geschlossenheit des Straßenzuges zu wahren und die im Linden-Statut festgelegte Traufhöhe von 18 m einzuhalten. Die historische Substanz des Berliner Forums und das ehemalige preußische Innenministerium werden in ihrer alten Schönheit in die neue Planung einbezogen. Das Brandenburger Tor wird frei stehen; so kann der Kraftverkehr an beiden Seiten des Tores vorbeigeführt werden.

Der Alexanderplatz hat neben seiner bedeutenden Funktion als Hauptverkehrknotenpunkt im Straßenverkehr sowie der schienengebundenen Massenverkehrsmittel U-Bahn, S-Bahn und vorerst noch Straßenbahn zugleich die Funktion des Zentrums für den Berliner Handel. Durch eine differenzierte Bebauung, die neben achtgeschossigen Gebäuden drei vierzehngeschossige Punkthäuser und ein siebzehngeschossiges Hochhaus vorsieht, wurde ein spannungsreicher Platzraum geschaffen, der trotz seiner Größe einprägsam sein wird, bildet er doch den Endpunkt der Stalinallee und zugleich den Auftakt für den Zentralen Platz mit dem Zentralen Gebäude.

Die städtebauliche Planung für das Stadtzentrum ist abgeschlossen. Die Projektierung für die einzelnen Gebäude und für die umfangreichen tiefbautechnischen und Versorgungsanlagen ist in vollem Gange. Mit der Ausführung der ersten Gebäude wird noch in diesem Jahr begonnen.

Wir sind überzeugt, daß mit der großen und bewährten Kraft unserer Bauarbeiter, der Meister, Architekten und Ingenieure, durch die Mitarbeit und Einsatzbereitschaft der Bevölkerung unserer Hauptstadt und darüber hinaus durch die Mithilfe der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die großen vor uns stehenden Aufgaben erfüllt werden und daß damit unser Stadtzentrum in neuer Schönheit entsteht.

Ausschnitt aus dem Modell zum Bebauungsplan für das Stadtzentrum von Groß-Berlin. Blick auf den Alexanderplatz von Nordwesten





Bestätigter Bebauungsplan für das Stadtzentrum von Groß-Berlin. Entwurf Stadtbauamt Berlin (März 1961) — Kollektiv Architekt BDA Schweizer, Dipl.-Ing. Tscheschner, Dipl.-Ing. Martinetz unter Anleitung von Stadtarchitekt Dipl.-Ing. Hans Gericke

Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlin über den Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

DK 351.785:711.4—168. (43—2.1—11)

Der Aufbau des Zentrums Berlins, der sich in der gespaltenen Stadt unter der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vollzieht, ist ein entscheidender Beitrag für die weitere Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und wird auch auf diesem Gebiet die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung beweisen.

(Waldemar Schmidt, Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Groß-Berlin, auf der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20. April 1961)

I.

Dem vom Magistrat von Groß-Berlin vorgelegten Plan für den Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin wird zugestimmt.

II.

Im Rahmen der architektonischen Hauptgestaltung sind im Siebenjahrplan folgende Baumaßnahmen durchzuführen:

1. Marx-Engels-Platz

Im Bereich des Marx-Engels-Platzes als dem Zentralen Platz Berlins ist an der Ostseite der Spree mit dem Bau des Zentralen Gebäudes für die Oberste Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik und den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zu beginnen.

Auf der Westseite des Marx-Engels-Platzes ist am Spreekanal das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und auf der Südseite des Platzes das Gebäude, in dem der Staatsrat seinen vorläufigen Sizt nimmt, zu errichten.

Das Alte Museum von Schinkel ist in seiner ursprünglichen Form wiederaufzubauen.

2. Alexanderplatz

Der Alexanderplatz ist entsprechend seiner Bedeutung für den Berliner Handel und als Verkehrsknotenpunkt zu gestalten, in seinem Bereich finden Gaststätten und Handelseinrichtungen ihren Standort.

Höhepunkte der Bebauung des Alexanderplatzes sind das Haus des Lehrers, das

Haus des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes, ein Bürohochhaus und ein weiteres siebzehngeschossiges Bürogebäude.

3. Unter den Linden

Beim Wiederaufbau der Straße „Unter den Linden" ist ihrem historischen Charakter Rechnung zu tragen; die kulturell wertvollsten historischen Bauten sind in die Gesamtkonzeption des Ensembles einzubeziehen. Der westliche Abschnitt ist für Botschaften vorzusehen.

Im Anschluß nach Osten finden die Gebäude für die Ministerien für Volksbildung sowie Außenhandel und Innerdeutschen Handel und Bürogebäude, Handelseinrichtungen, Läden und Gaststätten ihren Standort.

Neben den bereits wiederhergestellten kulturhistorischen Bauwerken — Brandenburger Tor, Deutsche Staatsoper, Humboldt-Universität, Neue Wache, Museum für Deutsche Geschichte — sind das ehemalige Kaiser-Wilhelm-Palais und die „Kommode" wiederherzustellen und das ehemalige Prinzessinnen-Palais zum Operncafé auszubauen.

4. Straßenbau

Mit dem verkehrsgerechten Ausbau des innerstädtischen Straßennetzes ist zu beginnen. Dazu gehören

der Ausbau der zweiten Fahrbahn der Stalinallee bis zur Leninallee,

der Bau der Ortsfahrbahn am A-Ring-Nord zwischen Leninplatz und Prenzlauer Allee,

der Neubau der Alexanderstraße von der Jannowitzbrücke bis zum Alexanderplatz,

der Neubau einer Verbindungsstraße von der Prenzlauer Allee zur Memhardtstraße (Alexanderplatz),

der erste Bauabschnitt der Verlängerung der Grunerstraße zum Spittelmarkt.

5. Wärmeversorgung

Für die Versorgung aller Neubauten des Stadtzentrums mit Wärme ist an der Michaelbrücke ein Fernheizkraftwerk (Brennstoff Öl) mit einer Endkapazität von 500/640 t Dampf und 75/96 MW elektrische Leistung zu errichten, und die notwendigen Heizkanäle sind zu bauen. Das Objekt ist im Siebenjahrplan (Energieprogramm) enthalten.

III.

Dem vorgelegten Plan für den Bauablauf wird zugestimmt. Das Schwergewicht ist zunächst auf die Bauten am Marx-Engels-Platz, das Haus des Lehrers am Alexanderplatz und den ersten Teil der Straße „Unter den Linden" zu legen; in der zweiten Hälfte des Siebenjahrplanes sind die restlichen Baumaßnahmen Unter den Linden und am Alexanderplatz durchzuführen. Im Jahre 1961 ist mit folgenden Baumaßnahmen zu beginnen:

Gebäude, in dem der Staatsrat seinen vorläufigen Sitz nimmt,

Gebäude des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten,

Gebäude des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel,

Bürogebäude Unter den Linden Nr. 32 bis 34,

Ausbau des ehemaligen Prinzessinnen-Palais zum Operncafé,

Haus des Lehrers,

Zweite Fahrbahn der Stalinallee,

Neubau der Alexanderstraße.

IV.

Die Investitionen des Siebenjahrplanes sind auf der Grundlage dieses Beschlusses neu zu verteilen. Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

Die im Siebenjahrplan vorgesehene Gesamtsumme ist einzuhalten; die Mittel sind auf Schwerpunkte komplex zu konzentrieren, um eine schnelle Wirksamkeit der Investitionen zu erreichen und geschlossene Teilabschnitte fertigzustellen.

V.

Beim Magistrat von Groß-Berlin ist für alle zentralen und örtlichen Investitionen für das Stadtzentrum ein Hauptplanträger einzusetzen.

Die Fachabteilungen der örtlichen Organe der Staatsmacht haben ihre Planträgeraufgaben für die im Stadtzentrum vorgesehenen Baumaßnahmen dem Hauptplanträger zu übergeben.

Für die zentralen Organe der Staatsmacht ist in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine gleiche Regelung herbeizuführen.

Die Fachministerien und Fachabteilungen der zentralen und örtlichen Organe der Staatsmacht treten als Bauauftraggeber (Bauherren) auf, geben die Aufgabenstellung und bestätigen die Projekte.

VI.

Die Größe der Aufgabe erfordert das Zusammenwirken aller Kräfte. Der Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin ist zur Sache aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt zu machen.

Die Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlin ruft alle Bürger Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik auf, die Maßnahmen zum Aufbau ihrer Hauptstadt aktiv durch gute Taten für den Sieg des Sozialismus zu unterstützen und noch kühner und aufgeschlossener die vielfältigen Möglichkeiten, die die industrielle Produktion im Sozialismus bietet, in vollem Umfange auszuschöpfen.

An alle in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen — insbesondere an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und die Freie Deutsche Jugend — wird appelliert, alle gesellschaftlichen Kräfte zur Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zum Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zu mobilisieren.

Die Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlin und der Bezirksverordnetenversammlungen sowie die örtlichen Organe der Staatsmacht von Groß-Berlin sind verpflichtet, eng mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Die Ständige Kommission Bau- und Wohnungswesen der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin schafft sich für den Aufbau des Zentrums ein großes und arbeitsfähiges Aktiv und erarbeitet gemeinsam mit den Ständigen Kommissionen Bau- und Wohnungswesen der Bezirksverordnetenversammlungen ihre besondere Aufgabenstellung beim Aufbau des Zentrums.

Alle Abgeordneten sollen es als eine vordringliche Aufgabe ansehen, den Aufbau des Zentrums zum Gegenstand einer großen Bewegung der werktätigen Massen zu machen. Sie erläutern den Werktätigen in den Betrieben, Institutionen und Einrichtungen und in den Wohn- und Wirkungsbereichen die große politische und nationale Bedeutung des Aufbaus des Zentrums der Hauptstadt Berlin, gewinnen sie zur aktiven Teilnahme an den Aufbaumaßnahmen und helfen, die Mitwirkung aller Werktätigen zu organisieren.

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuß der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland der Hauptstadt Berlin ein Programm über die Entwicklung einer solchen Massenbewegung auszuarbeiten, durch das die Initiative der Abgeordneten in eine organisierte Form gebracht und der planmäßige, kontinuierliche Einsatz der freiwilligen Aufbauhelfer im Nationalen Aufbauwerk beim Aufbau des Zentrums gesichert wird.

Schwerpunkte der sozialistischen Wettbewerbsbewegung sind die Anwendung der neuen Technik, die weitere Industrialisierung des Ausbaus und die Durchführung der Baumaßnahmen in höchster Qualität mit dem Ziele der maximalen Verkürzung der Bauzeiten.

Zur Förderung der Initiative der Jugend wird der Magistrat beauftragt, durch Festlegung von Jugendobjekten die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Schwung und die Begeisterung unserer Jugend im gesamten Zeitraum des Aufbaus des Zentrums der Hauptstadt Berlin wirksam wird.

VII.

Die Räte der Stadtbezirke betrachten den Aufbau des Stadtzentrums als ihre eigene Sache und unterstützen weitestgehend die planmäßige Durchführung der Bauvorhaben.

Der Magistrat hat zu gewährleisten, daß zur Popularisierung der Aufbaumaßnahmen und zur Aufklärung der Bevölkerung eine Broschüre über den Aufbau des Stadtzentrums herausgegeben wird; die Herausgabe ist mit einer Konsultation für alle Stadtverordnete zu verbinden. Durch gut koordinierte Vorträge, Beratungen und Aussprachen der verschiedenen Organe und Organisationen wie zum Beispiel der Kammer der Technik, des Bundes Deutscher Architekten, der Industriegewerkschaft Bau-Holz und der Ständigen Kommission Bau- und Wohnungswesen ist den Volksvertretern die Möglichkeit zu geben, die Vorschläge der Bauschaffenden für die Durchführung des Bauprogramms sorgsam auszuwerten.

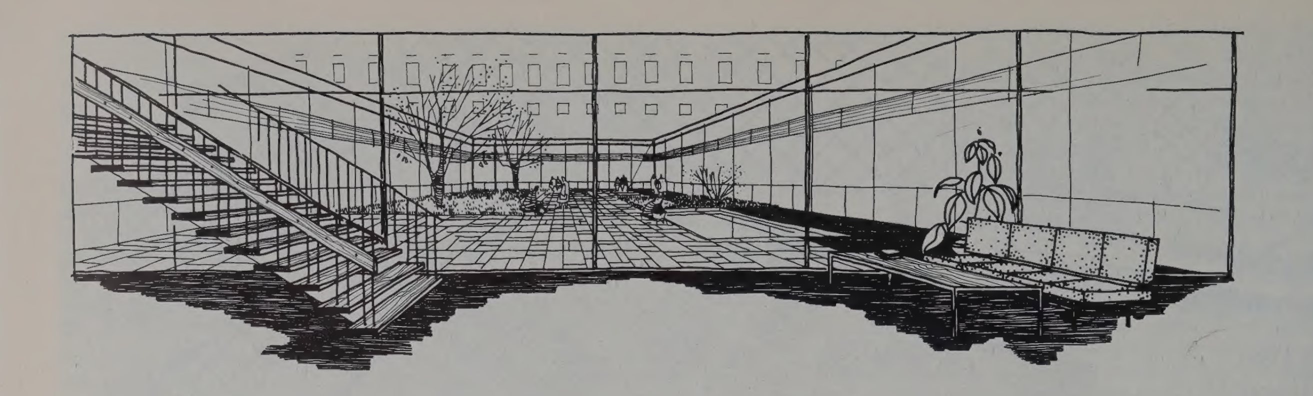
Der Magistrat von Groß-Berlin wird beauftragt, diesen Beschluß dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zur Bestätigung vorzulegen.

FUSSGÄNGERBEREICHE
VORHANDENE DOMINANTEN
GEPLANTE DOMINANTEN
ZONE DER HÖHEREN BEBAUUNG

Die räumliche Struktur des Stadtzentrums auf der Grundlage des bestätigten Bebauungsplanes

Darstellung der architektonischen Hauptgestaltung für das Stadtzentrum mit den Objekten, die in den Jahren 1961/65 begonnen werden

① = 1961
② = 1962
③ = 1963
④ = 1964
⑤ = 1965



Ideenlösung für die neue Berliner Stadtbibliothek

DK 727.8 (43—2.1—11)

Architekt BDA Dipl.-Ing. Heinz Mehlan
Architektin Erika Bärhold

Architekt BDA Harry Reichert
Dipl.-Ing. Gertraude Lehmann

VEB Berlin-Projekt

„Der Zustand der Bibliotheken ist der Index für die Kultur einer Nation" (Lenin)

Zu den interessantesten Aufgaben, die den Architekten beim Wiederaufbau des Stadtzentrums von Berlin gestellt sind, gehören die Erweiterung beziehungsweise Neuplanung der Berliner Stadtbibliothek im Gebäudekomplex des ehemaligen Marstalls.

Die Berliner Stadtbibliothek wurde im Jahre 1901 gegründet und nach mehrjährigen Vorarbeiten im Jahre 1907 mit einem Bestand von rund 90 000 Büchern in der Zimmerstraße im Stadtbezirk Mitte eröffnet. Sie war ursprünglich als Mittelpunkt und Zentralbibliothek des sich ständig erweiternden Netzes der Berliner Volksbüchereien gedacht, übernahm aber während der zwanziger Jahre immer mehr die Funktion einer wissenschaftlichen Bibliothek. Ihr erstes Quartier in der Zimmerstraße war bescheiden und nur als Provisorium gedacht. Der beabsichtigte Neubau nach Plänen von Ludwig Hofmann fiel dem ersten Weltkrieg zum Opfer. Seit dem Jahre 1921 ist die Berliner Stadtbibliothek im ehemaligen Marstall untergebracht. Zwei weitere Neubaupro-projekte kamen ebenfalls nicht zur Ausführung. Ein von Stadtbaurat Ermisch[1] ausgearbeitetes Projekt scheiterte im Jahre 1929 an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, ein anderes aus dem Jahre 1938 an den Kriegsvorbereitungen und der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland. Damit war die Berliner Stadtbibliothek dazu verurteilt, in dem von Anfang an als provisorischen Standort angesehenen Marstall ohne ausreichend zweckentsprechende Räumlichkeiten zu arbeiten. Auch ein Umzug im Jahre 1930 innerhalb der Gebäudeanlage brachte keine wesentliche Verbesserung im funktionellen Ablauf mit sich.

Im Krieg erlitten fast alle Gebäudeteile umfangreiche Schäden. Dennoch konnte schon im Jahre 1945 in einigen behelfsmäßig ausgebauten Räumen ein begrenzter Ausleihdienst wieder aufgenommen werden. Im Jahre 1954 konnten nach weiteren Ausbauarbeiten zwei Leseräume mit rund 50 Plätzen und ein neuer Ausleiheraum zur Verfügung gestellt werden. Mit dieser Zwischenlösung blieb die Bibliothek aber weit hinter den entsprechenden Bibliotheken anderer Hauptstädte

[1] Richard Ermisch, geboren 1885, übernahm Mitte der zwanziger Jahre die Abteilung „Zentraler Entwurf" in der Stadtplanung Berlin. Von seinen Bauten sind zwei besonders hervorzuheben: das Strandbad Wannsee und die großen Bauten auf dem Messegelände am Funkturm.

Baualtersplan 1 : 3333

SPREE

BREITE STRASSE

1624

1665 bis 1670

1896 bis 1902

1952

1 Hauptflügel — 2 Giebelanbau — 3 Spreeflügel — 4 Querbau — 5 Reithalle — 6 Südflügel — 7 Alter Marstall — 8 Ribbeck-Haus — 9 Ritter-Akademie

Bauablaufplan 1 : 3333

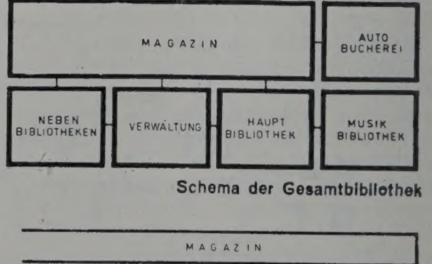
Ausbau 1961

Ausbau 1961/62

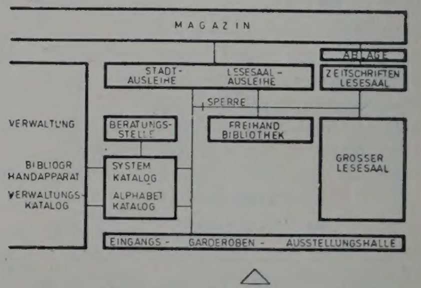
Baubeginn 1963

Baubeginn 1964

Umbau nach 1965



Schema der Gesamtbibliothek



Funktionsschema der Hauptbibliothek



Ansicht Breite Straße 1 : 600

des Auslandes zurück und erreichte noch nicht einmal den Vorkriegsstand.

Die hervorragende kulturelle Bedeutung der Berliner Stadtbibliothek als wissenschaftliche Allgemeinbibliothek ist in ihrer außerordentlichen Breitenwirkung zu sehen. Während die Deutsche Staatsbibliothek auf Grund ihrer zentralen Funktion in der Deutschen Demokratischen Republik und die Universitätsbibliothek vorrangig ihre speziellen Aufgaben erfüllen müssen, steht die Stadtbibliothek der gesamten Bevölkerung, der Industrie, dem Staatsapparat und allen kulturellen Institutionen zur Verfügung.

Der Aufbau einer repräsentativen Stadtbibliothek ist aber auch von größter politischer Bedeutung. Bekanntlich wurde in Westberlin vor einigen Jahren die Amerika-Gedenkbibliothek mit amerikanischen Mitteln errichtet. Diese Bibliothek wurde nach modernsten Gesichtspunkten geplant. Es war beabsichtigt, diese als „Berliner Zentralbibliothek" an die Stelle der Berliner Stadtbibliothek treten zu lassen. Die Berliner Stadtbibliothek wird zwar durch ihre wertvollen Altbestände der Gedenkbibliothek nach wie vor überlegen bleiben, jedoch ist ihre Wirkung infolge der unzulänglichen räumlichen Situation stark beeinträchtigt. Um der Berliner Stadtbibliothek eine bessere Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, hat der Magistrat von Groß-Berlin erhebliche Investitionsmittel für den Aufbau einer großzügigen und modernen Bibliotheksanlage bereitgestellt.

In der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung wurde aber nicht nur die erforderliche Vergrößerung der Magazine, Publikums- und Verwaltungsräume berücksichtigt, sondern es wurde zugleich in Übereinstimmung mit dem Perspektivplan eine wesentliche Erhöhung des kulturpolitischen Wirkungsgrades gefordert. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgt der Bau einer Reihe neuer Einrichtungen. Unter anderem sind eine Beratungsstelle für technische und naturwissenschaftliche Literatur, eine Freihandbibliothek mit 20 000 bis 30 000 Bänden, der weitere Ausbau der Autobüchereien, die zur Literaturversorgung der Randgebiete dienen, und die Einrichtung einer Musikbibliothek geplant. Die Musikbibliothek dürfte eine besondere Anziehungskraft ausüben, da zur Zeit keine öffentliche Musikbücherei vorhanden ist.



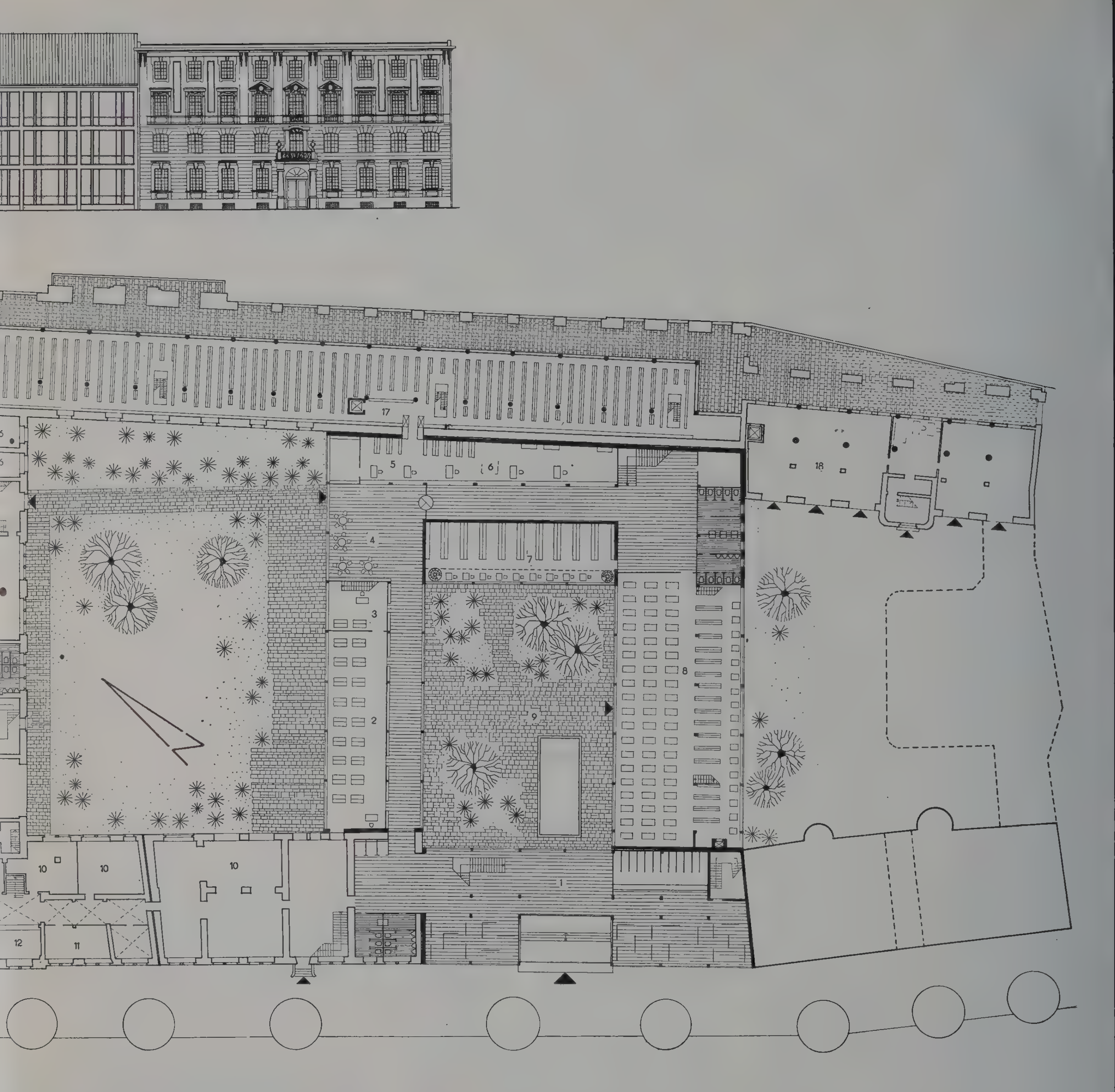
Grundriß Erdgeschoß 1 : 600

1 Windfang, Eingangshalle und Ausstellung, Garderobe — 2 Alphabetischer und systematischer Katalog — 3 Beratung und Annahme — 4 Zeitungsauslage — 5 Außer-Haus-Ausleihe — 6 Lesesaal-Ausleihe — 7 Freihandbibliothek — 8 Großer Lesesaal — 9 Lesehof — 10 Verwaltungskatalog — 11 Akzession — 12 Pförtner für Nebenbibliotheken — 13 Verwaltung — 14 Expedition — 15 Buchbinderei — 16 Volks- und Betriebsbücherei — 17 Magazin — 18 Autobibliothek (Garagen)

Neben ihren wissenschaftlichen und bibliothekarischen Aufgaben soll sich die Berliner Stadtbibliothek aber auch zu einem kulturellen Zentrum unserer Stadt entwickeln. Das dem Projektanten übergebene Programm verlangt daher auch Räume, in denen Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen, Dichtervorlesungen, Musikabende und wissenschaftliche Kongresse stattfinden können.

Der Gebäudekomplex des ehemaligen Marstalls, in den nunmehr die Berliner Stadtbibliothek ihre endgültige Unterkunft finden soll; wurde in seinen wesentlichen Teilen in den Jahren 1896 bis 1902 nach den Plänen des Geheimen Hofbaurates Ernst Ihne[2] errichtet. Die in der Breiten Straße liegenden historischen Häuser — der Alte Marstall, in den Jahren 1665 bis 1670 von Dr. Matthias Smids erbaut, das Ribbeck-Haus aus dem Jahre 1624 und die von Gentz geplante Ritter-Akademie (1803) — blieben erhalten und wurden in die Anlage einbezogen. Sämtliche Gebäudeteile wurden, wie schon oben erwähnt, durch Kriegseinwirkungen mehr oder weniger stark beschädigt. Während die Ritter-Akademie gänzlich abgetragen werden mußte, konnten der Alte Marstall und das Ribbeck-Haus im Jahre 1952 restauriert werden. Ebenfalls wiederhergestellt wurden in den Jahren 1953/1954 der nördliche Querbau für die Berliner Stadtbibliothek und die Gebäude auf dem Grundstück

[2] Ernst von Ihne (1848 — 1917) baute als kaiserlicher Hofarchitekt in Berlin unter anderem das Kaiser-Friedrich-Museum (1904) und die Staatsbibliothek (1914). Sein eklektischer Stil traf wohl den Geschmack seiner Auftraggeber, die ihn 1914 sogar mit dem Titel „Exzellenz" ehrten, von der Fachkritik wurde Ihne jedoch angegriffen und ihm „schematische Kopie historischer Stilelemente, kühle, unpersönliche und konventionelle Verwertung fleißig studierter geschichtlicher Formen" vorgeworfen.



Breite Straße 30 bis 31. Die im Hauptflügel in den Jahren 1951/1952 begonnenen umfangreichen Bauarbeiten mußten Ende des Jahres 1952 eingestellt werden. Der Spreeflügel erhielt lediglich über den beiden erhalten gebliebenen unteren Geschossen, die zur Zeit als Büchermagazine dienen, ein Notdach. Am Zustand der Reithalle hat sich seit dem Jahre 1945 nichts verändert.

Zunächst war zu überprüfen, was von der vorhandenen Substanz überhaupt für die Zwecke der Bibliothek verwendbar sein könnte. Die von uns gewählte Lage der Berliner Stadtbibliothek im südlichen Teil des Gebäudekomplexes ergab sich hauptsächlich durch die schon vorhandenen Magazine im Spreeflügel, der sich als Magazintrakt aus verschiedenen Gründen anbietet. Für die Publikumsräume der Hauptbibliothek sahen wir einen flachen Neubau mit Innenhof als Verbindung zwischen Magazin und dem Trakt an der Breiten Straße vor. So konnte nicht nur eine funktionell richtige Anordnung gefunden, sondern auch den Publikumsräumen die richtige Lage zur Himmelsrichtung und ausreichende Belichtung gegeben werden. Im Prinzip ähnliche Lösungen (Herausnahme der Publikumsräume aus der alten Anlage) sind bei Bibliothekserweiterungen der letzten Jahre im Ausland schon mit guten Ergebnissen angewandt worden.

Der Hauptzugang zur Bibliothek wurde dann folgerichtig im Neubau in der Breiten Straße vorgesehen, während die Nebenbibliotheken, mit Ausnahme der Musikbibliothek in der Breiten Straße, im Querbau angeordnet werden können. Die Verwaltung der Bibliothek soll im Alten Marstall und im Ribbeck-Haus untergebracht werden.

Neben der Erfüllung der funktionellen Forderungen, die von den Bibliothekaren gestellt wurden, war auch der Wunsch nach einer ruhigen Lage für die Publikumsräume zu berücksichtigen und deshalb für die gewählte Anordnung mitentscheidend. Nach eingehender Durchsicht und überschläglicher Ermittlung der vorhandenen beziehungsweise der durch den Aus- und Neubau zu gewinnenen Flächen ergab sich, daß für die Unterbringung aller im Raumprogramm geforderten Räume der gesamte Gebäudekomplex mit Ausnahme des Hauptflügels am Marx-Engels-Platz





und des nördlichen Teiles des Spreeflügels genutzt werden muß. Die den großen Hof teilende frühere Reithalle wird im Jahre 1962 abgerissen. Der massige Baukörper beschattet nicht nur die Innenhöfe und die angrenzenden Gebäude, er würde vor allem mit seiner Westseite nur etwa 7 m Abstand vom neuen Gebäude an der Breiten Straße haben.

Während die Leser der Nebenbibliotheken im Querbau diese über den Eingang im Alten Marstall erreichen, betritt man die Hauptbibliothek durch den Neubau in der Breiten Straße. Von der Eingangshalle mit Garderoben und einer kleinen Ausstellung hat der Besucher einen schönen Blick in den kleinen reizvollen Innenhof und sofort eine Übersicht der wichtigsten Räume der Bibliothek. Auf der gegenüberliegenden Seite des Innenhofes präsentiert die Freihandbücherei ihren gesamten Bestand von 25 000 Bänden in zweigeschossiger Magazinaufstellung.

Die rechte Seite des Innenhofes gewährt einen Einblick in den großen Lesesaal mit einer Freihandbibliothek (20 000 Bände) auf der Rückseite. Entlang der linken Seite des Innenhofes führt zur Ausleihe ein Gang, an dessen Rückwand die Neuerscheinungen in Vitrinen ausgestellt werden. So wird schon beim Betreten der Bibliothek von allen drei Seiten wirkungsvoll die Beziehung zwischen Buch und Leser hergestellt, ein ,,Wunschtraum" aller fortschrittlichen Bibliothekare.

Die Katalogräume sind vom Gang zu betreten und öffnen sich zum großen Innenhof. Ebenfalls an diesem großen Hof liegen die Außer-Haus-Ausleihe; die anschließende Lesesaal-Ausleihe dagegen wurde hinter der Freihandbibliothek angeordnet und erhält Oberlicht. Auf der parallel zum Magazin verlaufenden länglichen Ausleihe ist eine maximale ,,Nahtstelle" zwischen beiden gegeben, die großen Spielraum bei Veränderungen zuläßt.

Der Zeitschriften-Lesesaal befindet sich über dem Freihandteil des großen Lesesaales und ist von diesem aus direkt zugänglich. Durch diese enge Verbindung wird ein konzentriertes Arbeiten des Benutzers ermöglicht.

Im Obergeschoß des linken Flügels sind die Beratungsstellen für technisch-wissenschaftliche Literatur, Bibliographie-Räume, ein Raum für den bibliographischen Handapparat, Einzelstudierräume und die Schlußstelle mit Verbindung zum Magazin vorgesehen.

Die beiden Obergeschosse des Neubaus in der Breiten Straße sollen die Musikbibliothek aufnehmen, wobei der große Vortragssaal auch für allgemeine Zwecke benutzt werden kann.

Auf die Anordnung der Verwaltungsräume im Alten Marstall und im Ribbeck-Haus soll hier noch nicht näher eingegangen werden, da die genaue Aufteilung erst an Hand dieses Studienprojektes von der Bibliotheksverwaltung vorgenommen wird.

Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß die Akzession und der Verwaltungskatalog in das Erdgeschoß des Ribbeck-Hauses gelegt wurden, so daß zu den Publikumskatalogen eine unmittelbare Verbindung hergestellt ist und dadurch die Arbeit an den Katalogen in vorteilhafter Weise durchgeführt werden kann.

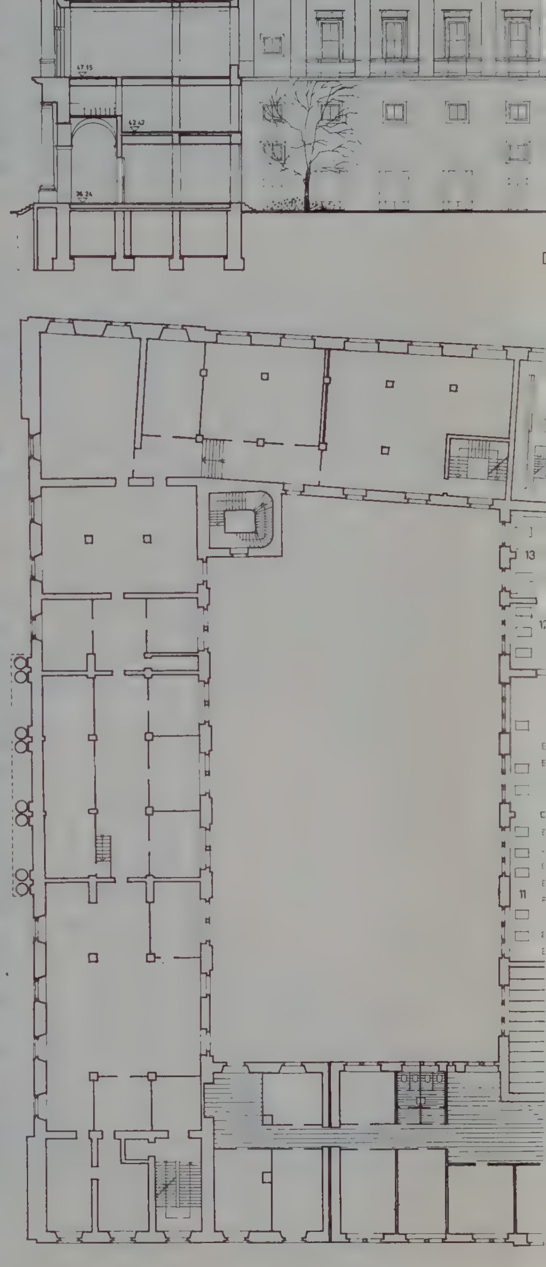
Das im Spreeflügel zur Zeit vorhandene Magazin (2400 m²) ist entsprechend den Forderungen der Bibliothek auf etwa 5000 m² zu erweitern. Davon können 1200 m² durch eine Renovierung des Untergeschosses und weitere 1200 m² durch den Ausbau des 2. Obergeschosses ohne Schwierigkeiten gewonnen werden. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß der Spreeflügel außerordentlich solide ausgeführt worden ist. Das Erdgeschoß und das erste Obergeschoß wurden als Pferdeställe benutzt, und das zweite Obergeschoß diente zur Unterstellung der Hofkutschen. Demzufolge sind die schweren Decken auch für Magazinzwecke statisch ausreichend. Die Gründung des Bauwerkes erfolgt durch breite Streifenfundamente. Entsprechend der Forderung des Stadtbauamtes Berlin ist bei der Planung eine entlang der Spree verlaufende Kolonnade zu berücksichtigen.

Als Reservefläche und für alte Bestände sind die Kellerräume des neuen Verbindungsbaus zwischen Spreeflügel und Breite Straße (Hauptbibliothek) vorgesehen, soweit sie nicht für die Lüftungsanlagen in Anspruch genommen werden.

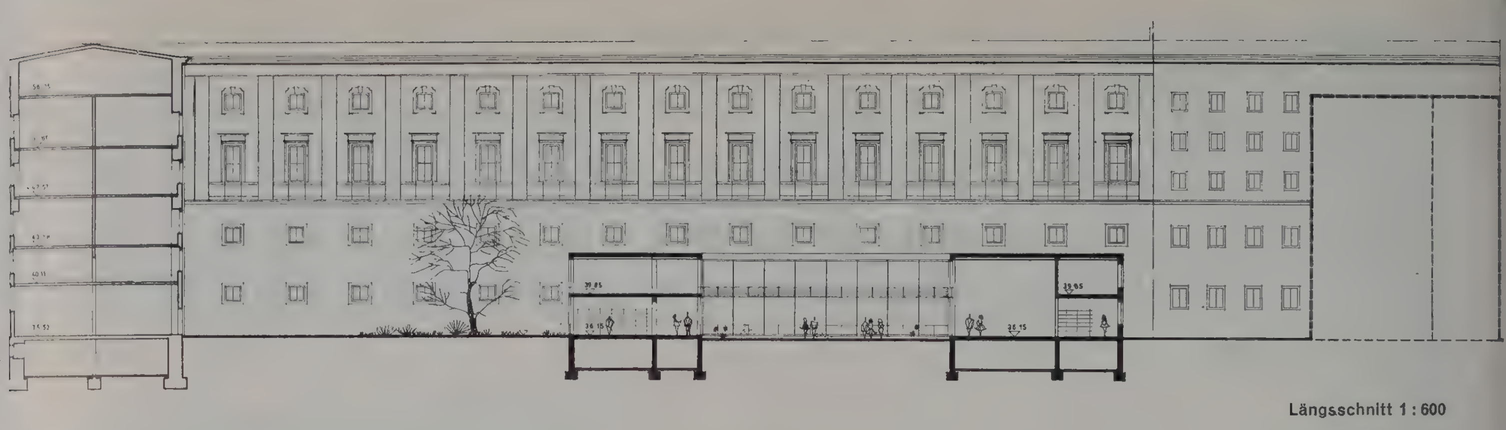
Bei der Ausarbeitung der hier dargestellten Ideenlösung kam es naturgemäß nicht so sehr auf die Klärung aller Einzelfragen und Beziehungen, zum Beispiel die der Verwaltungsraumgruppen untereinander, sondern im wesentlichen darauf an, für das außerordentlich umfangreiche und differenzierte Raumprogramm eine funktionell übersichtliche und baulich eindeutige Gesamtkonzeption zu finden. Es wurde uns bald klar, daß die Neuplanung einer Bibliothek vorrangig eine organisatorische Aufgabe ist. Diese ist aber ohne eine weitgehende Zusammenarbeit mit den Bibliothekaren vom Architekten allein nicht zu lösen. Deshalb ist es um so erfreulicher, an dieser Stelle von einem echten Zusammenwirken der Mitarbeiter der Berliner Stadtbibliohtek und der Architekten berichten zu können. So erhielten wir Architekten zunächst einen gründlichen Einblick an Ort und Stelle in die Arbeit und den Ablauf der Bibliothek. Während der Entwurfsarbeit wurden zwei intensive Projektbesprechungen durchgeführt, die wesentlich zur Abstimmung aller von den Mitarbeitern der einzelnen Bibliotheksabteilungen vorgetragenen Forderungen und Wünsche beitrugen. Schließlich konzentrierte sich die Diskussion auf die Publikumsräume der Hauptbibliothek als Kernstück der gesamten Anlage.

Neben der Erfüllung der organisatorisch-funktionellen Forderungen galt es aber auch für den Architekten, die Bedeutung der Stadtbibliothek als eine der wichtigsten kulturellen Einrichtungen unserer Stadt in ihrer Erscheinung zum Ausdruck zu bringen. Daß dabei auf jede unechte, rein äußerliche Repräsentation verzichtet werden mußte, schien uns selbstverständlich zu sein.

Die Gestaltung einer Bibliothek, im Grundriß wie im Äußeren, muß aus ihrem speziellen Charakter und ihrem Wesen abgeleitet werden. Eine solche Zielsetzung wird durch einige Tendenzen in neuzeitlichen internationalen Bibliotheksbau begünstigt. Während man bis vor einigen Jahrzehnten das Hauptproblem in der Unterbringung der lawinenartig anwachsenden Büchermassen sah und im übrigen die Anwendung ehrfurchtgebietender, zum Beispiel neobarocker Stilelemente für Inneres und Äußeres als gerade noch würdig genug erachtete, hat sich in den letzten Jahren immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß auch in der wissenschaftlichen Bibliothek die ursprünglich in der Einraumbibliothek des Mittelalters und Barocks vorhandene lebendige Beziehung zwischen Buch und Leser wiederhergestellt werden müsse. Letztlich bedeutet das aber nichts anderes, als die Bücher in die Lesesäle zurückzubringen und in Form von Freihandbibliotheken für den Leser zugänglich zu machen. In den Lesesälen unserer wissenschaftlichen Bibliotheken fand der Leser bislang nur einen kleinen Freihandbestand — in der Hauptsache Nachschlagewerke und bestimmte Standardwerke —, die Hauptmasse der Bücher war ihm nur über das



Kata
gäng
wiss
gesc
Büch
vorz
durc
führ
für
den.
wich
gab
Arc
Prei
cher
Wes
wird
geis
kult
geb
füllt
A



Längsschnitt 1 : 600

Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 600
1 Musikbibliothek — 2 Bibliographische Abteilung — 3 Beratung für technisch-wissenschaftliche Literatur — 4 Bibliographischer Handapparat — 5 Studierräume — 6 Schlußstelle — 7 Zeitschriften-Lesesaal — 8 Zeitschriften-Ablage — 9 Wissenschaftliche Mitarbeiter — 10 Vorraum und Garderobe für Nebenbibliotheken — 11 Freihandbibliothek (Ratsbibliothek) — 12 Ausleihe (Ratsbibliothek) — 13 Katalog und Arbeitsraum (Ratsbibliothek) — 14 Studierraum (Ratsbibliothek) — 15 Magazin — 16 Magazin für die Autobibliothek — 17 Mitarbeiter für die Autobibliothek

logsystem und die Ausleihe zu- glich. Da es nun andererseits für enschaftliche Bibliotheken völlig aus- :hlossen ist, etwa für den gesamten herbestand eine Freihandaufstellung usehen, wie es für Volksbüchereien :haus wünschenswert und auch durch- bar ist, muß eine bestimmte Auswahl die Freihandbibliothek getroffen wer- . Dem Bibliothekar ist damit eine ıtige kulturelle und erzieherische Auf- e gestellt worden. Die Aufgabe des hitekten aber ist es nicht, um jeden s Büchermagazine in Form von Spei- ·türmen zu planen, damit so das sen der Bibliothek symbolisch erfaßbar l, sondern der Bibliothek als Stätte tiger Arbeit und Vermittlerin unseres urellen Erbes geeignete Räume zu en und in ihnen eine vom Buch er- e Atmosphäre zu schaffen.

rchitekt BDA Dipl.-Ing. Heinz Mehlau



Querschnitt 1 : 600



Verwaltungskomplex des Ministeriums für Volksbildung

DK 725.121 (43—2.1—11)

Architekt BDA Dipl.-Ing. Manfred Hörner
Architekt Eberhard Mueller
Dipl.-Architektin Hannelore Köhler
VEB Berlin-Projekt

Die Publikation von Einzelprojekten in der Fachliteratur bezieht sich im allgemeinen auf solche, die ausgeführt sind oder bereits ein bestimmtes Ausführungsstadium erreicht haben, wenn man von Wettbewerbsergebnissen und ähnlichem absieht.

Im folgenden soll jedoch über die Entwurfsarbeit an einem Gebäude berichtet werden, die gegenwärtig lediglich bis zur Phase der Ideenlösung gediehen ist. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß eine Reihe technisch-konstruktiver und auch funktioneller Probleme zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht völlig gelöst ist.

Mit dem Wiederaufbau des stark zerstörten Zentrums unserer Hauptstadt ergibt sich jedoch insgesamt eine so bedeutende gesellschaftliche und politische Aufgabenstellung nationalen Charakters, daß es geraten erscheint, auch Teillösungen zu guter Zeit dem Urteil einer breiten Öffentlichkeit anheimzustellen. Besonders der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden wird auch im internationalen Maßstab starke Beachtung finden.

Es handelt sich um die Bebauung Unter den Linden Ecke Wilhelmstraße in Fortsetzung der Botschaft der UdSSR. Das künftige Gebäude soll seiner volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung nach als Erweiterungsbau des Ministeriums für Volksbildung genutzt werden, wobei Abteilungen und Einrichtungen des Ministeriums, die zur Zeit noch in anderen Gebäuden der Stadt untergebracht sind, auf einem gemeinsamen Areal vereinigt werden können. Die Erarbeitung der Ideenlösung diente in erster Linie der Ergänzung der vorliegenden städtebaulichen Gesamtkonzeption im architektonischen Detail.

Aus dem Standort des Gebäudes am Anfang der Straße Unter den Linden am Pariser Platz — gegenüber dem Brandenburger Tor — ergibt sich, daß es mit seinem architektonischen Charakter eine außerordentliche Funktion zu erfüllen hat. Es wird somit erforderlich, an dieser Stelle einen geeigneten architektonischen Akzent zu schaffen, wird doch gerade an dieser Stelle zusammen mit der gegenüberliegenden Eckbebauung an der Neuen Wilhelmstraße die historische Straße Unter den Linden durch eine Art „Pfortensituation" von Westen erschlossen und von hier ab eine fast konstante Bebauungshöhe bis zum Marx-Engels-Platz eingehalten.

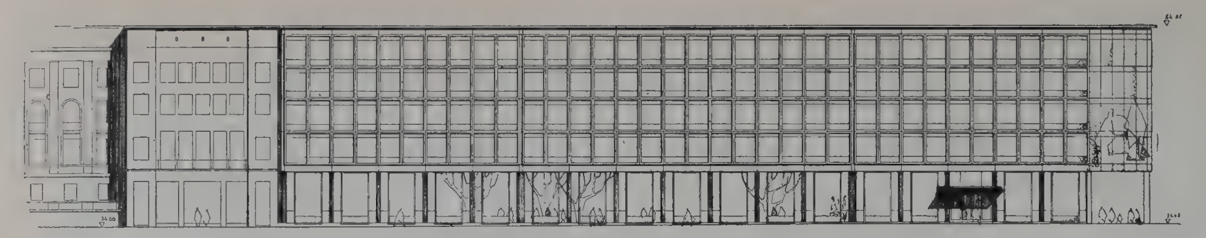
Wie im allgemeinen gelten auch für dieses Beispiel Bedingungen für die Einzelbebauung, die einmal aus der Einordnung innerhalb des unmittelbaren städtebaulichen Ensembles resultieren und zum anderen durch die noch vorhandene Gebäudesubstanz gegeben sind, deren Abbruch ihres noch guten baulichen Zustandes oder ihres kulturhistorischen Wertes wegen nicht erfolgen kann.

Darüber hinaus schließen an das neu zu errichtende Gebäude östlich und westlich zwei Gebäudekomplexe an, die gemäß ihrem politischen und gesellschaftlichen Inhalt in der architektonischen Gestaltung mit symbolisierender Charakteristik in Erscheinung zu treten haben. Es handelt sich einerseits um das Gebäude der Botschaft der UdSSR und zum anderen um den künftigen Komplex der Botschaft der Volksrepublik China am Pariser Platz. Diese Situation erfordert für den zu schaffenden Baukörper ruhige Zurückhaltung, die jedoch entsprechend dem Charakter der Lindenbebauung eine gewisse „Vornehmheit" nicht entbehren sollte. Einzelakzente könnten dabei schaden, was nicht ausschließt, daß die Fassade in der horizontalen und vertikalen Gliederung die erforderliche Dynamik erhält, um nicht monoton zu wirken.

Da daß Grundstück an der Wilhelmstraße geschlossen zu bebauen ist, ergibt sich ein spitzwinkliger Baukörper, der Unter den Linden an den Giebel des Hauses Nr. 67 und in der Wilhelmstraße an den vorhandenen, etwa um die Jahrhundertwende im klassizistischen Stil errichteten Altbau des Ministeriums für Volksbildung anschließt.

Das Haus Unter den Linden Nr. 67, zwischen der Botschaft der UdSSR und dem geplanten Neubau gelegen, soll aus volkswirtschaftlichen Gründen erhalten bleiben, jedoch durch Abbruch des Dachgeschosses und Erneuerung der Fassade der Gesamtentwicklung angeglichen werden, so daß ein neutraler „Verbindungs"-Baukörper zeitbedingte Unterschiede in der architektonischen Grundhaltung ausgleicht. Das gesamte Hintergelände bis zur Behrenstraße muß saniert werden, um für die Bauausführung und eine zweckmäßig funktionell-konstruktive Lösung die notwendige Bewegungsfreiheit zu erlangen. Hierzu sind im gedrängten Gebäudebestand einige Abbrüche erforderlich. Diese Maßnahmen sind jedoch in weiteren Bauabschnitten vorgesehen, und die erarbeiteten Entwurfsstudien haben zunächst nur informatorischen Charakter. Die noch vorhandene Ruine zwischen dem Altbau des Ministeriums für Volksbildung und der Sowjetischen Botschaft in der Behrenstraße soll abgebrochen werden. An gleicher Stelle wird ein Neubau errichtet. Außerdem sind hier Ein- und Ausfahrten für den Kraftwagenverkehr vorgesehen, der sich aus einer auf dem Grundstück geplanten Garage für mindestens 60 Fahrzeuge ergibt, da ständig benutzte Ein- und Ausfahrten an den Neubauabschnitten Unter den Linden und Wilhelmstraße aus verkehrstechnischen Gründen nicht zu vertreten sind. Zugleich sind bestimmte Forderungen für den Brandschutz und Luftschutz zu erfüllen.

Das Raumprogramm enthält ferner einen Lektionssaal für 300 bis 400 Personen und eine Bibliothek für mindestens 100 000 Bände. Diese Einrichtungen ordnen sich funktionell dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut zu, das in den Gebäudekomplex mit aufgenommen werden soll.



Ansicht Unter den Linden 1 : 700

Funktionelle Lösung

Die Aufgabenstellung, einen Verwaltungsbereich mit Funktionen des Staatsapparates sowie ein ganzes Institut mit wissenschaftlichem Betrieb im gleichen Gebäude unterzubringen — wobei ein Teil der Einrichtungen gemeinsam genutzt werden soll —, machte zunächst, unabhängig von den funktionellen Beziehungen, eine Nutzflächenbilanzierung erforderlich. Im Ergebnis erwies es sich als zweckmäßig, den geforderten Raumbedarf für den Arbeitsbereich des Ministeriums für Volksbildung im künftigen Gebäudeteil an der Wilhelmstraße unterzubringen. Hier ist im 2. und 3. Obergeschoß die Möglichkeit einer Verbindung zum Altbau gegeben. Für das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut, das dem Ministerium für Volksbildung nachgeordnet ist, bleibt somit der Neubauabschnitt Unter den Linden vorbehalten. Im Durchdringungsbereich der beiden Baukörper wurden in allen Geschossen diejenigen Raumgruppen untergebracht, die einer gemeinsamen Nutzung zugänglich sein sollen. An dieser Stelle, nämlich Unter den Linden, erhält das Gebäude den einzigen Haupteingang an der Straßenseite.

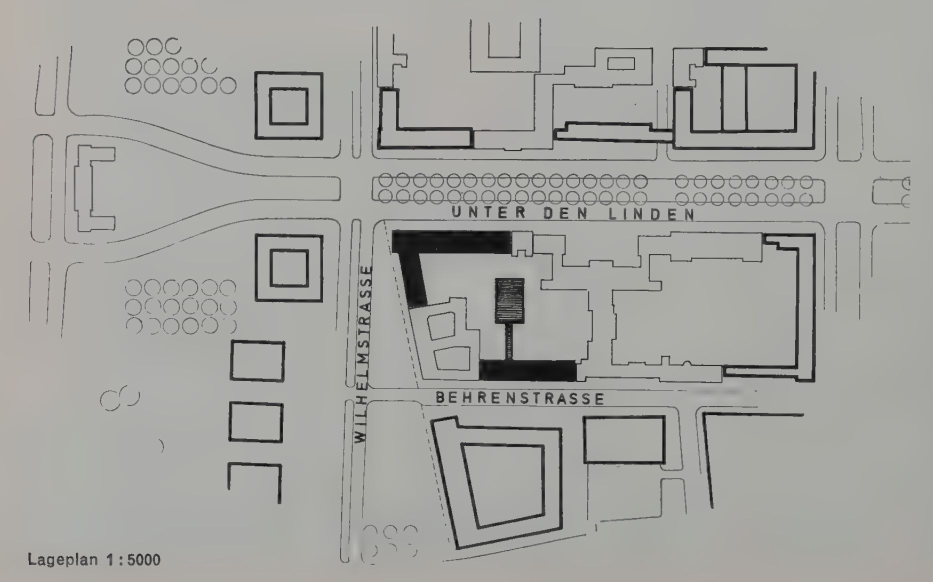
An die Empfangshalle mit Anmeldung und Garderobe schließen sich unmittelbar zwei Aufzüge für je acht Personen an, die von den Benutzern selbst bedient werden können. Im übrigen sind entsprechend den brandschutztechnischen Bestimmungen in beiden Gebäudeteilen drei Treppenhäuser angeordnet.

An die Empfangshalle schließt sich im Erdgeschoß Unter den Linden eine Ausstellungshalle an, die der Publikation aus verschiedenen Gebieten der Lehrtätigkeit dienen soll. Das Erdgeschoß in der Wilhelmstraße soll eine Buchhandlung enthalten, die von der Straße her zugänglich ist. Außerdem wurden hier, vom Hof und vom Gebäudeinneren aus zugänglich, Sozialräume untergebracht.

Die Arbeitsräume für das Ministerium und das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut wurden jeweils in den vier Obergeschossen vorgesehen. Das zugrunde liegende Gebäuderaster gestattet zwar bei den geforderten Arbeitsräumen für eine oder mehrere Personen eine gewisse Flexibilität, aber die Variationsmöglichkeiten für zusammenhängend geforderte Raumgruppen sind durch die durchgehenden Wandscheiben für die Aussteifung des Gebäudes stark eingeschränkt.

Sämtliche Konferenzräume wurden am Giebel des Gebäudes angeordnet, womit die besondere äußere Gestaltung eine entsprechende Bedeutung von der inneren Funktion her erhält. Die sich am Zusammenschluß der Gebäudetrakte ergebenden unbelichteten Räume wurden einer geeigneten Zweckbestimmung zugeführt. So wurde hier im 1. Obergeschoß die Telefonzentrale untergebracht. Im 2. Obergeschoß ist an dieser Stelle ein Imbißraum vorgesehen.

Durch die spätere Sanierung der alten Hofbebauung ist die Möglichkeit gegeben, eine Tiefgarage mit 60 Boxen zu bauen, deren Stützensystem einen zweigeschossigen Baukörper aufnehmen kann, der die in der Standardbauweise nicht unterzubringende Bibliothek nebst Archiv sowie den Konferenzsaal für 300 bis 400 Personen enthält. Der Zugang zu diesem Gebäude ergibt sich am zweckmäßigsten durch das neu zu errichtende Verwaltungsgebäude an der Behrenstraße. Der freibleibende Hofraum läßt in ausreichendem Umfang eine gärtnerische Gestaltung und schattengebende Begrünung zu.



Lageplan 1 : 5000

Konstruktive Lösung

Entsprechend der augenblicklichen Entwicklung unserer Bauproduktion zu einem modernen Industriezweig der Volkswirtschaft versteht es sich von selbst, bei einer derart umfangreichen Bauaufgabe, wie sie der Wiederaufbau des zerstörten Stadtzentrums von Berlin darstellt, den technologischen Gegebenheiten der Industrialisierung sowohl mit der Wahl der Konstruktionsprinzipien der Gebäude als auch im gestalterisch-konstruktiven Detail einen möglichst weiten Raum zu gewähren. Traditionell monolithische Bauweisen sind daher weitestgehend einzuschränken.

Das ist gegebenermaßen Neuland für den größeren Kreis der Praktiker. Je konsequenter dieser Weg aber beschritten wird, desto zügiger kann nicht nur der Wiederaufbau vonstatten gehen, sondern es entwickelt sich daraus auch zugleich eine neue Qualität der Architektur. Diese Qualität liegt nicht allein und vielleicht zunächst auch nicht zuerst im Formalen begründet, sondern beinhaltet zugleich die Anwendung der fortgeschrittensten und modernsten Technik bei der Bauausführung und auch für die künftige Nutzung und Betrachtung.

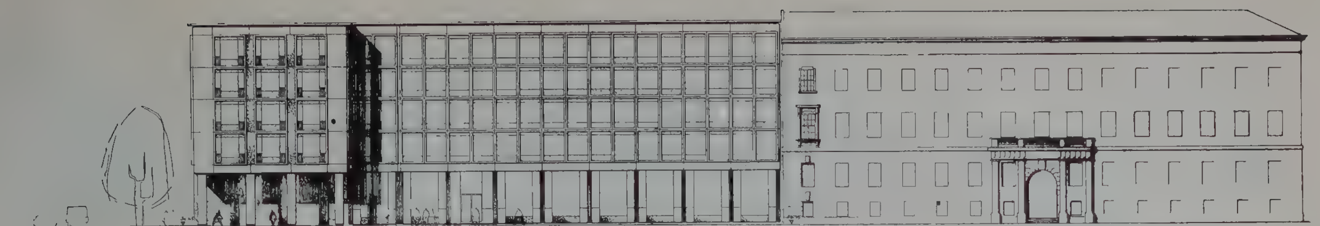
Es kann also jeweils nur eine solche Bauweise zur Anwendung kommen, die die Prinzipien der industriellen Vorfertigung und der möglichst kompletten Montage großer, aber im Raumgewicht leichter Einzelelemente auf der Baustelle in großzügiger Weise gewährleistet. Das enthebt schon von der Sache her den entwerfenden Architekten jeglicher formaler Spekulationen, wenn er vorher die von der Technologie des Bauens her sich entwickelnden neuen Formgesetze gründlich untersucht hat. Das Studium der möglichen oder bekannten Bauweisen, die auf dem Prinzip der industriellen Vorfertigung und Montage beruhen, ist daher auch das aktuelle Kriterium der modernen Architekturpraxis. Diese sich zur Zeit vollziehende Veränderung in der Aufgabenstellung setzt neben der künstlerischen Intuition ein hohes Ingenieurwissen voraus. (Vermutlich kommt auch aus dieser Richtung unter anderem der Anstoß für Veränderungen, die sich im Berufsbild des Architekten in Richtung einer höheren Qualität zu vollziehen haben.)

Anlaß zu diesen Betrachtungen ist gegeben, wenn es sozusagen Ernst wird und die Entwurfsgestaltung mit Aspekt auf die unmittelbare Bauausführung nach den Prinzipien der modernen Technik erfolgen soll.

Für die Gestaltung der künftigen neuen Gebäude des Stadtzentrums handelt es sich nicht, wie bisher üblich, nur darum, vereinzelt konstruktive Bauelemente in einer monolithischen Bauweise unterzubringen, sondern es kommt die sogenannte Standardbauweise vollständig zur Anwendung. Dabei muß man sich darüber im klaren sein, daß auch nur geringfügige Abweichungen vom Prinzip der Vorfertigung und Montage — jeder partielle Rückfall in die traditionell-monolithische Bauweise — den Bauablauf empfindlich stören, weil bekanntermaßen mit der vollkommen unterschiedlichen Technologie eine zweite Baustelleneinrichtung erforderlich wird. Es steht dann der Handwerker auf der Rüstung neben dem Montagefacharbeiter unter dem Turmdrehkran. Das widerspricht von vornherein den Grundsätzen der Rentabilität des Bauens. Es ist daher notwendig, die zur Zeit in der Entwicklung erarbeitete und zur Verfügung stehende Stahlbetonskelett-Montagekonstruktion mit vorgehängter Außenhaut so konsequent wie möglich anzuwenden. Das bereitet bei freistehenden Gebäuden mit einer Höhe bis zu acht Geschossen und gegebenenfalls schon höher auch keine großen Schwierigkeiten. Bei der Bebauung des Stadtzentrums, insbesondere Unter den Linden, ergibt sich jedoch eine Reihe städtebaulicher Forderungen — Rücksichtnahme bei der Anbindung an vorhandene Gebäude, Ecklösungen und ähnliches —, die hier und da einen Kompromiß erforderlich machen.

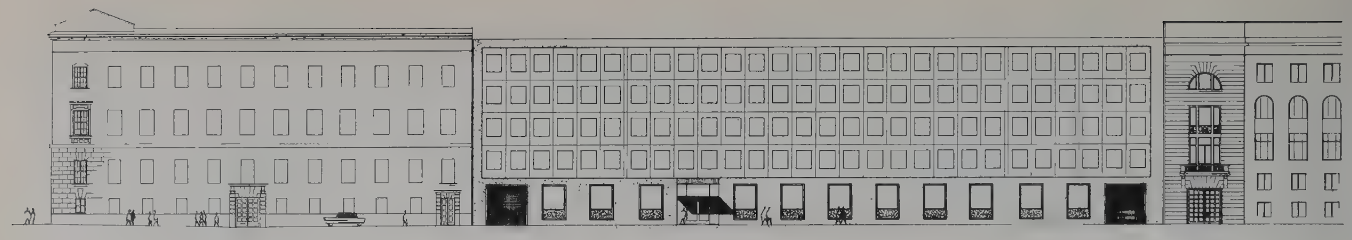
Mit dem hier zu behandelnden Beispiel sei eine derartige Lösung dargestellt.

Im Prinzip handelt es sich bei der Bebauung der offenen Grundstücke Unter den Linden Ecke Wilhelmstraße um eine einfache Lückenschließung. Es ergeben sich mit dem gewählten Großraster von 4,80 m je ein einheitlicher Gebäudezug in der Straße Unter den Linden und in der Wilhelmstraße, lediglich der spitzwinklige Anschluß der Gebäudegiebel macht ein monolithisches Verbindungsglied erforderlich.



Ansicht Wilhelmstraße 1 : 700

Konstruktionsschema 1 : 700
1 Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut — 2 Arbeitsräume des Ministeriums für Volksbildung — 3 Verwaltungsgebäude (Neubau Behrenstraße) — 4 Tiefgarage, Konferenzsaal, Bibliothek und Archiv — 5 Umbau des vorhandenen Gebäudes Unter den Linden Nr. 67 — 6 Vorhandener Altbau des Ministeriums für Volksbildung



Ansicht Behrenstraße 1 : 700

UNTER DEN LINDEN

WILHELMSTRASSE

BEHRENSTRASSE

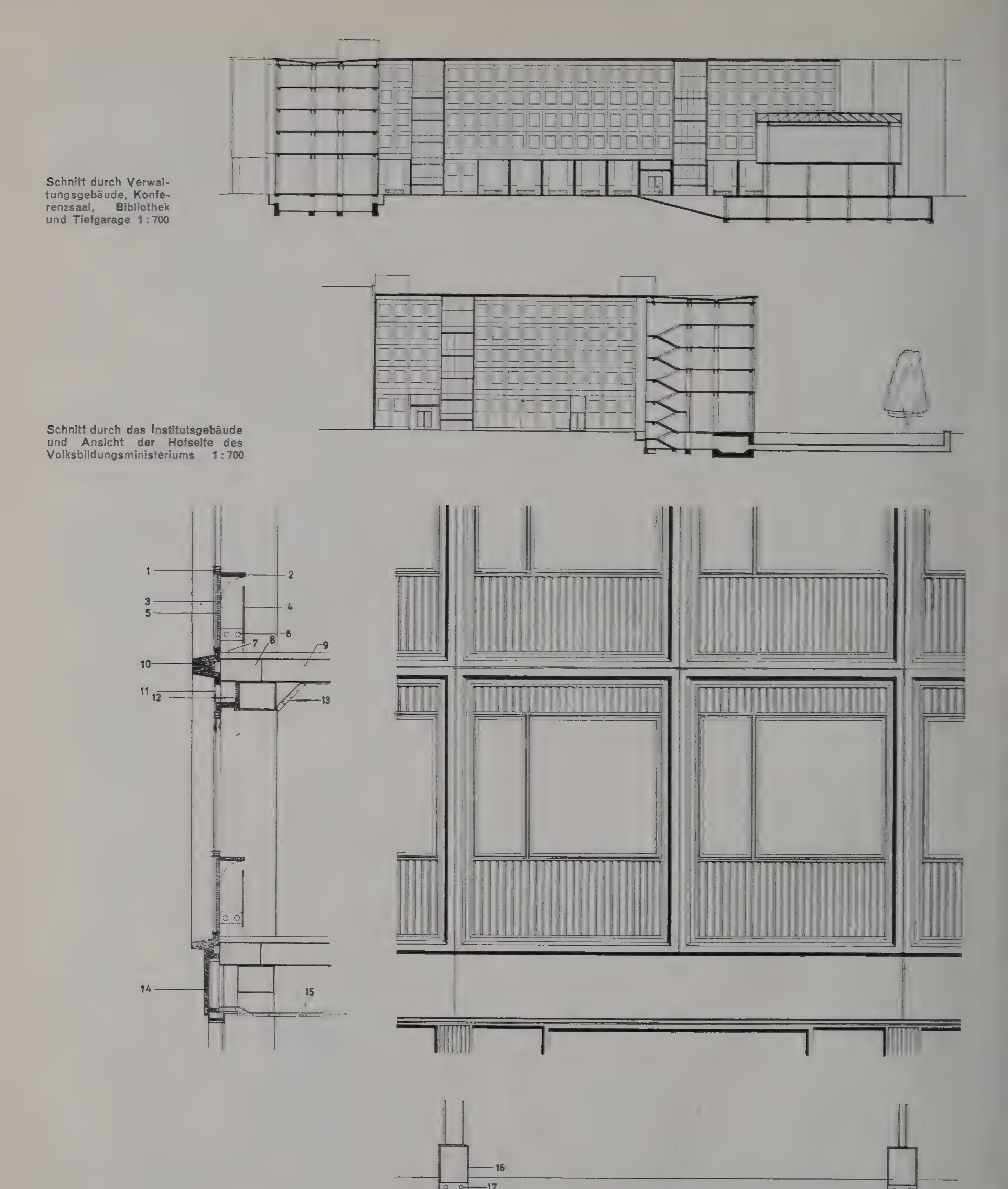
Grundriß Erdgeschoß 1 : 700
1 Eingangshalle mit Zentraler Anmeldung — 2 Buchhandlung — 3 Ausstellungsräume — 4 Sozialräume — 5 Garderobe — 6 Künftige Planung für Bibliothek und Archiv — 7 Eingangshalle — 8 Fahrdienst — 9 Arbeitsräume des Ministeriums für Volksbildung — 10 Vorhandener Altbau des Ministeriums für Volksbildung — 11 Umbau Unter den Linden Nr. 67

Grundriß Kellergeschoß 1:1000

1 Trafostation — 2 Luftschutzanlage — 3 Tiefgarage

Grundriß Obergeschoß 1:1000

1 Minister — 2 Telefonvermittlung und Betriebsfunkzentrale — 3 Konferenz- und Lektionsräume — 4 Arbeitszimmer



Schnitt durch Verwaltungsgebäude, Konferenzsaal, Bibliothek und Tiefgarage 1 : 700

Schnitt durch das Institutsgebäude und Ansicht der Hofseite des Volksbildungsministeriums 1 : 700

Fassadendetail mit vorgehängter Außenhaut 1 : 50

1 Alu-Schwingflügelfenster — 2 Lateibrett aus Kunststein — 3 Ausfachung aus Alu-Profilblech — 4 Eternitplatte — 5 Dämmplatte zwischen Kunststoffolie, 5 cm dick — 6 Konvektorenelement — 7 Frischluftzuführung — 8 Ringanker — 9 Vorgespanntes Deckenplattenelement — 10 Außenhautrahmen aus Vorsatzbeton — 11 Perforiertes Alu-Profilblech — 12 Dämmplatte, 3,5 cm dick — 13 Tageslicht-Leuchtstoffröhren-Anlage — 14 Außenhaut-Kassettenplatte — 15 Untergehängte Rabitzdecke — 16 Plattenverkleidung aus Glagit — 17 Heizungsröhren

Bei dem gewählten Tiefenraster von zweimal 4,80 m und einmal 3,60 m für die Systemlinien ergab sich die Möglichkeit, das monolithische Verbindungsstück in der Wilhelmstraße an der Straßenfront auf das Längenraster von 4,80 m zu bringen. Damit erübrigt sich an dieser Stelle ein besonderes Fassadenelement. Um mit der Giebelbildung, die einen Blickpunkt vom Brandenburger Tor her darstellt, eine befriedigende Arkadenlösung am Straßenraum zu erhalten, wurde für das Endfeld am Giebel ein Längenraster von 6,00 m gewählt. Da hier die Bauflucht mit dem Giebel aus stadtbaukünstlerischen Erwägungen bis an die Fahrbahngrenze der Wilhelmstraße überbaut wurde, war die Anwendung von Arkaden aus verkehrstechnischen Gründen unumgänglich.

Eine zweckmäßige Höhengliederung ergab sich nach einer Reihe von Untersuchungen im Hinblick auf eine ästhetisch befriedigende Anbindung an die benachbarten Gebäude mit einem Erdgeschoß von 6,00 m und vier Obergeschosse von je 3,30 m Höhe. Dabei wurde auf eine Betonung der Hauptgesimshöhe von etwa 18 m über Terrain, die unter anderem im sogenannten Lindenstatut festgelegt ist, verzichtet und lediglich die Attika-Oberkante der Sowjetischen Botschaft aufgenommen. Damit ist gewährleistet, von Oberkante Kellerdecke bis zur Dachhaut standardisierte Konstruktionselemente verwenden zu können. Der angewendeten Standardbauweise liegt im Aufbauprinzip ein statisch bestimmtes System zugrunde, weil die Knotenverbindungen, die aus hochfesten Schrauben sofort kraftschlüssig hergestellt werden sollen, als gelenkig zu betrachten sind. Das bringt mit sich, daß in bestimmten Abschnitten innerhalb der Baukörper in Quer- und Längsrichtung aussteifende Wandscheiben durch alle Geschosse durchgehend angeordnet werden müssen. Dagegen werden für die horizontale Aussteifung der Decken vorgefertigte Spannbetonelemente in Verbindung mit Ringankern, die aus Ortbeton herzustellen sind, herangezogen. Da es sich bei diesem statischen System um durchlaufende Längsrahmen handelt, entfallen zwar die Querriegel, jedoch werden die funktionellen Variationsmöglichkeiten durch die aussteifenden Querwandscheiben erheblich eingeengt.

Im vorliegenden Falle mußte die Anordnung dieser Querwandscheiben infolge der auftretenden Windkräfte bei fünf Geschossen nach jeweils vier beziehungsweise fünf Längsachsen erfolgen. Infolge der Notwendigkeit, Dehnungsfugen anordnen zu müssen, gliedert sich der Baukörper in der Straße Unter den Linden und in der Wilhelmstraße in jeweils vier statisch-konstruktiv getrennte Systeme. Um den Einfluß der Vertikallasten auf die Wandscheiben voll wirksam werden zu lassen, durften diese nicht unmittelbar an den Dehnungsfugen liegen, sondern mußten um mindestens eine Längsachse abgerückt werden. Daraus wird ersichtlich, welche Einschränkungen sich aus der praktischen Anwendung der Standardbauweise unter Beachtung bestimmter Vorzugsmaße für den funktionellen Bereich von Verwaltungsgebäuden mit geforderten Raumfolgen und -gruppen ergeben.

Eine gewisse Flexibilität konnte dagegen dadurch erreicht werden, daß von der Außenhaut her Plattenelemente mit dem Längenraster von 2,40 m mit jeweils einer Fensteröffnung gewählt wurden. Dennoch trat bei der Entwurfsbearbeitung in zunehmendem Maße zutage, daß — allerdings auch im Zusammenhang mit der städtebaulichen Konzeption — die Erfüllung der konstruktiven Belange eine dominierende Stellung gegenüber den Forderungen des Raumprogramms einnimmt. Da es sich bei der vorliegenden Aufgabenstellung ohnedies vorwiegend um die Befriedigung städtebaulich-ästhetischer und somit gesellschaftlich-politischer Bedürfnisse handelt, mag dieser Umstand hier weniger ins Gewicht fallen, sollte jedoch bei der künftigen Weiterentwicklung der Standardbauweise nicht außer acht gelassen werden.

Wenn man davon ausgeht, daß für die Bebauung des Zentrums — mit Ausnahme der Stalinallee — bei der Fassadengestaltung mit Anwendung der vorgehängten Außenwandplatte vorzugsweise das Längsraster von 2,40 m zu verwenden ist, so ergibt sich in der bildhaften Vorstellung zunächst der Eindruck einer starren Monotonie. Bei näherer Untersuchung stellt sich jedoch heraus, daß es sich lediglich um ein Ordnungsprinzip innerhalb der architektonischen Gesamtkomposition handeln kann, wobei den künstlerischen Intuitionen sowie den technischen Variationsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Fassaden für die einzelnen Gebäude genügend Spielraum gegeben ist.

Der Versuch, die kleinste Fassadeneinheit nochmals in Brüstungs- und Vertikalplattenelemente aufzuteilen, erhöht die Anzahl der Befestigungsmechanismen um etwa 50 Prozent und erweist sich durch die damit verbundene Erhöhung der aufzuwendenden Produktionskapazität schon in bezug auf die Wirtschaftlichkeit als unzweckmäßig. Außerdem erhöht sich die laufende Meterzahl der Plattenstöße, die einer hochwertigen Dichtungsisolation bedürfen. Eine — gegebenenfalls umstrittene — formal bessere Lösung wäre damit teuer erkauft.

Wie bereits oben dargelegt, kam es in der vorliegenden Aufgabenstellung weniger darauf an, die Fassadenabwicklung stark akzentuiert auszubilden, sondern es war nach Möglichkeit eine einheitliche und großflächige Struktur auszubilden. Da es sich außerdem in der Straße Unter den Linden um eine nach Norden weisende Seite handelt, mußte die Struktur der Oberfläche möglichst plastisch ausgebildet werden. Für die vier Obergeschosse wurde daher aus der Platteneinheit vom Rasterformat 2,40 m mal 3,30 m ein Rahmenelement aus Vorsatzbeton mit einer Konstruktionsdicke von 30 cm entwickelt. In dieses Rahmenelement soll in der Vorfertigung ein Aluminiumelement eingesetzt werden, das als Profilrahmenkonstruktion in einer Ebene Fenster, Sturz und Brüstung bildet. Da im übrigen die Plattenkonstruktion der fensterlosen Restflächen nur 16 cm dick angenommen wurde, setzt sich die Rasterfläche in den Obergeschossen mit 14 cm Überstand vor der Fassade ab. Die Brüstungs- und Sturzflächen sollen außen mit Aluminium-Profilblechen verkleidet werden. Hinter dem Brüstungsblech ist eine etwa 5 cm dicke Dämmstoffplatte zwischen Kunststoffhartfolien vorgesehen. Die Notwendigkeit, in der Aluminiumkonstruktion eine Sturzfläche auszubilden, ergab sich zunächst lediglich aus dem dahinterliegenden Längsriegel von 30 cm Höhe. Da der monolithisch auszubildende Ringanker, der zur Befestigung der Außenwandplatte herangezogen wird, 20 cm vor der tragenden Konstruktion auskragt, ergibt sich in gleichem Abstand ein Zwischenraum zwischen der Außenwandplatte und der tragenden Konstruktion. Der Ringanker läßt an beliebiger Stelle Durchbrüche kleineren Querschnitts zu, so daß der Zwischenraum zur Aufnahme haustechnisch erforderlicher Leitungselemente herangezogen werden kann. So sind hier zum Beispiel die senkrechten Heizungsrohre angeordnet. Um weiterhin eine ständige Luftkonditionierung unter Ausnutzung der thermischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb des Bauwerkes zu erreichen, soll über dem vorhandenen Hohlraum am Fenstersturz Frischluft für den im darüberliegenden Geschoß vorgesehenen Konvektor zugeführt werden. Der Ringanker erhält zu diesem Zweck senkrechte Durchbrüche in erforderlicher Anzahl und Größe. Die Frischluftzufuhr kann an der Fußbodenoberkante unter dem Kovektor nach Bedarf von Hand reguliert werden. Entsprechende Abluftkanäle können an den Innenwänden eingebaut werden.

Diese haustechnisch-funktionellen Belange brachten es mit sich, auch bei der Gestaltung des Erdgeschosses mit 6,00 m Geschoßhöhe entsprechend zu verfahren. Dieses Geschoß soll durchgehend einen großzügigen und repräsentativen Charakter erhalten. Für die Fensteröffnungen wurde hier das Längsraster von 4,80 m voll ausgenutzt. Auf eine plastische Betonung der Nischen zwischen den Stützen wurde verzichtet, weil hiermit lediglich Gestaltungselemente, die sich aus der monolithischen Bauweise ergeben, hätten vorgetäuscht werden müssen.

Es wurde daher eine fast ebene Aluminium-Glas-Konstruktion gewählt, die nur wenig hinter der Außenwandplatte zurückliegt. Die Vertikalglieder setzen sich lediglich als geschlossene Fläche ab, um das Charakteristische der vorgesetzten Außenhaut nicht zu verwischen. Außerdem können auch hier in gleicher Weise — wie an den Obergeschossen — die Heizungsrohre durchgeführt werden.

Die Treppenhäuser sollen konstruktiv ebenfalls nach der Standardbauweise zur Ausführung kommen. Hier wird der Versuch unternommen — bei repräsentativen Ansprüchen —, die Herstellung des Treppenbelags mit in die Vorfertigung einzubeziehen. Das Herausrücken der Treppenhäuser vor die Hoffassade bedingt eine äußere Verkleidung mit einer Stahlskelettkonstruktion, wobei die Ausfachung vollkommen in Sekuritglas vorgesehen ist. Der Einbau der Aufzugschächte muß vorläufig monolithisch erfolgen, da geeignete Standards zur Zeit noch nicht vorliegen.

Haustechnik

Die erforderliche Wärmeenergiemenge erhält dieser Baukomplex aus dem geplanten Fernheizwerk an der Michaelbrücke. Die Beheizung des Gebäudes soll über eine Umformerstation mittels Konvektoren erfolgen. Die Heizkörperverkleidung bildet im Rauminneren gleichzeitig die Fensterbrüstung. Für die Beschleunigung der Luftzirkulation sind entsprechend der jeweiligen Raumnutzung Abluftaggregate vorgesehen.

Den sanitären Anlagen liegen bereits getypte Raumeinheiten zugrunde. Die Anordnung der Objekte gestattet die werkstattmäßige Vorfertigung des Rohrleitungssystems. Da die Arbeitsräume im allgemeinen keine Waschgelegenheiten erhalten sollen, wurden direkt belichtete Waschräume mit fünf bis sechs Waschbecken vorgesehen. Hierfür werden gegenwärtig Rohr-Wandzellen mit Leitungsführung für Warm- und Kaltwasser entwickelt.

Ausbau

Für die Innenwandflächen und Deckenuntersichten ist zunächst Putz vorgesehen, da geeignete Versuchsergebnisse über vorgefertigte Wand- und Deckenelemente mit geeigneter glatter Sichtfläche für repräsentative Ansprüche — besonders im Hinblick auf die plastische Fugenbildung — noch nicht vorliegen. Alle Repräsentationsräume erhalten Stuckbehandlung. Die Innenwände an den Fluren sollen aus vorgefertigten Schrankelementen gebildet werden, die einschließlich der Durchgangstüren komplett montierbar sind. Diese Einbaukörper dienen außerdem als Verkleidung für Zu- und Abluftkanäle sowie der Regenabfallrohre, die zwischen den mittleren Doppelriegeln der Konstruktion geführt werden können. Teilweise sind — insbesondere für Einzelarbeitsräume mit der Grundfläche von 2,40 mal 4,90 m — Trennwände aus 40 cm tiefen Rollschränken vorgesehen, um den Nutzungsgrad dieser Räume zu erhöhen.

In den Büroräumen soll der Fußboden aus vorgefertigten großformatigen Dämmplatten mit Bahnbelag montiert werden. Die Räume im Erdgeschoß erhalten Natursteinplattenbeläge.

Künstlerische Gestaltung

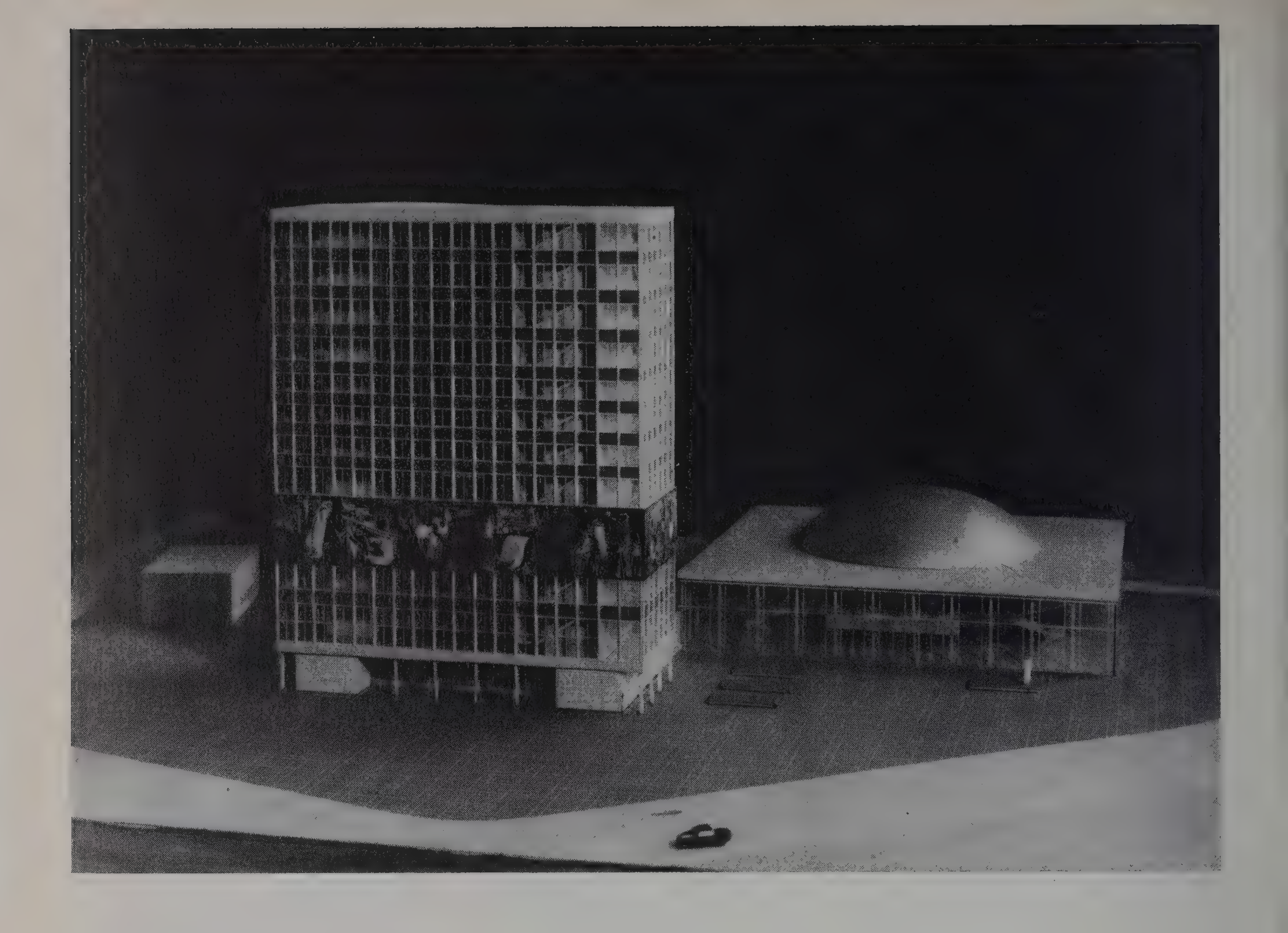
Den Anwendungsmöglichkeiten für bildhafte und ornamentale künstlerische Gestaltung erschließt sich durch die in dieser Form der Montagebauweise gegebenen konstruktiven Merkmale ein weites Betätigungsfeld.

Im vorliegenden Falle brachte es die gewählte freistehende Giebellösung mit sich, nicht nur aus formalen Gründen, sondern auch aus funktionellen Gegebenheiten über den Arkaden an der Lindenfront eine geschlossene Fassadenfläche vorzusehen.

Hierfür ist eine bildhafte Flächengestaltung aus mehrfarbigen Keramikplättchen vorgesehen, die von der übrigen Oberflächengestaltung mit gleichem Material in pastellfarbener Tönung aufgenommen wird. Weiterhin ist für die monolithisch angefügte Außenwand unter der Arkade am Giebel eine großflächige Werksteinverkleidung vorgesehen, in die, unregelmäßig verteilt, historisch wertvolle Skulpturen eingesetzt werden sollen. In dem als Ausstellungsraum vorgesehenen Erdgeschoß Unter den Linden ist auf Grund konstruktiver Forderungen eine Reihe von Längsscheiben im Innenbereich der tragenden Konstruktion angeordnet, die zumindest an den Sichtflächen von der Straße her — bedingt durch geschoßhohe großflächige Verglasung — der künstlerischen Behandlung bedürfen.

Abschließend sei bemerkt, daß bei den erwähnten Beispielen deutlich erkennbar wird, in welchem Maße die Montagebauweise geeignet ist, mit der höher entwickelten Produktionsform auch eine höhere Qualität im ästhetischen Ausdruck hervorzubringen. Dabei ist zu beachten, daß die Entwicklung geeigneter Konstruktionen für Vorfertigung und Montage sowie die Untersuchungen ihrer Verwertbarkeit für die vielseitigen architektonischen Belange zur Zeit erst am Anfang stehen.

Dipl.-Ing. Manfred Hörner



Bemerkungen zu dem Entwurf für das „Haus des Lehrers"

DK 727.95

Professor Hermann Henselmann

Es sei vorausgesetzt, daß das Projekt für das „Haus des Lehrers" durch die Veröffentlichungen in der Tagespresse im großen und ganzen bekannt und im übrigen durch die hier wiedergegebenen Abbildungen genügend erläutert ist.

Daher sei es gestattet, auf die Darstellung der städtebaulichen und architektonischen Absichten zu verzichten und statt dessen auf die besonderen funktionellen, konstruktiven und gestalterischen Probleme einzugehen, die sich bei diesem Projekt ergeben.

Zu Problemen der Funktion

Seit eh und je gehört es zu den Aufgaben des Architekten, die Lebensfunktionen, denen das zu errichtende Gebäude dienen soll, räumlich zu ordnen und darüber hinaus diese Ordnung durch die baukünstlerische Darstellung geistig erlebbar zu machen.

Den Rohstoff für diese spezielle Aufgabe, die dem Architekten zugewiesen ist, bildet das ihm ausgehändigte Programm. Auf diesem Programm baut der Entwurf auf.

In der kapitalistischen Gesellschaft legt der Auftraggeber, der häufig durch eine, fast immer jedoch durch verhältnismäßig wenige Personen repräsentiert ist, dieses Programm fest, und damit ist auch eine ziemlich stabile Grundlage für die Entwurfsbearbeitung gegeben.

Es liegt jedoch im Wesen einer Volksdemokratie, daß sowohl das Programm als auch der Entwurf eines Gebäudes — noch dazu im Zentrum einer Stadt — in einer breiten, regen und höchst interessanten Diskussion von der Bevölkerung erörtert werden. So geschah das auch beim Haus des Lehrers.

Das Ergebnis dieser Diskussion war eine Veränderung des Programmes. Während die ursprüngliche Konzeption dem Gebäude vor allem die Funktion eines Lern- und Bildungszentrums der Lehrer zuwies, legt das endgültige Programm die Betonung auf die Erholung und die kulturelle Betätigung. Die Anzahl der Büroräume wurde bedeutend verringert, der ursprüngliche Gedanke, Kabinette für bestimmte Unterrichtsfächer einzurichten, wurde fallengelassen. Während das Café der Öffentlichkeit zugänglich ist, soll das Restaurant in Abänderung des ursprünglichen Programmes den Charakter einer Klubgaststätte erhalten. Der ursprünglich nur für Kongreßzwecke vorgesehene Saal soll auch die Veranstaltung von Bällen zulassen.

Für einige Jahre (bis in Berlin der geplante Konzertsaal fertiggestellt ist) soll der Festsaal auch das städtische Sinfonieorchester aufnehmen. Die Bühne soll jedoch nicht Theateraufführungen dienen.

Obwohl diese Diskussionen sehr eingehend geführt wurden, blieb bei uns Architekten der Eindruck zurück, daß eine absolute Fixierung des Programmes gar nicht möglich ist.

Eine ganze Anzahl der Raumangaben beruht auf der Annahme, daß diese oder jene Tätigkeit die entsprechenden Flächen benötigen. Es wird jedoch nicht ausbleiben, daß sich die Bedürfnisse der Benutzer des Gebäudes entsprechend der Dynamik der sozialistischen Gesellschaft verändern und daß damit das Raumprogramm unter Umständen schon kurz

nach der Fertigstellung des Gebäudes überholt ist.

Das veranlaßt uns, zum Prinzip der beweglichen Zwischenwand überzugehen, für deren Ausführung gegenwärtig Versuche vorgenommen werden. Wir sind gemeinsam mit der Deutschen Bauakademie bestrebt, eine Zwischenwand nach dem Sandwich-Prinzip zu schaffen, die man beliebig versetzen kann. Ebenso werden Elemente aus Schrankteilen entwickelt, die als Zwischenwände benutzt werden können.

Wir glauben, daß nicht nur für das Haus des Lehrers das Bedürfnis vorliegt, das Gebäudeinnere mit einer solchen Flexibilität auszustatten.

Zu Problemen der Konstruktion

Selbstverständlich ergaben sich auch aus der Konstruktion des Hauses viele Probleme. Bekanntlich kommt bei fast allen gesellschaftlichen Bauten, die in den Zentren unserer Republik errichtet werden sollen, die von der Deutschen Bauakademie entwickelte Standardbauweise zur Verwendung. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Bauweise noch nicht die Reife hat und auch nicht haben kann, die man ihr wünschen möchte, denn diese Bauweise war noch in den Anfangsstadien der Entwicklung, als wir Architekten die ersten Entwurfsgedanken für die Gebäude des Berliner Zentrums konzipierten. Es wurde uns mitgeteilt, daß von den dreizehn Geschossen des Hochkörpers die untersten vier Geschosse monolithisch ausgeführt und nur neun Geschosse montiert würden. Im Laufe der Untersuchungen erstrebten wir jedoch gemeinsam mit den Ingenieuren, das gesamte Gebäude ab Oberkante Kellerdecke zu montieren. Das ergibt allerdings für das Erdgeschoß eine gestalterische Einengung, die nicht leicht zu überwinden sein wird und wahrscheinlich im Interesse einer großzügigen architektonischen Lösung der Zentrumsbauten auf die Dauer nicht akzeptiert werden kann. Es sei denn, die Standardbauweise erhält einen wesentlich höheren Reifegrad. Weiterhin kommt hinzu, daß die Aussteifungsscheiben für das Stahlbetonskelett monolithisch ausgeführt werden müssen. Dadurch erhöht sich der Anteil der monolithischen Ausführung gegenüber den Fertigteilen beträchtlich. Man wird versuchen müssen, bei der Weiterentwicklung der Standardbauweise ein vernünftiges Verhältnis zwischen Montage und monolithischer Ausführung zu erreichen.

Auch die Treppen haben — abgesehen von dem ungünstigen Steigungsverhältnis von 15 cm auf 30 cm — nicht diejenige Eleganz, die man sich bei einer industriellen Form wünscht.

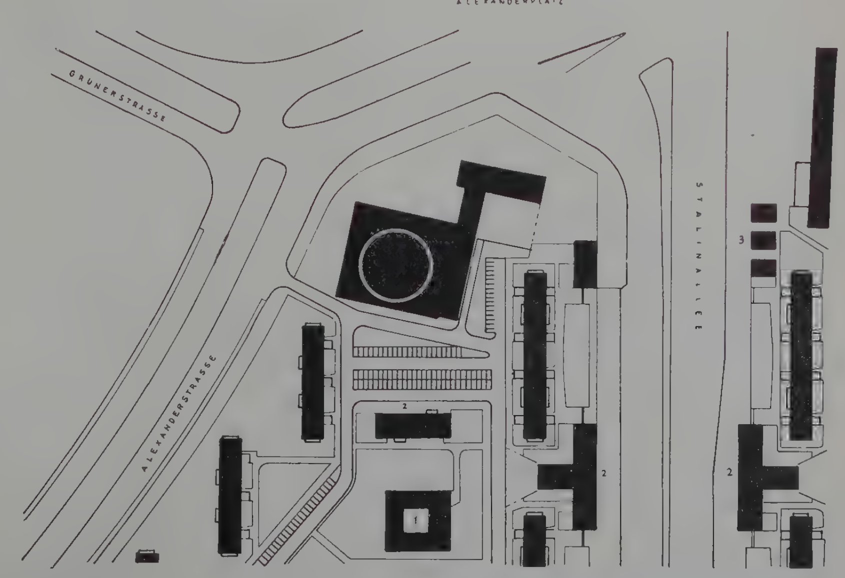
Da wir mit einer sogenannten Vorhangwand arbeiten, die im wesentlichen aus Aluminium, Glas und Kunststoff besteht, ergeben sich natürlich auch Probleme der Klimatisierung. Es ist vielleicht nicht überall bekannt, daß in unseren Breiten eine Glasfassade um den 21. Juni herum der Sonneneinstrahlung mehr ausgesetzt ist als in den Tropen, da die Sonne niedriger steht als am Äquator und auch der Tag länger ist. Durch den Einbau von Reglern im Zusammenhang mit dem Klimatisierungssystem und durch die Anbringung von Jalousien werden wir diese Probleme lösen müssen.

Ein weiteres interessantes Problem ergibt sich aus der Konstruktion der Kuppel über dem Kongreßsaal. Die Kuppel hat 38 m Durchmesser. Unser Ehrgeiz ist es, neue Wege bei ihrer Konstruktion zu gehen. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die aus Angehörigen der Deutschen Bauakademie, der Dresdner Flugzeugwerke, des Instituts für Stahl- und Leichtbau in Leipzig und des Zentralinstituts für Schweißtechnik in Halle besteht. Wir sind optimistisch und hoffen, eine Kuppel schaffen zu können, die aus Sandwich-Platten in Verbindung mit einer leichten Aluminiumkonstruktion besteht. Diese Konstruktion hat eine Höhe von 60 cm; an ihr wird eine zweite Schale befestigt, die vor allem schalldämmende Aufgaben hat. Die akustischen Probleme werden in enger Zusammenarbeit mit Professor Reichardt, Dresden, und seinem Mitarbeiter, Dipl.-Ing. Budach, bearbeitet. Das Problem für den Akustiker besteht nicht, wie wir ursprünglich dachten, in der Beherrschung des Kuppelraumes, sondern in der Verbindung von Kongreß- und Konzertsaal. An der Kuppeldecke werden Diffusoren aus Plexiglas angebracht. Hieraus ergeben sich wiederum Aufgaben für die künstlerischere Gestaltung des Saales.

Zu Problemen der Gestaltung

Natürlich hat die künstlerische Gestaltung des gesamten Gebäudes dem Architekten nicht geringes Kopfzerbrechen gemacht. Das ergibt sich zunächst schon allein aus dem Standort. Der Alexanderplatz ist innerhalb der strukturellen Ordnung der Stadt ein Raum, der außerordentlich lebendig ist, sehr berlinisch und ganz besonders dem unterworfen, was der Volksmund mit „Handel und Wandel" bezeichnet. Kaufhäuser sowie Autos, Menschenmassen, die sich in ständiger Bewegung befinden, erfüllen diesen Raum. Und hier steht nun das Haus des Lehrers — als ein Kulturhaus — am Eingang zur Stalinallee. Nach meiner Auffassung sollte dieses Gebäude seinem Verwendungszweck entsprechend durch baukünstlerische Gestaltung Sinn und höhere Bedeutung erhalten. Es ist eben nicht nur ein Geschäftshaus. Im übrigen bin ich der Meinung, daß alle Industrialisierung, alle Standardisierung und alle Typisierung vor allem den Zweck haben, die Bedürfnisse der Gesellschaft wie des einzelnen Menschen reicher und vollendeter zur Geltung zu bringen. Zu diesen Bedürfnissen gehört auch das lebendige, unverwechselbare, individuelle Antlitz der Stadt. Deshalb ist es unser Bestreben, diesem Haus unter Verwendung der Standards ein einmaliges und unverwechselbares Antlitz zu geben.

Durch eine energische und sehr aktive Gliederung der Baumassen — der Vertikalen des Hochkörpers und der Horizontalen des Flachkörpers — wurde gewissermaßen der musikalische Grundakkord angeschlagen. Er wird auch bei der Gestaltung der einzelnen Elemente des Gebäudes durchgehalten: Zu den betonten Vertikalen der Fassaden — das gelagerte Bildband, die gelagerte Kuppel; zu der gläsernen Durchsichtigkeit der Wände — große geschlossene Flächen; zu dem Viereck des Foyers — das Kreisrund des Kongreßsaales; zu der Weiträumigkeit des städtebaulichen Raumes zum Alexanderplatz — die Intimität des Raumes zur Stalinallee hin. (Leider wurde diese letztere künstlerische Absicht durch eine nachträgliche Verlagerung des Rohrleitungsnetzes, die eine starke Einengung der zur Verfügung stehenden Baustelle zur Folge hatte, stark eingeschränkt.) Aber natürlich zielt die gestalterische Absicht nicht nur darauf ab, individuellen künstlerischen Ausdruck „an sich" zu erreichen. Nein, das Gebäude soll den Verwendungszweck und den sozialistischen Ideengehalt mit den Mitteln unserer Kunst deutlich machen. Im Zusammenhang mit diesem Bestreben regten uns die Diskussionen um die Synthese zwischen monumentaler Kunst und Architektur, wie sie anläßlich der Arbeiten für den Sowjetpalast in Moskau geführt wurden, sehr an. In einem Aufsatz über dieses Thema schreibt Smigalskaja in „Architektura SSSR", Heft 11/1960: „Anders behandelt werden müssen gesellschaftliche Gebäude, deren architektonische Ausdruckskraft nicht durch Überbetonung der äußeren



Lageplan 1 : 3333

1 Kinderkrippe mit 64 Plätzen — 2 Läden — 3 Eingeschossige Ausstellungspavillons

Grundriß Erdgeschoß 1 : 700

Das Erdgeschoß enthält: Eingangshalle, Polytechnische Ausstellung, Saal mit 150 Plätzen, Filmvorführraum, Saal mit 250 Plätzen, Podium, Büro für HO, WC, Spüle, Vorbereitung, Anrichte, Hydraulik, Verwaltung, Selbstbedienung, Pausenimbißraum, Garderoben, Foyer

Grundriß 3. Geschoß 1 : 700

Das 3. Geschoß enthält: Garderobe, WC, Restaurant für 120 Personen, Kalte Küche, Küche, Spüle, Büfett

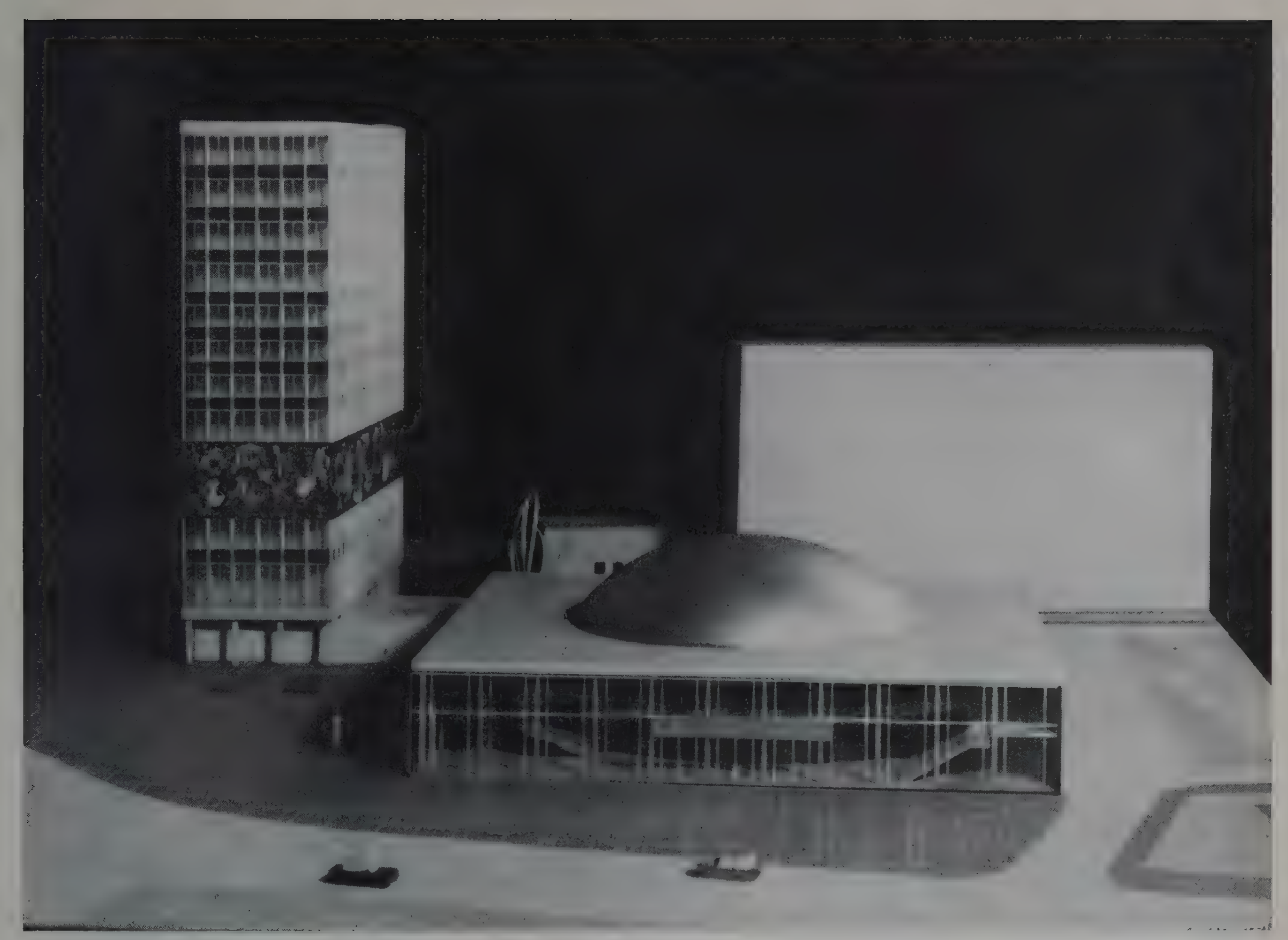
Grundriß Obergeschoß 1 : 700

Das Obergeschoß enthält: Café mit 200 Plätzen, Büfett, Caféküche, WC, Garderobe, Dirigent, Künstlergarderobe, Bühne, Hebebühne, Schaltpult, Fernsehen, Film und Funk, Loge, Inspizient, Galerie, Foyer

Grundriß 4. und 5. Geschoß 1 : 700

Grundriß 6. bis 13. Geschoß 1 : 700

Das 6. und 7. Geschoß dienen als Bücherei, das 8. bis 13. Geschoß als Klubräume. Damen- und Herrentoiletten befinden sich abwechselnd in jedem Geschoß. An Räumen sind vorgesehen: Garderobe, WC, Benutzerkatalog, Lesesaal, Titelaufnahme, Akzession, Sachbearbeitung, Schlußstelle, Ausleihe, Auskunft



Ansicht von Südwesten

Formen, sondern durch eine klare Aufzeichnung der Zweckbestimmung des Gebäudes erreicht wird, die sich in der architektonisch-künstlerischen Form offenbart.

Natürlich kann dies vor allem durch eine geschickte städtebauliche Lösung und durch die Betonung der Funktion des Gebäudes in seiner räumlichen Struktur erreicht werden. Vollkommen kann diese Aufgabe jedoch nur durch die organische Synthese zwischen Architektur und monumentaler Kunst gelöst werden."

Sehr interessant sind die Gedanken Wlassows zu diesem Thema, die er in der „Literaturnaja Gazetta" im Juni 1960 äußerte. Hier erinnert er an das Leninsche Dekret über die Monumental-Propaganda und bemerkt, daß dieses Dekret eigentlich noch nicht verwirklicht sei.

Aber natürlich kann man, wenn über dieses Thema gesprochen wird, nicht an den Leistungen der Mexikaner, wie Rivera, und des tapferen Sequeiros, ebenso nicht an den Experimenten Legers in Frankreich vorbeigehen.

Smigalskaja weist jedoch meines Erachtens mit Recht darauf hin, daß sich unter den neuen Bedingungen, die für unser architektonisches Schaffen gelten, die gesamte konstruktive Logik der Architekturformen und dementsprechend auch ihr künstlerisch-plastischer Charakter verändern werden.

Wir müssen neue Wege gehen!

Die Architekten bei der Bindung der monumentalen Kunst an die Architektur — die Maler und Bildhauer in den artistischen Mitteln ebenso wie in der Struktur des Bildaufbaus.

Daher ist es nicht einzusehen, warum unsere modernen industriellen Materialien wie Leichtmetall, Kunststoff oder Glas nicht auch Möglichkeiten zur künstlerischen Formgebung bieten. Und warum schließlich sollte nicht auch das elektrische Licht ein Gestaltungsmittel sein — besonders im Zentrum einer Großstadt.

Der amerikanische Dichter Chesterton soll beim Anblick der Lichtreklame am Broadway ausgerufen haben: „Wie schön! Schade, daß man lesen kann!"

Tatsächlich ist es schön, in einer Großstadtnacht diesen Wirbel von Licht in einer breiten Palette vieler Farben zu erleben. Was im Kapitalismus nicht möglich ist — wir könnten es: Einen ganzen Platz, ganze Stadträume von Licht her bewußt zu gestalten. Diese Überlegungen führten mich zu dem Gedanken des „Bandes" am Haus des Lehrers.

Innerhalb des Hochkörpers sind die Magazinräume der Bibliothek so angebracht, daß die geschlossenen Außenwände Träger einer Bildwand sind.

Diese Bildwand stelle ich mir allerdings keineswegs „denkmalhaft" vor. Die Materialien, die am Gebäude äußerlich in Erscheinung treten, sind Leichtmetall, Glas und Kunststoff. Das Bildwerk des Bandes sollte aus einem oder mehreren dieser Materialien aufgebaut sein und gewissermaßen als Bestandteil der Vorhangwand selbst wie ein Vorhang, ein Schleier wirken. Eine kühne, meinetwegen auch etwas verwegene, auf jeden Fall aber heitere Arabeske, die dem etwas männlich-mathematischen Aufbau des Hochkörpers die weibliche Anmut hinzuträgt.

Ein Wettbewerb unter bildenden Künstlern, Malern, Bildhauern, Graphikern, Fotografen (ja, Sie haben richtig gelesen! Fotografen, die farbige, nachts beleuchtete Fotomontagen bauen könnten) müßte diejenigen ermitteln, die eine solche Aufgabe lösen können. Diese Künstler gibt es nicht? Wir sollten lieber erst einmal kleinere Flächen zur Verfügung stellen und dann nicht gerade in den Zentren der Städte?

Aber was dem Architekten recht ist, das sollte den bildenden Künstlern billig sein! Wir Architekten bauen ja auch in den Zentren, wir können ja auch nicht im kleinen üben, was im großen bewältigt werden muß.

Also vertrauen wir gemeinsam auf unsere Kraft, auf unsere Begabung. Unsere Kräfte werden in dem Maße wachsen, wie uns die Bevölkerung vertraut, und daß sie das tut, beweisen die schönen großen Aufgaben, die sie uns in die Hand gibt. Wir werden sie lösen.

DK 624.053.

Die Stahlbetonskelett-Montagebauweise als Grundlage für die Bauten im Stadtzentrum von Groß-Berlin

Funktionelle Grundlagen

Architekt Joachim Härter

VEB Berlin-Projekt

Der vom Stadtbauamt Groß-Berlin an den VEB Berlin-Projekt gerichtete Auftrag lautete, für das Berliner Stadtzentrum eine Montagebauweise aus Stahlbeton-Fertigteilen in der Laststufe 2 Mp zu entwickeln sowie Größenordnungen und Funktion von Verwaltungsgebäuden unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und der Grundlagenarbeit der Deutschen Bauakademie auszuarbeiten.

Die Forderung und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen bedeuten für uns eine Anwendung unifizierter Elemente in der Entwurfsbearbeitung mit dem Ziel, ein schnelleres Bauen mit einer höheren Qualität und einer gesteigerten Arbeitsproduktivität zu erreichen.

Einheitliches Konstruktionsprinzip als Grundlage und straffe Richtlinie in der Entwurfsbearbeitung

Entsprechend der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin vom 20. April 1961 über den Wiederaufbau des Stadtzentrums von Groß-Berlin werden Gebäude wie das Haus des Lehrers, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, der vorläufige Sitz des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, das Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, das Ministerium für Volksbildung und verschiedene andere Bürobauten in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp errichtet.

Um alle zu bauenden Gebäude konstruktiv erfassen zu können, wurde von uns ein Elementenkatalog entwickelt, der Raster, Achsmaße, unterschiedliche Geschoßhöhen und eine einheitliche Konstruktion zusammenfaßt.

Für die Außenhautgestaltung der einzelnen Gebäude wurden den Architekten keine bestimmenden Angaben gemacht, lediglich die Größe der Außenwandelemente sowie die in Frage kommende Konstruktion mit ihrer Aufhängung wurden empfohlen.

Grundrißformen bei Verwaltungsgebäuden in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp

Bei den neu zu errichtenden Gebäuden vom Alexanderplatz bis zum Brandenburger Tor wird in vielen Fällen die Höhe von 30 m nicht überschritten. Allerdings werden bestimmte Gebäude an verschiedenen städtebaulichen Schwerpunkten eine Höhe bis zu rund 100 m aufweisen.

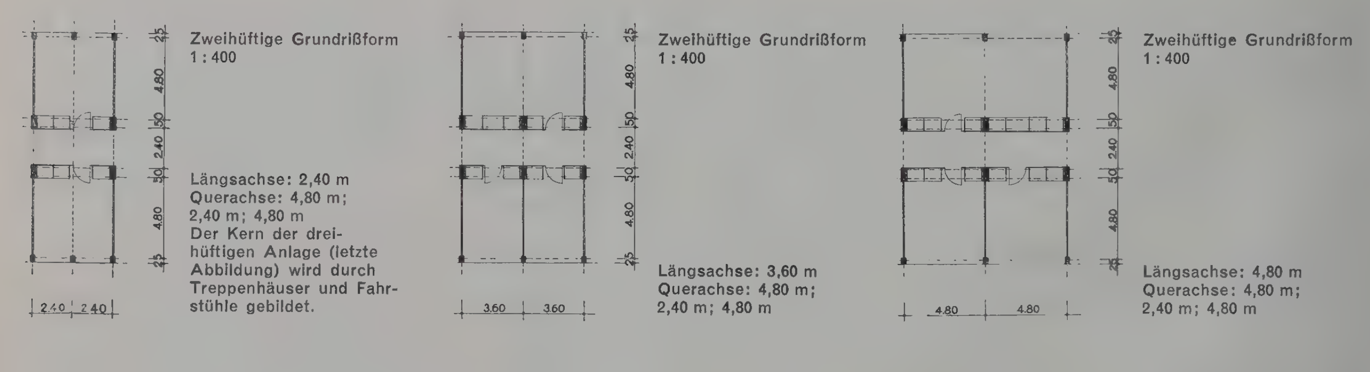
Diese Tatsache bedeutete für unsere Entwicklungsarbeit, daß sich die Bürogebäude vom Grundriß her in zwei Gruppen teilen, und zwar

1. die zweihüftige Grundrißform mit einer Höhe bis zu rund 30 m und

2. die dreihüftige Grundrißanlage für Bürohochhäuser bis zu einer Höhe von rund 100 m, wobei man in verschiedenen Fällen auf eine Fluranordnung verzichten wird, das heißt den Grundriß direkt vom Kern erschließt. Der Kern des Gebäudes selbst wird durch Treppenhäuser, Fahrstühle, sanitäre Anlagen und so weiter gebildet.

Diese zwei typischen Grundrißformen sind entsprechend ihrer Höhe als die wirtschaftlichsten Lösungen zu bezeichnen, wobei die erstgenannte Möglichkeit als erste Grundlage unserer Ausarbeitungen zu betrachten ist.

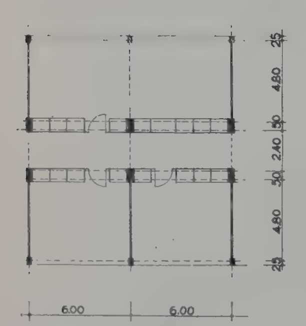
Die in den schematischen Darstellungen gezeigten Grundrisse bauen sich alle auf dem Raster 1,20 m auf. Die Längsteilung bei den Achsen liegt bei 2,40 m; 3,60 m;



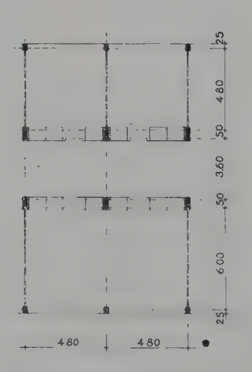
Zweihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 2,40 m
Querachse: 4,80 m; 2,40 m; 4,80 m
Der Kern der dreihüftigen Anlage (letzte Abbildung) wird durch Treppenhäuser und Fahrstühle gebildet.

Zweihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 3,60 m
Querachse: 4,80 m; 2,40 m; 4,80 m

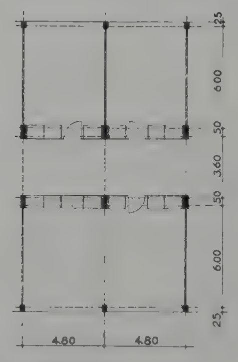
Zweihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 4,80 m
Querachse: 4,80 m; 2,40 m; 4,80 m



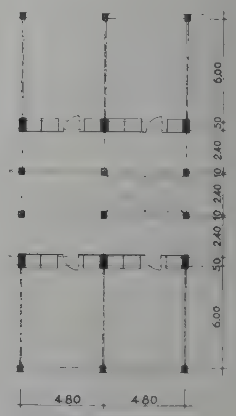
Zweihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 6,00 m
Querachse: 4,80 m; 2,40 m; 4,80 m
Diese Anlage und die drei oben abgebildeten Anlagen können von einer Seite mit dem Kran montiert werden.



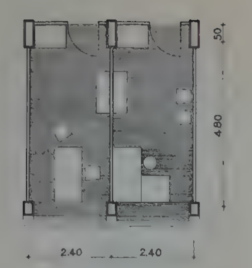
Zweihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 4,80 m
Querachse: 6,00 m; 3,60 m; 4,80 m



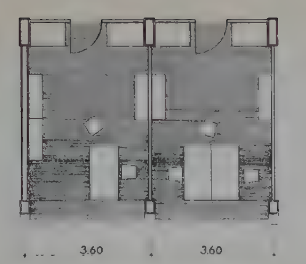
Zweihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 4,80 m
Querachse: 6,00 m; 3,60 m; 6,00 m



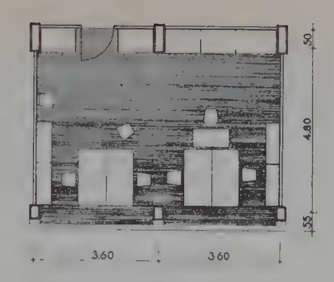
Dreihüftige Grundrißform 1 : 400
Längsachse: 4,80 m
Querachse: 6,00 m; 2,40 m; 2,40 m; 2,40 m; 6,00 m



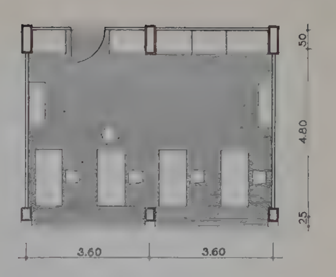
Linke Achse: 2,40 m (Büro). Raumgröße 13 m², bei einem Arbeitsplatz 13 m² pro Person — Rechte Achse: 2,40 m (Sekretärin). Raumgröße 13 m², bei einem Arbeitsplatz 13 m² pro Person — 1 : 200



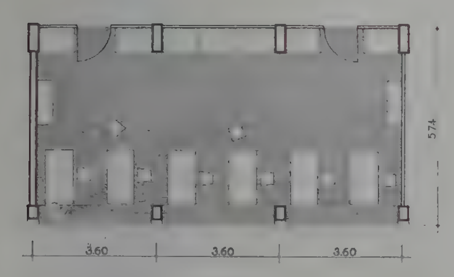
Linke Achse: 3,60 m (Abteilungsleiter). Raumgröße 19,68 m², bei einem Arbeitsplatz 19,68 m² pro Person — Rechte Achse: 3,60 m (Büro). Raumgröße 19,97 m², bei zwei Arbeitsplätzen 9,98 m² pro Person — 1 : 200



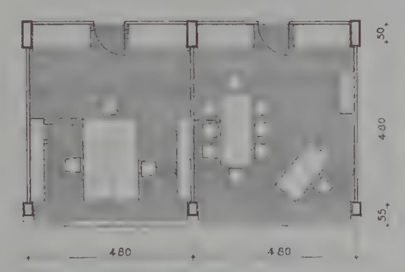
Zwei Achsen: 3,60 m (Büro). Raumgröße 40,26 m², bei fünf Arbeitsplätzen 8,05 m² pro Person 1 : 200



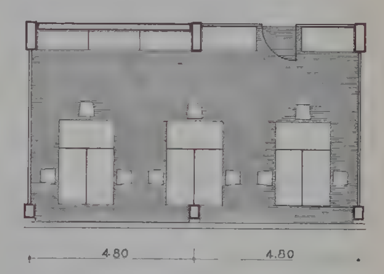
Zwei Achsen: 3,60 m (Büro). Raumgröße 40,26 m², bei vier Arbeitsplätzen 10,06 m² pro Person 1 : 200



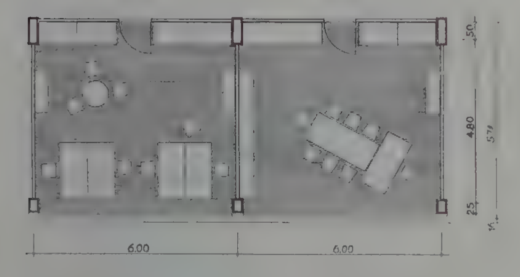
Drei Achsen: 3,60 m (Büro). Raumgröße 60,26 m², bei sechs Arbeitsplätzen 10,06 m² pro Person — 1 : 200



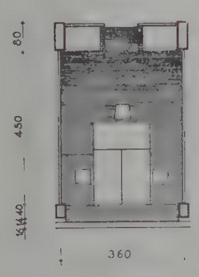
Linke Achse: 4,80 m (Büroraum). Raumgröße 26,87 m², bei drei Arbeitsplätzen 8,95 m² pro Person — Rechte Achse: 4,80 m (Abteilungsleiter mit Konferenztisch). Raumgröße 26,87 m², bei einem Arbeitsplatz 26,87 m² pro Person — 1 : 200



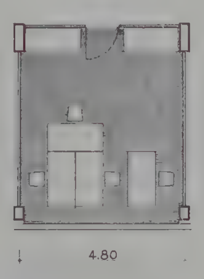
Zwei Achsen: 4,80 m. Raumgröße 53,74 m², bei neun Arbeitsplätzen 5,97 m² pro Person — 1 : 200



Linke Achse: 6,00 m (Büroraum). Raumgröße 33,70 m², bei vier Arbeitsplätzen 8,42 m² pro Person — Rechte Achse: 6,00 m (Direktorenzimmer). Raumgröße 33,70 m², bei einem Arbeitsplatz 33,70 m² pro Person — 1 : 200



Eine Achse: 3,60 m. Raumgröße 19,98 m², bei drei Arbeitsplätzen 6,66 m² pro Person — 1 : 200



Eine Achse: 4,80 m. Raumgröße 26,87 m², bei vier Arbeitsplätzen 6,71 m² pro Person — 1 : 200



Eine Achse: 6,00 m. Raumgröße 33,07 m², bei sechs Arbeitsplätzen 5,51 m² pro Person — 1 : 200

4,80 m und 6,00 m. In den Haustiefen (Querachsen) haben wir 4,80 m und 6,00 m; wobei die Flurachse mit 2,40 m und 3,60 m dargestellt ist. Bei der dreihüftigen Anlage (Abb. 7) sind Querachsen von 6,00 m sowie Flur- und Fahrstuhlachsen von 2,40 m gezeichnet. Hier lassen sich gegebenenfalls Raumtiefen von 4,80 m und Achsen von 3,60 m für den Kern anordnen. Im Bereich der innenliegenden Systemlinien werden die Wände mit Schrankeinbauten versehen.

Die Geschoßhöhen bei diesen Grundrissen liegen bei 3,30 m; 3,60 m; 4,20 m; 4,80 m und 6,00 m (wobei 6,00 m als Sonderfall zu betrachten ist).

Das Raster und seine Anwendung bei Bürobauten (Experimentalbau)

Auch in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp wirkt sich das Raster bestimmend auf die Achsbreite und Haustiefe aus. Von den auftretenden Raumtiefen sind dann wieder die Raumhöhe, Fenstergröße und die künstliche Beleuchtung abhängig. Für die Belichtung des Arbeitsplatzes sind wiederum die Fensterachse, die Stellung der Schreibtische und die Größe der Fensterflächen bestimmend. Die vorzusehenden Büromöbel, ihre Stellflächen, die Bewegungsflächen im allgemeinen und die Abstände der Möbel von den Wänden bestimmen wieder die zu wählende Achsteilung und damit die Raumbreite und Raumtiefe.

Um die jetzt von uns erarbeiteten theoretischen Untersuchungen in konstruktiver und funktioneller Hinsicht anwenden zu können, wurden Ideenlösungen von Verwaltungsgebäuden erarbeitet, die auf einer zweihüftigen Anlage aufbauen, wobei der geplante Experimentalbau in Berlin-Prenzlauer Berg, Storkower Straße, den Abschluß der ersten Entwicklungsstufe bildet.

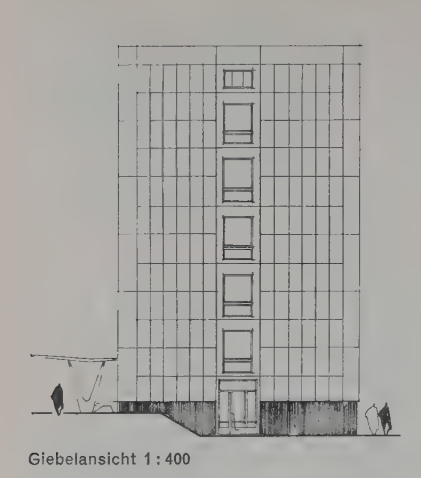
Hier wurden Längsachsen für die Büroräume von 4,80 m und eine Treppenhausachse von 6,00 m angenommen. Die Querachsen betragen 4,80 m und 2,40 m. Die Geschoßhöhe beträgt 3,30 m. Die in den Grundrissen und Schnitten stärker hervorgehobenen Striche bedeuten die tragende Konstruktion, Stützen, Riegel und aussteifenden Scheibenwände. Im Kellergeschoß sind die Stützen und Wandscheiben monolithisch geschüttet. Die Außenwände der Vorder- und Rückseite mit Lichtschächten bestehen aus Fertigteilen.

Die auftretenden Raumgrößen und ihre Funktion

Bei der Entwurfsbearbeitung für Verwaltungsgebäude erheben die Nutzer immer besondere Forderungen, die einen wesentlichen Einfluß auf die inneren Funktionen, besonders auf die Raumgrößen dieser Gebäude nehmen.

Arbeitsräume und ihre Größenordnung

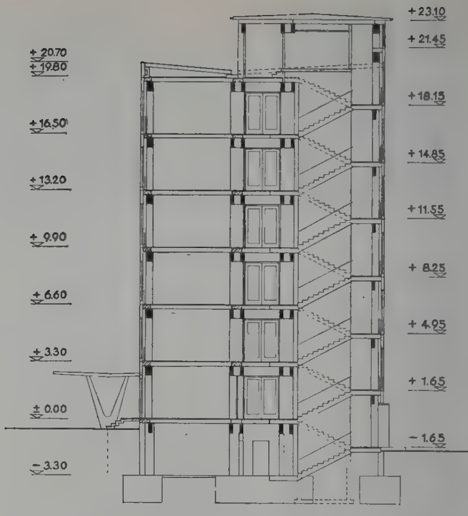
Bei Verwaltungsgebäuden haben sich drei typische Systeme in der Größenordnung herausgebildet, und zwar das Einzelzimmer, das Kojensystem und das Großraumsystem.



Giebelansicht 1 : 400



Normalschnitt 1 : 400



Schnitt durch das Treppenhaus 1 : 400

Das Einzelzimmer

Für leitende Angestellte und Mitarbeiter, die an speziellen wissenschaftlichen Aufgaben arbeiten, sind Einzelzimmer zu empfehlen. Der Platzbedarf dieser Mitarbeiter für ihre notwendigen Unterlagen und aus Repräsentationsgründen ist groß genug, um eigene Zimmer zu rechtfertigen. In jedem Einzelzimmer empfiehlt es sich, Besucherecken einzurichten, denn die Büromöbel sind nicht dazu angetan, einen persönlichen Kontakt zu fördern.

Das Kojensystem

Dieses System sieht einen Raum für zwei bis vier Arbeitskräfte vor. Es soll auf alle Fälle dort zur Anwendung kommen, wo man besondere Anforderungen an die Menschen stellt und eine Konzentration der einzelnen Arbeitskräfte verlangt.

Das Großraumsystem

In den westlichen Ländern wird das Großraumsystem (bis 100 Personen) immer mehr bevorzugt, da es eine rationelle Arbeitsgestaltung, Vereinfachung der Dienstaufsicht und eine Verkürzung der Arbeitwege mit sich bringt. Für Unterredungen und Absprachen sind schalldichte Besprechungszimmer vorgesehen. Hinzu kommt, daß bei diesem System zentrale Wasch- und Garderobenräume eingebaut werden. Die leitenden Kräfte sind in Einzelzimmern untergebracht.

Es läßt sich dabei natürlich nicht vermeiden, daß beide Systeme zusammen eingebaut werden. Entscheidend wird dabei immer die typische Struktur des jeweiligen Verwaltungsapparates sein.

Auftretender Publikumsverkehr im Gebäude

Räume ohne Publikumsverkehr (interner Verwaltungsbetrieb)

Die einzelnen Verwaltungsabteilungen im Hause sollen mit ihren Räumen möglichst geschlossen in einer Etage untergebracht sein.

Räume mit Publikumsverkehr und mit starkem Publikumsverkehr

Diese Räume dürfen den internen Verwaltungsbetrieb nicht stören. Die Raumfolge ist so anzuordnen, daß das Publikum ohne Kreuzung der Verkehrswege sein Ziel erreichen kann. Sie sollen möglichst in die Nähe des Haupteinganges gelegt werden, wo sich ebenfalls die Fahrstühle befinden. Es ist weiterhin darauf zu achten, daß der Publikumsverkehr mit einem geringen Personalaufwand zu überwachen ist. Bei schnell wechselndem Publikum ist eine Trennung der Räume in eine Angestellten- und Besucherseite erforderlich.

Eingänge

Diesen Räumen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da sie das Kernstück im Gebäude bilden und von der Gestaltung wie der Funktion her eine besondere Stellung einnehmen.

Pförtnerloge, Aufzüge und Treppenhäuser müssen übersichtlich angeordnet sein.

Die Eingangshalle kann zugleich Empfangsraum sein, das heißt, sie muß eine entsprechende Größe haben und durch einen Windfang vom Eingang getrennt sein.

In unmittelbarer Nähe des Einganges müssen sich weiterhin Garderoben, Sanitärräume, Botenräume, Warteräume für Kraftfahrer und Telefonzellen befinden.

Ausstellungsräume sollen möglichst mit im Erdgeschoß liegen, und es ist auch hier darauf zu achten, daß der interne Verwaltungsablauf nicht gestört wird.

Direktionsräume

Die Zimmer für leitende Angestellte sollten stets so angelegt werden, daß sie von Besuchern nur durch die Sekretariate zu erreichen sind.

Es ist zweckmäßig, eine kleine Garderobe mit Waschgelegenheit anzuordnen.

Besprechungszimmer

Für interne Besprechung in den Abteilungen

Diese Räume sollen in der unmittelbaren Nähe des Abteilungsleiters liegen.

Nur für Besucher

Die Besucherzimmer müssen sich in der Nähe des Haupteinganges befinden und mit Sitzgelegenheiten für vier bis fünf Personen ausgestattet werden.

Säle in Verwaltungsgebäuden

In der heutigen Zeit ist man von den Festsälen für Repräsentationszwecke abgegangen. Sie sind Versammlungs-, Vortrags- und Tagungssäle zugleich.

Kleinere Sitzungssäle (Sitzungszimmer)

Auch diese Räume sind abhängig vom jeweiligen Nutzer. Ihre Anordnung ist so zu wählen, daß sie im Schwerpunkt des verwaltungstechnischen Teiles liegen. Sie können durchaus in verschiedenen Geschossen untergebracht werden.

Der Raumbedarf für interne Sitzungssäle sieht wie folgt aus:

1. Sitzungszimmer bis 50 m² Grundfläche, 2,5 bis 5,0 m² pro Sitzungsteilnehmer.

2. Sitzungszimmer über 50 m² Grundfläche, 2,5 bis 4,0 m² pro Sitzungsteilnehmer.

Diese Angaben beziehen sich auf die Grundfläche der Sitzungsräume einschließlich Verkehrsfläche.

Küchen und Speisesäle

Bei dieser Untersuchung haben wir festgestellt, daß sich Räume mit solchen Funktionen schlecht in unserem Raster unterbringen lassen und es Schwierigkeiten bei der Anwendung von Fertigteilen aus dem Elementenkatalog gibt. Wir empfehlen, diese Räume aus dem Verwaltungsteil herauszuziehen und sie vorerst noch monolithisch zu bauen.

Treppenhäuser

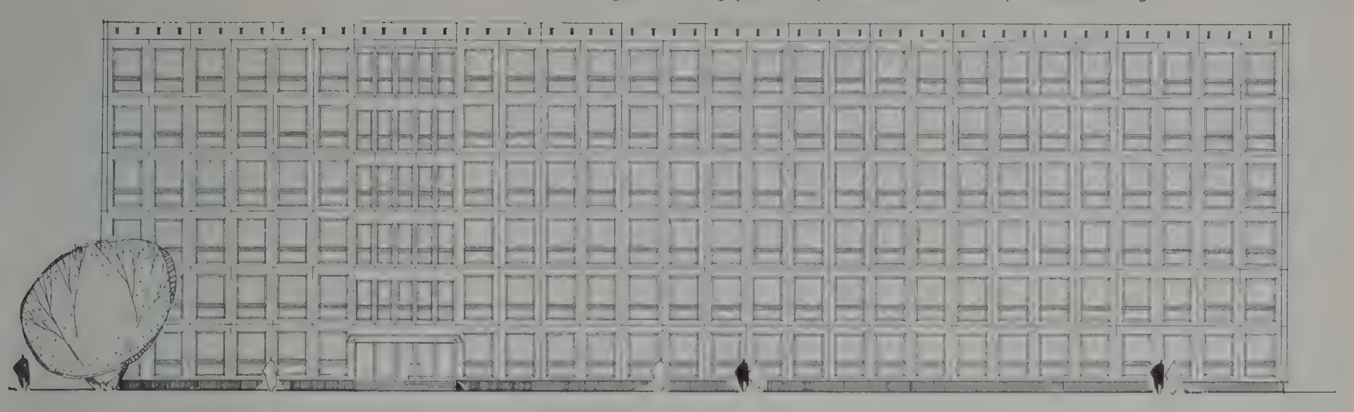
Alle Größen für Treppen, Flure und Türen unterliegen in jedem Falle den baupolizeilichen Bestimmungen.

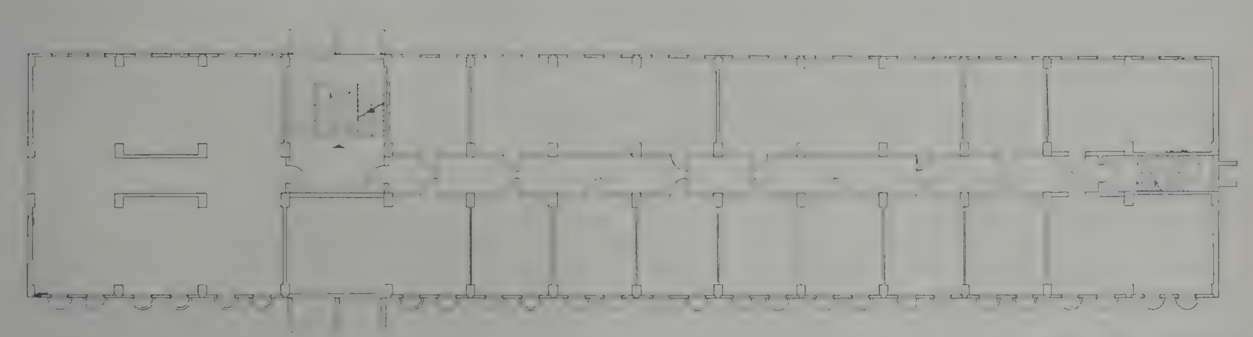
Sanitäre Räume (WC- und Waschräume)

Auch hier muß man eine klare Trennung zwischen Publikum und Verwaltungsangestellten schaffen. Der Einzugsbereich der Abortanlagen innerhalb eines Gebäudes soll möglichst 60 m nicht überschreiten. Das günstigste Maß liegt bei 50 m.

Sowohl in den Frauen- als auch in den Männer-Abortanlagen sind nicht mehr als zehn Sitze anzuordnen.

Bürogebäude als geplanter Experimentalbau in Berlin, Prenzlauer Berg — Vorderansicht 1 : 400

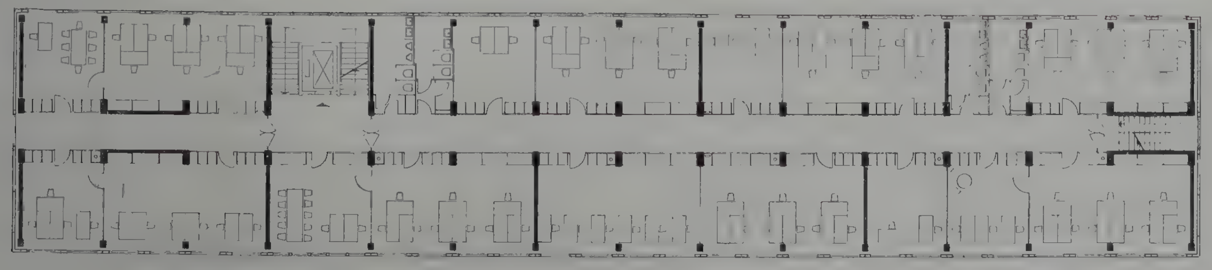




Grundriß Kellergeschoß 1 : 400



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400
Längsachse: 4,80 m
Treppenhaus: 6,00 m
Querachse: 4,80 m; 2,40 m; 4,80 m



Grundriß Normalgeschoß 1 : 400

An Hand von Vergleichen und Untersuchungen in der Fachliteratur über bereits ausgeführte Bürogebäude im internationalen Maßstab wurde festgestellt, daß die Forderung, in jedes Zimmer ein Handwaschbecken anzubringen, übertrieben ist; denn das würde einen nicht gerechtfertigten Kostenaufwand verursachen. In den gesondert geforderten Waschräumen müssen deshalb die Waschbecken in einer ausreichenden Zahl vorgesehen werden (siehe TGL 116-0078).

Garderobe für Angestellte

Die Unterbringung der Garderobe in Einzelschränken am Arbeitsplatz ist nicht mehr üblich.

Wir haben in unserem Falle Einbauschränke, die gleichzeitig Trennwand zwischen Büroraum und Flur sind, vorgesehen.

Im Großraumsystem bevorzugt man geschlossene Garderobenräume.

Sonstige Räume

Räume für Reinigungskräfte und Teeküchen lassen sich in jedem Geschoß unterbringen.

Abstellräume sollen möglichst in der Nähe der Aufzüge liegen.

Technische Räume

Bei der Entwurfsarbeit sind Räume für Rohrpost-, Fernsprech- und Fernschreibzentralen vorzusehen. Die Größe ist abhängig von den einzubauenden Schaltapparaturen.

Bei Räumen mit maschineller Buchhaltung (Registraturen) ist auf eine sorgfältige Schalldämmung zu achten.

Je nach Forderung des Nutzers sind Labors, Lichtpausereien, Werk- und Tresorräume zu berücksichtigen.

Besonderer Hinweis zu den Flurbreiten

Flure mit internem Verkehr: 1,60 bis 2,00 m
Flure mit mittlerem Verkehr: 2,00 bis 2,50 m
Flure mit starkem Verkehr: 2,50 bis 5,00 m

Der „Raumbedarf pro Arbeitsplatz" als bestimmender Faktor für die Erarbeitung von Kennziffern

In unserer Entwicklungsarbeit wurde hier der augenblickliche Stand des Raumbedarfes im internationalen Rahmen untersucht, um festzustellen, inwieweit sich die im Ausland angenommenen Werte, und zwar rund 7,00 m² Raumbedarf pro Arbeitsplatz bei Verwaltungsgebäuden, auf unser Raster 1,20 m in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp anwenden lassen. Des weiteren wurden Vergleiche in den Raumgrößen zwischen dem Raster 1,20 m und 1,50 m aufgestellt.

Die in den gezeigten Unterlagen ausgearbeiteten Raumbelegungen auf dem Raster 1,20 m gehen von einer großzügigen Möblierung bis zur notwendigen Wirtschaftlichkeit. Die auf den Abbildungen 14 und 16 bis 18 gezeigten Platzbelegungen sind als die wirtschaftlichsten Lösungen anzusehen. Bei unserem Experimentalbau in der Storkower Straße sieht man die praktische Anwendung in der Belegung. Hier ist die Doppelachse (zweimal 4,80 m) als Grundeinheit gewählt worden. Wir haben 650 m² Hauptnutzfläche mit einer Belegungsziffer von 96 Personen. Das ergibt eine Fläche von 6,77 m² pro Arbeitsplatz.

Man muß hierbei aber noch die Räume für die Direktion und so weiter berücksichtigen, so daß man auf 7,00 m² kommt.

Eine am Schluß stehende Tabelle als Richtwert für den Raumbedarf der Arbeitskräfte in Verwaltungsgebäuden zeigt noch einmal die Vergleichszahlen. Diese Gegenüberstellung läßt erkennen, daß beim Großraumsystem der Raumbedarf wesentlich geringer ist. Er sinkt bei 100 Personen bis zu 3,50 m² pro Person herab. Beim Kojensystem ergibt sich ein Platzbedarf von rund 7,00 m², der durchaus den allgemeinen Anforderungen entspricht. Hier ergibt sich der Anschluß an den internationalen Stand, der jederzeit zu vertreten ist.

Dabei sei noch einmal hervorgehoben, daß dem Raster von 1,20 m der unbedingte Vorzug zu geben ist, während das Raster von 1,50 m bei Bürogebäuden abgelehnt werden muß, da eine Flächenvergrößerung auftritt, die den Raumbedarf pro Arbeitsplatz nur ungünstig beeinflußt.

Ausrüstung (allgemein)

Lüftung

Bei der Anwendung des Kojensystems ist durchaus eine einfache Lüftungsmöglichkeit gegeben (Fenster).

Das Großraumsystem dagegen macht eine eingebaute Lüftungsanlage erforderlich.

Sonnenschutz

Bei der Bebauung des Zentrums und besonders der Straße Unter den Linden, die von Ost nach West verläuft, muß größter Wert auf den Einbau von Sonnenschutzanlagen gelegt werden.

Der Sonnenschutz muß vor den Fenstern liegen, da er innen angebracht nur vor der Blendwirkung, nicht aber vor der Wärmeeinstrahlung schützt.

Aufzüge

Bei Verwaltungsgebäuden kann man entsprechend den Funktionen folgende Aufzüge verwenden:

Personen- und Lastenaufzüge,
Paternoster (Umlaufaufzüge),
Schnellaufzüge,
Aktenaufzüge.

Es gibt für die verschiedenen Aufzüge Selbstfahrer- und Sammelsteuerung.

Ein Hinweis sei dabei noch auf die Lage des Maschinenraumes gegeben. Die vom Kirow-Werk, Leipzig, gelieferten Anlagen haben nach der TGL den Maschinenraum über Dach.

Aus gestalterischen und konstruktiven Gründen bereitet der Aufbau oft große Schwierigkeiten. Es müßte doch trotz des etwas größeren Materialaufwandes möglich sein, den Maschinenraum seitlich oder in das Kellergeschoß zu legen.

Inneneinrichtung

Trennwände

1. Feste Trennwände (massiv)
2. Glastrennwände (fest und beweglich) mit einer Brüstung aus Holz (nicht schalldicht)
3. Trennwand ganz aus Holz mit Isolierung (fest und beweglich)

Einbauschränke

Die in den vorhergehenden Abschnitten bereits erwähnten Schrankeinbauten dienen zur Unterbringung von Garderobe, Akten, Registraturen, sie haben Fächer zum Abstellen von Schreib- und Rechenmaschinen und enthalten Waschbecken und kleine Tresore.

Möbel

Ein sehr schwieriges Problem bei der Inneneinrichtung von Bürogebäuden im Zentrum wird die Frage der Möblierung werden. Wir haben noch keine einheitlichen Typen-Büromöbel nach den neuesten Erkenntnissen und Erfahrungen der führenden Länder. Die Produktion unserer Möbelindustrie liegt um Jahre zurück. Sie hat eine Weiterentwicklung auf diesem speziellen Gebiet nicht durchgeführt.

Es ist unbedingt notwendig, daß sofort Schritte in dieser Richtung unternommen werden.

Ebenso macht sich eine Überarbeitung der DIN auf diesem Sektor erforderlich. Die Deutsche Bauakademie hat auf Grund gemeinsamer Absprachen mit uns eine 0-Serie erarbeitet und in Auftrag gegeben. Hoffen wir, daß die Erkenntnisse bei dieser Erprobung sofort ausgewertet werden und in die Praxis einfließen, damit die Möbelindustrie unsere Forderung erfüllen kann.

Richtwerte für den Raumbedarf der Arbeitskräfte in Verwaltungsgebäuden (ohne Flure und Nebenräume)

Büro-system	Anzahl der Personen pro Raum	Raum pro Person m²	Raumgröße m²
Groß-raum-system	5 bis 25	etwa 5	25 bis 125
	25 bis 50	etwa 4	100 bis 200
	50 bis 100	etwa 3,5	175 bis 350
Kojen-system	1	etwa 13	etwa 13
	2	etwa 10	etwa 20
	3	etwa 6,5	etwa 20
	4	etwa 6,5	etwa 27
	6	etwa 6	etwa 34
Einzel-räume	1 (Abteilungsleit.)	20 bis 30	20 bis 30
	1 (Direktor)	30 bis 40	30 bis 40
	1 (Direktor)	40 bis 50	40 bis 50

Die Stahlbetonskelett-Montagebauweise als Grundlagen für die Bauten im Stadtzentrum von Groß-Berlin

DK 624.053

Konstruktive Grundlagen

Bauingenieur Jürgen Annies

VEB Berlin-Projekt

Der Aufbau des Stadtzentrums von Groß-Berlin in den nächsten Jahren stellt alle Bauschaffenden von Berlin vor eine neue große Aufgabe.

Bisher wurden in Berlin in der Hauptsache Wohnungsbauten mit ihren Folgeeinrichtungen errichtet. Jetzt sollen außerdem gesellschaftliche Bauten, Verwaltungs- und Bürogebäude, Ministerien, Botschaften und Kulturstätten geschaffen werden. Solche Gebäudetypen wurden bisher in Stahl-, Stahlbeton- und Mauerwerksbau herkömmlicher Art projektiert und in der Ausführung unabhängig voneinander errichtet.

Die neue Aufgabe, eine große Anzahl gesellschaftlicher Bauten, Büro- und Verwaltungsgebäude zu errichten, ist nur mit industriellen Baumethoden, wie sie im Wohnungsbau und teilweise im Industriebau angewandt werden, zu lösen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde die Stahlbetonskelett-Montagebauweise entwickelt, die eine Massenproduktion von vorgefertigten Teilen in den Betonwerken ermöglicht und die Bauzeit durch die Montage dieser Fertigteile wesentlich verkürzt.

Ausgangspunkt war die Grundlagenarbeit der Deutschen Bauakademie „Standardbauweise für gesellschaftliche Bauten", die im Institut für Hochbau im Jahre 1960 begonnen wurde. Gleichzeitig mußten aber im VEB Berlin-Projekt die Einzelheiten und die Bauelemente dieser Bauweise ausgearbeitet werden, um den Projektanten der einzelnen Gebäude im Stadtzentrum Grundlagen und konstruktive Bedingungen in die Hand geben zu können. Es mußte in kürzester Zeit ein Elementenkatalog zusammengestellt werden, der gewissermaßen einen Baukasten darstellt, aus dem sich der Architekt die Bausteine für sein Gebäude auswählt. Eine Hauptaufgabe des Katalogs muß also darin bestehen, möglichst vielseitige und wandelbare Elemente zu enthalten. Auf der anderen Seite stellt die Typisierung von Bauelementen in Hinsicht auf ihre Massenherstellung an den Katalog die Forderung, mit möglichst wenigen, klar und unkompliziert konstruierten Elementen auszukommen. Die Elemente müssen sich im Betonwerk unter Ausnutzung der höchstentwickelten Technik massenweise und billig herstellen lassen.

Um diesen beiden Forderungen gerecht zu werden, wird besonders von dem Architekten, der sich durch die Bauelemente in seiner Entfaltungsmöglichkeit oft eingeengt sieht, eine neue Einstellung zur Gestaltung seiner Gebäude verlangt. Es werden von dem Architekten größeres Können und ein besonderes Einfühlungsvermögen in die Konstruktion gefordert.

Zur Ausarbeitung des Elementenkataloges und seiner Anwendung in der Architektur wurde im VEB Berlin-Projekt ein Entwicklungskollektiv aus Architekten und Ingenieuren gebildet. Hier liefen parallel zu den Grundlagenarbeiten der Deutschen Bauakademie Ende 1960 und Anfang 1961 die Entwicklungsarbeiten für den Katalog. In den nachfolgenden Ausführungen soll die Konstruktion der Stahlbetonskelett-Montagebauweise (Standardbauweise Groß-Berlin) unter Zugrundelegung des Elementenkataloges erläutert werden. Die Ausführungen beruhen auf dem Entwicklungsstand vom Mai 1961 nach der Prüfung des Kataloges durch die Staatliche Bauaufsicht. Es muß aber noch darauf hingewiesen werden, daß diese Bauweise Neuland für die Projektierung darstellt, das heißt, daß die Konstruktion in ihren Einzelheiten noch nicht als völlig ausgereift gelten kann. Es müssen aus den ersten Bauten sicher noch Erfahrungen gesammelt werden, um allen Anforderungen einer fortschrittlichen und technisch höchstentwickelten Bauweise gerecht zu werden.

Allgemeine Beschreibung

Für die oben angeführten Bauwerke in ihrer verschiedenartigen architektonischen Gestaltung und funktionellen Gliederung wurden folgende Hauptelemente, die in allen Gebäuden zur Anwendung kommen, entwickelt und in einem Elementenkatalog zusammengestellt (Abb. 1).

Ergänzend zum Elementenkatalog sind weitere Bauelemente erarbeitet worden, die sich in ihrem grundlegenden Aufbau der Skelettbauweise einfügen müssen, jedoch für die verschiedenartigen Gebäude jeweils ein anderes Aussehen besitzen (Abb. 2).

Die zuletzt genannten Elemente wurden bereits für einen Bürotyp entwickelt und dem Elementenkatalog als Anhang beigefügt.

Konstruktive Bedingungen auf Grund der Systemmaße

Die konstruktiven Bedingungen für die Gestaltung der Baukörper und für die Festlegung der Abmessungen der Elemente ergaben sich aus den geforderten Systemmaßen. Das gegebene Großraster von 6,00 m wurde in gleiche Maßsprünge von 1,20 m geteilt. Daraus ergaben sich folgende Vorzugsmaße: 2,40 m; 3,60 m; 4,80 m und 6,00 m sowie die Verdoppelung von 3,60 m auf 7,20 m.

Die Geschoßhöhen betragen 3,30 m; 3,60 m; 4,20 m und 4,80 m.

Die große Zahl der Geschoßhöhen, die zwar eine unwirtschaftliche Vergrößerung der Elementenformen darstellt, hat sich aus den Besonderheiten bei den Projektierungsarbeiten im Berliner Stadtzentrum ergeben.

Für die Decken wurde neben dem Eigengewicht und den Belägen eine Verkehrslast von 500 kp/m², in besonderen Fällen für einzelne Räume bis zu einer Stützweite von 4,80 m eine Verkehrslast von 750 kp/m² zugrunde gelegt. Als Lastgrenze für die einzelnen Elemente wurde 2,0 Mp festgelegt. Überschreitungen dieser Laststufe sind in Sonderfällen dann möglich, wenn die Auslegerweite des Kranes eine Lastvergrößerung gestattet.

Systemmaße der Elemente

Deckenplatten
Länge: 2,40 m; 3,60 m; 4,80 m; 6,00 m
Einzelbreiten: Normalplatte 0,60 m, Installationsplatte 0,90 m
Stärke: 0,24 m

Riegel
Länge: 2,40 m; 3,60 m; 4,80 m; 6,00 m (7,20 m)
Querschnitte: 40/30 cm; 20/50 cm; 20/70 cm

Stützen
Höhe: 3,30 m; 3,60 m; 4,20 m; 4,80 m
Querschnitte: 30/40 cm; 30/80 cm

Scheiben
Länge: 2,40 m; 3,60 m; 4,80 m; 6,00 m
Einzelhöhen: 0,60 m; 0,74 m
Stärke: 0,20 m

Drempelelemente
Länge: 2,40 m; 3,60 m; 4,80 m; 6,00 m
Höhe: 0,60 m
Breite: 0,30 m

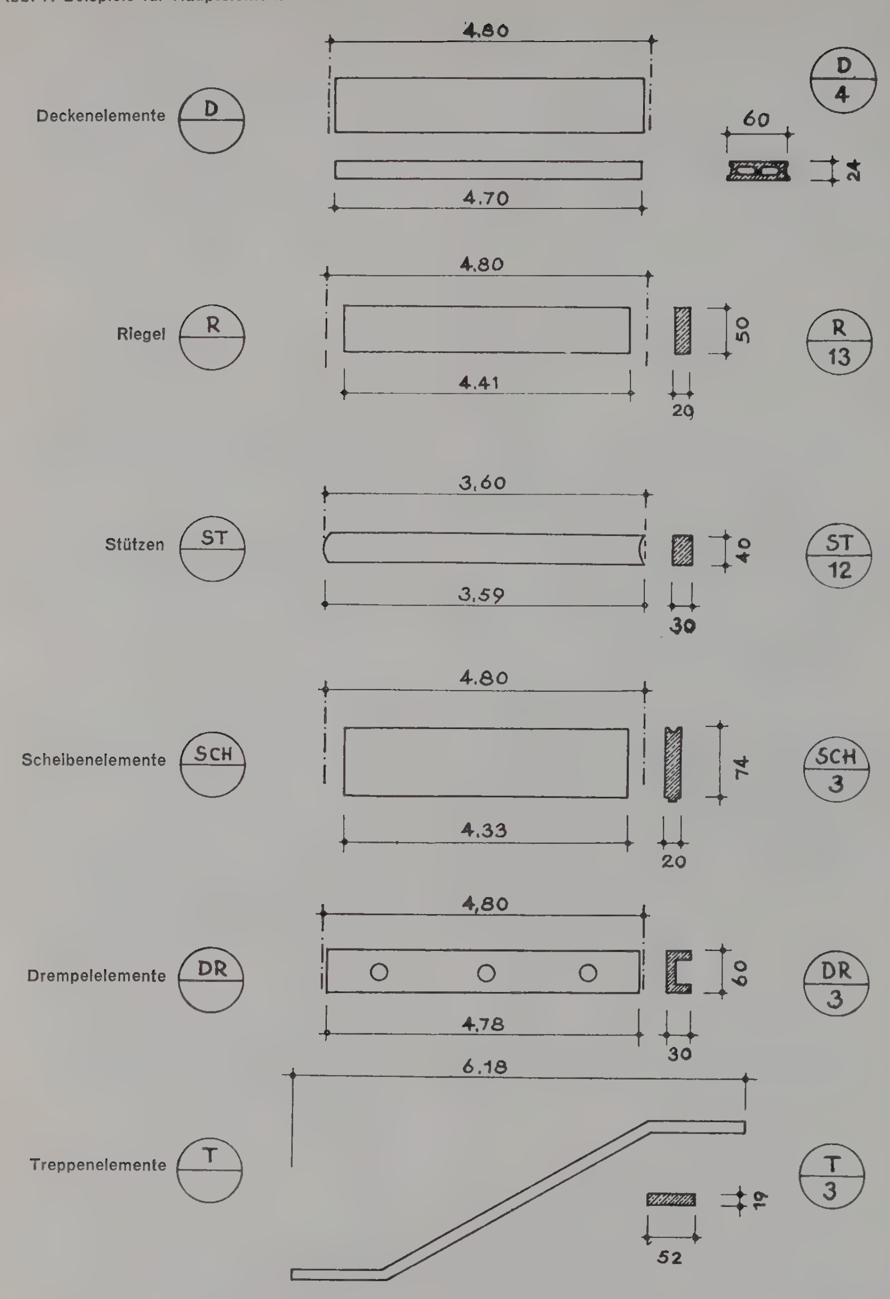
Treppenelemente
Länge: 5,90 m; 6,20 m; 6,50 m
Breite: 0,52 m
Stärke: 0,19 m
Stufenzahl: 10; 11 und 12

Podest und Zwischenläufe haben besondere Abmessungen.

Außenwände
Die Außenwandelemente werden individuell für jedes Gebäude projektiert.

Die Lage der Systemlinien ist aus Abbildung 3 ersichtlich.

Abb. 1: Beispiele für Hauptelemente



Konstruktive Durchbildung

Die Deckenelemente werden auf die Mittel- und Außenwände, das heißt auf die Mittel- und Außenriegel, aufgelagert. Aus dieser Anordnung der tragenden Elemente ergibt sich eine Längsbauweise. Die Decke wird als Scheibe ausgebildet und überträgt die Wind- und Stabilisierungskräfte auf senkrecht stehende Wandscheiben, die diese Lasten auf die Fundamente und den Baugrund abführen. Die Wandscheiben werden von den Außen- und Mittelstützen und dazwischen gesetzten Scheibenelementen, die schubfest mit den Stützen verbunden sind, gebildet. Eine Verbindung der Scheiben untereinander erfolgt außer durch die Mörtelfuge durch senkrechte Löcher, die geschoßweise bewehrt und mit Beton ausgegossen werden. Für die Horizontalkräfte längs und quer zum Gebäude ergeben sich so Quer- und Längsscheiben. Der Abstand der Wandscheiben untereinander richtet sich nach Höhe, Breite, Achsaufteilung und Belastung des Gebäudes. Die Ableitung der vertikalen Lasten erfolgt über die Riegel, Stützen und Einzelfundamente in den Baugrund. Dehnungsfugen sind bei Gebäudelängen über 50 m anzuordnen.

Die Abbildung 5 zeigt die schematische Darstellung eines Skeletts.

Elemente der Bauweise

Decken

Dachdecke

Die Dachdecke besteht je nach Stützweite aus 8 bis 16 cm dicken Spannbeton-Hohldielen des Betonwerkes Berlin-Grünau mit einer Einzelbreite der Platten von 50 cm. Die Platten kommen auf die Drempelelemente an den Außenseiten des Gebäudes zu liegen und erhalten so ein Gefälle zur Mitte. Die Fugen zwischen den Hohldielen sind nicht zu schließen, um die Wärmeausdehnung durch Sonneneinstrahlung ausgleichen zu können. Dagegen ist eine 1 cm starke Ausgleichsschicht erforderlich. Die Dachhaut muß den Festlegungen der Typenbauelemente Bitumendämmdach für Dachneigung über 5 Prozent entsprechen.

Das eigentliche Dach wird aus der oben beschriebenen Dachdecke und der obersten Geschoßdecke gebildet und stellt so ein Kaltdach dar. Die Wärmedämmung befindet sich auf der Geschoßdecke, die Sperrschicht (Dachhaut) auf der oberen Abschlußdecke. Die Abbildung 4 zeigt Beispiele für Dachausbildungen.

Geschoßdecken

Für die Geschoßdecken sind 24 cm dicke, vorgespannte und 60 cm breite Einzelplatten vorgesehen. Diese Deckenplatten sollen auf der Stasa-Anlage des Betonwerkes Berlin-Grünau hergestellt werden. Da aber für die ersten Bauten aus produktionstechnischen Gründen auf dieser Anlage noch keine Elemente gefertigt werden können, werden Deckenplatten mit gleicher Dicke und Breite aus Hohlsteinen, die in den Automaten für Hohlblocksteine gefertigt werden, zusammengestellt und elektrotermisch vorgespannt. Letztgenannte Platte wurde vom Betonwerk Berlin-Grünau entwickelt. Für die Zulassung der Decke wurden bereits Deckenplatten hergestellt, sie werden zur Zeit geprüft.

Im Bereich der Stützen und für Installationszwecke sind 90 cm breite, vorerst noch schlaff bewehrte Fertigteilplatten vorgesehen.

Die gesamte Decke wird an der Außenfront, an den Giebeln und im Bereich der Innenriegel von einem Ringanker umschlossen, der in Verbindung mit dem Betonverguß der Fugen und den darin befindlichen Rundstählen die Decke zu einer Scheibe macht. In vorläufigen Richtlinien wurde festgelegt, daß neben den Windkräften und sonstigen planmäßig auftretenden Seitenkräften eine Horizontalkraft zur Stabilisierung der Gebäude mit $H = Q/100$ zu berücksichtigen ist, wobei Q die Gesamtlast aller auszusteifenden Stützen unmittelbar unter der betrachteten Deckenscheibe ist. Ermäßigungen für H sind in besonderen Fällen möglich. Der Statische Nachweis der Decke für die Horizontalkräfte erfolgt mit einer statischen Höhe der Scheibe, die gleich der Gebäudetiefe ist, wenn keine längsorientierten Deckendurchbrüche vorhanden sind. In dem Ringanker sind die rechnerisch ermittelten Querschnitte einzulegen. Der Stoß der Stützen ist so ausgebildet, daß die Ringankerstähle ungestoßen hindurchgehen können. Abbildung 6 zeigt die Deckenkonstruktion mit Ringanker und Durchbrüchen.

Riegel

Für die Riegel sind drei Querschnitte vorgesehen: 40/30 cm; 20/50 cm und 20/70 cm. Ihre Länge entspricht den Achsmaßen, sie werden entsprechend ihrem Querschnitt an den Innen- und Außenstützen in der Längsrichtung des Gebäu-

des angeordnet. Querriegel können nur in wenigen Ausnahmefällen verlegt werden. Für die 80 cm breiten Stützen, die in den meisten Fällen im Innern der Gebäude angewandt werden, kommen die 50 und 70 cm hohen Riegel, für die 40 cm breiten Stützen — meist Außenstützen — die 50 und 30 cm hohen Riegel in Frage. Der Anschluß an die Stützen der Riegel ist gelenkig ausgebildet und erfolgt auf Stahlplatten, die nach der Fertigung der Stützen mit einer hochfest vorgespannten Schraubenverbindung aus Spannstahl ST 60/90 an die Stützen gepreßt werden und durch die Reibung die Auflagerkräfte übertragen. Diese Auflagerausbildung stellt eine Neuentwicklung dar. Sie wurde durch eine Versuchsanordnung im Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung, in Dresden, Fachabteilung Bauwesen, Belastungsversuchen unterworfen (Abb. 9). Es liegt bereits eine vorläufige Zulassung für die ersten Bauten vor.

Die oben angeführte Riegelauflagerung ermöglicht es, mit zwei Stützenquerschnitten auszukommen. Die Stützen erhalten lediglich für die Schraubenbolzen Löcher und gestatten dadurch, den Auflagerbedingungen der unterschiedlichen Riegelquerschnitte, den Besonderheiten an Treppenhäusern, Giebeln und Dehnungsfugen gerecht zu werden. Die Herstellung der Stützen wird im Betonwerk wesentlich vereinfacht und die Vielzahl der Formen infolge der sonst erforderlichen verschiedenen Konsole herabgesetzt.

Stützen

Für die Stützen sind zwei Querschnitte vorgesehen: 30/80 cm und 30/40 cm. Ihre Länge entspricht den Geschoßhöhen. Die Stützen weisen, wie zuvor beschrieben, für die Fertigung eine einfache prismatische Form auf und ermöglichen durch entsprechende Löcher das Anbringen der Auflagerplatten für die Riegel und Anschlußplatten für die Scheibenelemente. Der Stoß der Stützen erfolgt durch eine kugelschalenförmige Ausbildung der Stützenköpfe und -füße in Deckenhöhe gelenkig. Eine Schraubenverbindung mit Dornen, die an die Auflagerplatten der Riegel angeschweißt sind und als Montagesicherung für die Riegelauflagerung herangezogen werden, ermöglicht gleichzeitig die Montagestandsicherheit der Stützen. Am Stützenstoß ist keine Schweißverbindung vorhanden. Die Lastübertragung von Stütze zu Stütze erfolgt über eine Mörtelfuge in B 160. Die zulässige Beanspruchung der Fuge infolge behinderter Querdehnung wurde bei einer Fugenstärke von $\leqq$ 1,5 cm mit 200 kp/cm² zugelassen.

Auf den Abbildungen 7 und 8 wird der Montageablauf am Stützenstoß erläutert.

Wandscheiben

Zur Übertragung der Wind- und Stabilisierungskräfte aus den Deckenscheiben auf die Fundamente und den Baugrund werden Quer- und Längsscheiben im Gebäude angeordnet. Die Wandscheiben werden von den Mittel- und Außenstützen und den mit ihnen schubfest verbundenen Scheibenelementen gebildet. Infolge des maximalen Transportgewichtes von 2,0 Mp sind die Scheibenelemente horizontal geteilt. Die Einzelhöhen der Elemente betragen 60 und 74 cm. Sie

Abb. 2: Beispiele für weitere Elemente

Außenwandplatten A — A 1 — 16 — 2,4 — 3,30

Drempel-Außenwandelemente DRA — DRA 4 — 4.80 — 4,77 — 90 — 16

Keller-Außenwandplatten KA — KA 13 — 4.80 — 4.40 — 93 — 20

Fahrstuhlelemente FA — FA 1 — 20 — 2.41 — 3,05

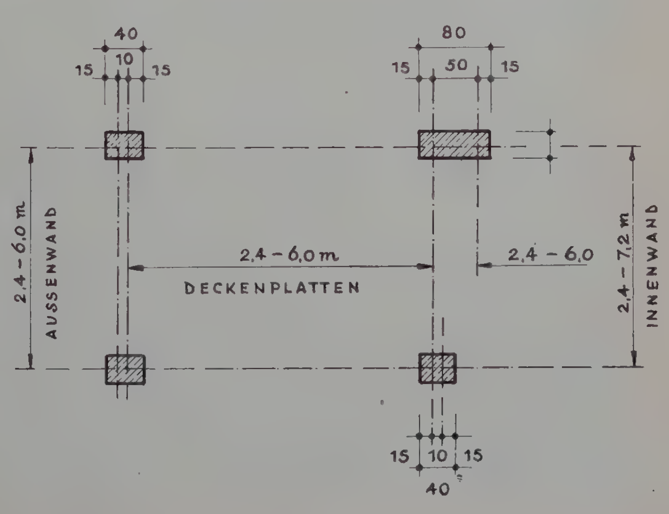
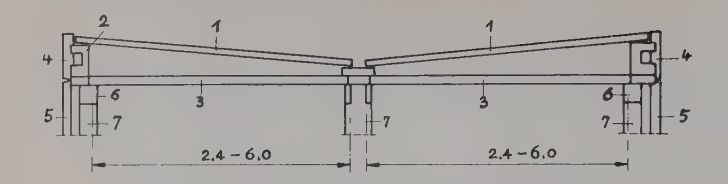
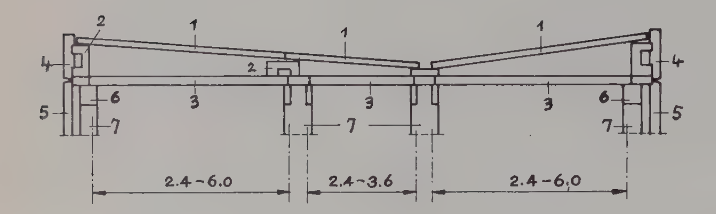
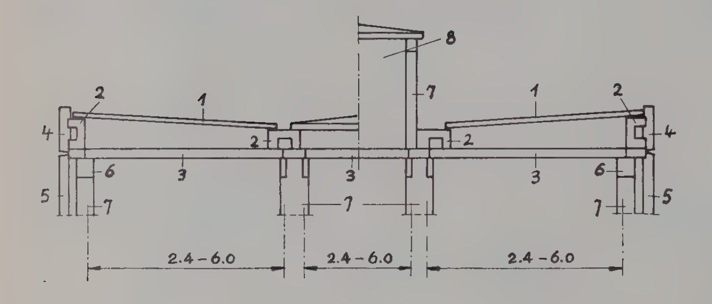


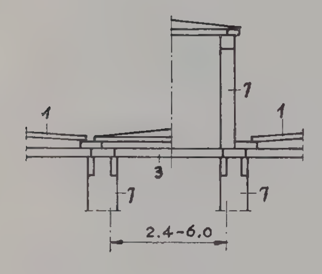
Abb. 3: Lage der Systemlinien 1 : 75

Abb. 4: Beispiele für Dachausbildungen









1 Dachplatte mit Dachhaut — 2 Drempelelement — 3 Oberste Geschoßdecke mit Wärmeisolierung — 4 Drempel-Außenwandelement — 5 Außenwandelement — 6 Riegel — 7 Stützen — 8 Dachaufbau Warmdach

werden je nach der vorhandenen Geschoßhöhe zu einer Scheibe zusammengesetzt. Um für den statischen Nachweis einen gemeinsamen Querschnitt ansetzen zu können, besitzen die Scheibenelemente monolytisch ausgegossene bewehrte Kerne von Geschoßdecke zu Geschoßdecke, die die Schubkräfte in der waagerechten Fuge aufnehmen können und die zusätzliche Knickgefahr im Bereich der Fugen aufheben. Der statische Nachweis für die Wandscheiben erfolgt für zwei Annahmen, die den wirklichen Kräfteverlauf in der Scheibe einschließen.

Nachweis A

Die Lasten aus den Stützen wandern über die schubfesten Anschlüsse in die Scheibenelemente. Die Wandscheibe bildet mit den Stützen einen gemeinsamen Querschnitt. Es wird der Standsicherheitsnachweis geführt, und die Spannungen an den maßgebenden Schnitten werden nachgewiesen. Durch die von Geschoßdecke zu Geschoßdecke durchgehenden Stützen und den bewehrten Kernen in den Scheibenelementen kann die Wandscheibe als zweiseitig gehalten angesehen werden. Die Knicklänge ist dann der Geschoßhöhe gleichzusetzen.

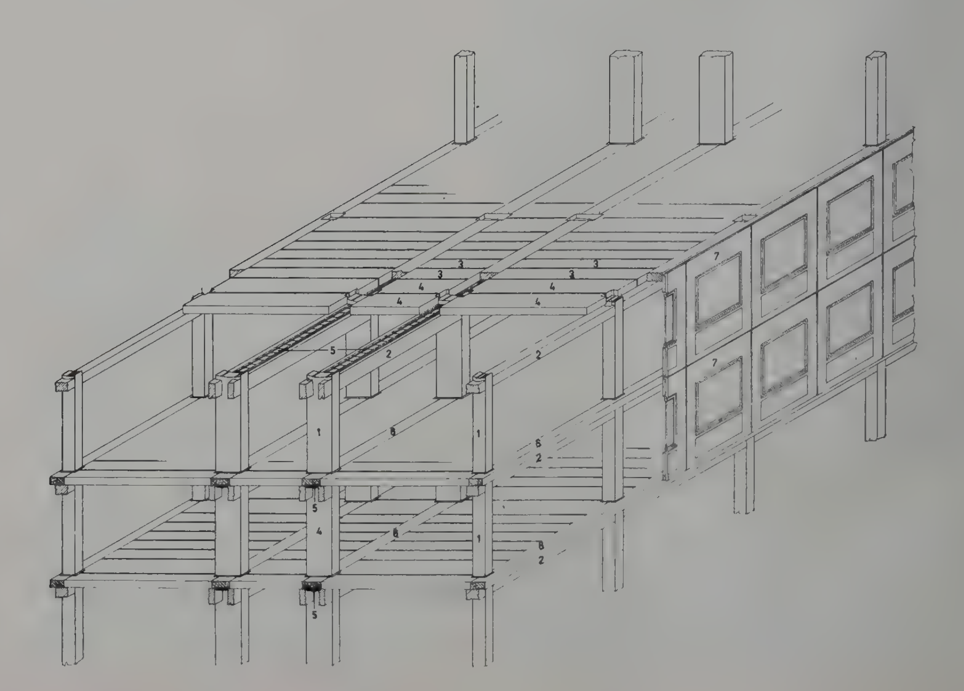
Nachweis B

Die Lasten der Stützen verbleiben in den Stützenquerschnitten. Die auf Biegung beanspruchte Scheibe wird als Stahlbetonquerschnitt aufgefaßt und im Zustand 2 mit gerissener Zugzone nachgewiesen. Zur Aufnahme der Zugkräfte wird die Belastung der Stütze am gezogenen Rand herangezogen. Für die Belastbarkeit einer Wandscheibe bestehen hier zwei Kriterien:

1. Die Summe aus größter Vertikallast und der aus Biegedruckspannung entstehenden Druckkraft darf die Stützentragkraft nicht überschreiten.

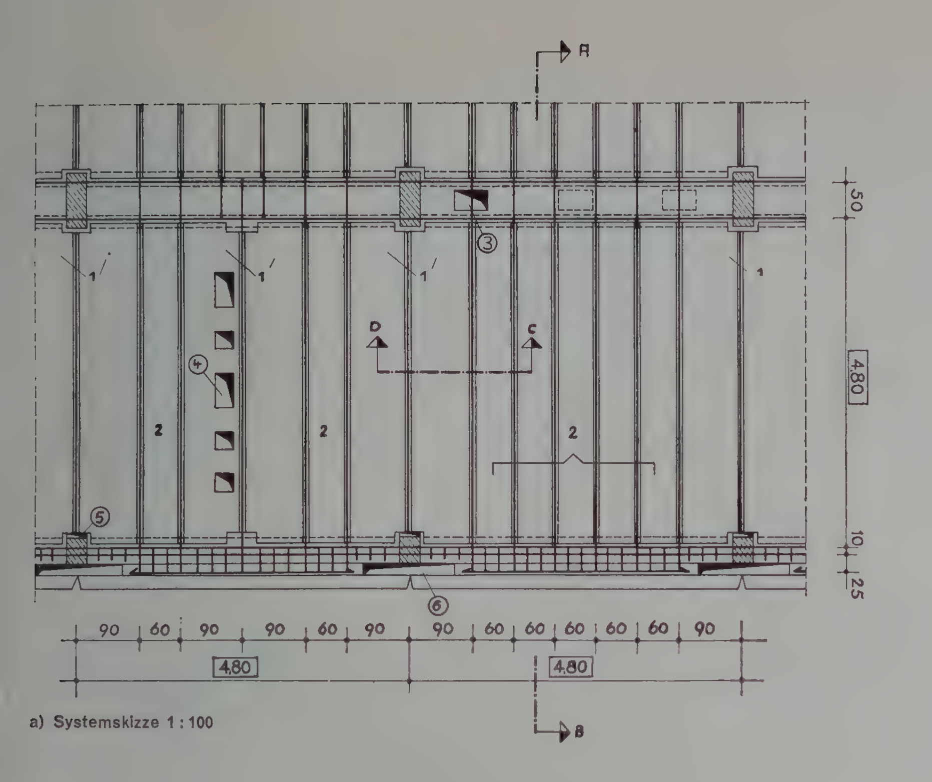
2. Die aus Biegebeanspruchung entstehende Zugkraft muß mit 1,5facher Sicherheit durch die minimale Stützenlast

Abb. 5: Schematische Darstellung eines Skeletts



1 Stützen — 2 Riegel — 3 Deckenplatten (Normalplatte) — 4 Deckenplatten (Sonderplatte für Installation und im Bereich der Stützen) — 5 Schalungsplatten — 6 Ringanker — 7 Außenwandplatten

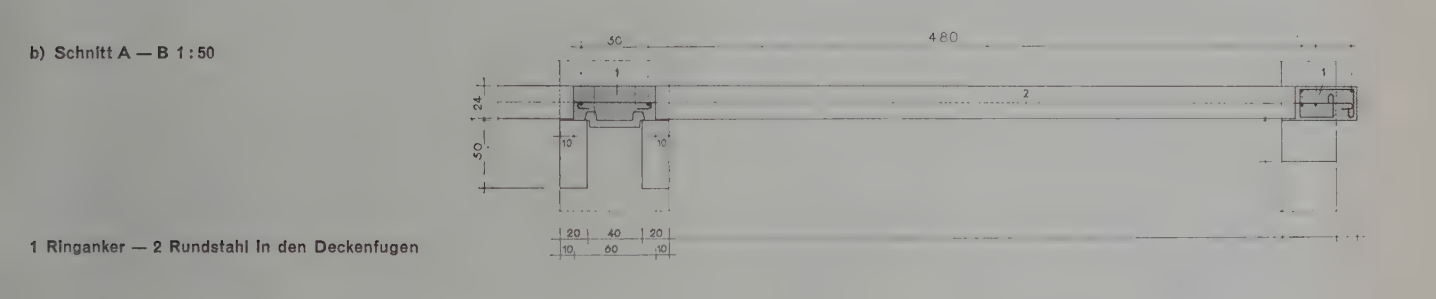
Abb. 6: Deckenkonstruktion mit Ringanker und Durchbrüchen



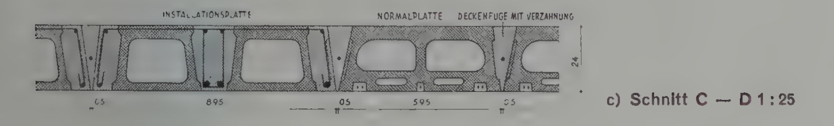
a) Systemskizze 1 : 100

1 Installationsplatte — 2 Normalplatte — 3 Durchbruch für Installation — 4 Durchbruch für Toilettenanlagen — 5 Durchbruch für Stark- und Schwachstrom — 6 Durchbruch für Heizung

b) Schnitt A — B 1 : 50



1 Ringanker — 2 Rundstahl in den Deckenfugen



c) Schnitt C — D 1 : 25

überbrückt werden, da die Stützenstöße nicht zugfest verbunden sind.

Treppen

Die Läufe einschließlich der Podeste sind längsgeteilt und werden wie die Deckenelemente auf die Riegel der Außen- und Innenwände aufgelegt. Die Breite der einzelnen Laufelemente beträgt 52 cm. Die Treppenläufe sind so ausgebildet, daß beim Ausbau der Gebäude vorgefertigte Stufenelemente verlegt werden können. Die Stärke der Podeste und Zwischenbauteile beträgt im Gegensatz zu den Decken nur 19 cm. Die restlichen 5 cm werden dazu benutzt, durch bewehrten Aufbeton den einzelnen Teilen der Treppe einen wirksamen Zusammenhalt zu geben und den unterbrochenen Ringanker im Inneren der Gebäude zu ersetzen. Die Zusammenstellung der Treppenelemente zu Treppenhäusern entsprechend den verschiedenen Achsabständen und Geschoßhöhen ist in Treppenschemata zusammengefaßt worden (Abb. 10).

Außenwandelemente

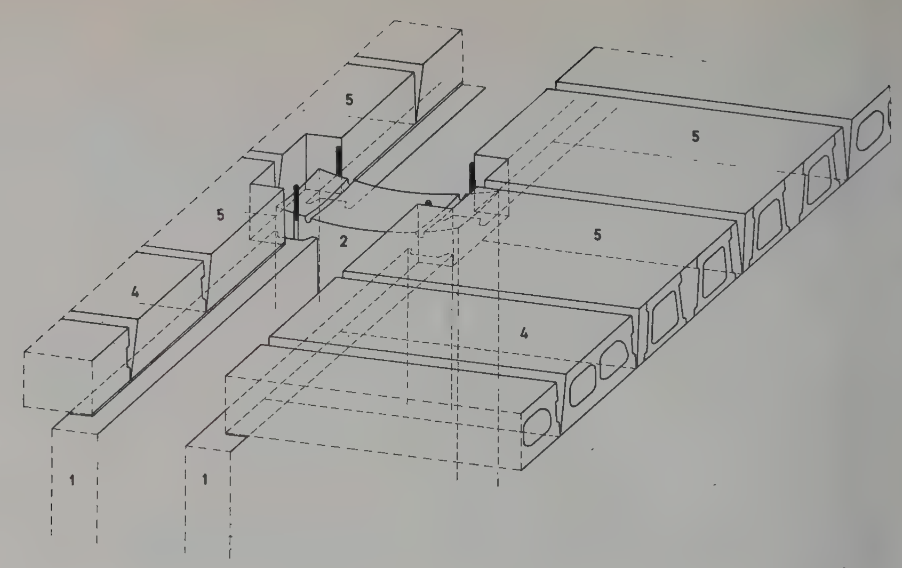
Die Außenwandelemente werden vor den Außenstützen und Außenriegeln angebracht und führen ihr Eigengewicht nur bei schwerer Ausführung selbst ab; in den meisten Fällen werden sie auf die Außenriegel aufgesetzt beziehungsweise angehängt und geben ihre Lasten über die Riegel an die Stützen ab. Durch die Vielgestaltigkeit der Außenwand ergeben sich für die einzelnen Bauwerke Sonderelemente, die nicht fester Bestandteil des Elementenkataloges sind. Für das erste Bauwerk (Bürogebäude Typ A) wurden die Außenwandelemente als Kassettenplatten ausgebildet, die mit Wärmedämmstoffen ausgefüllt werden und auf der Innenseite eine nicht mehr zu putzende Abschlußplatte erhalten.

Innentrennwände

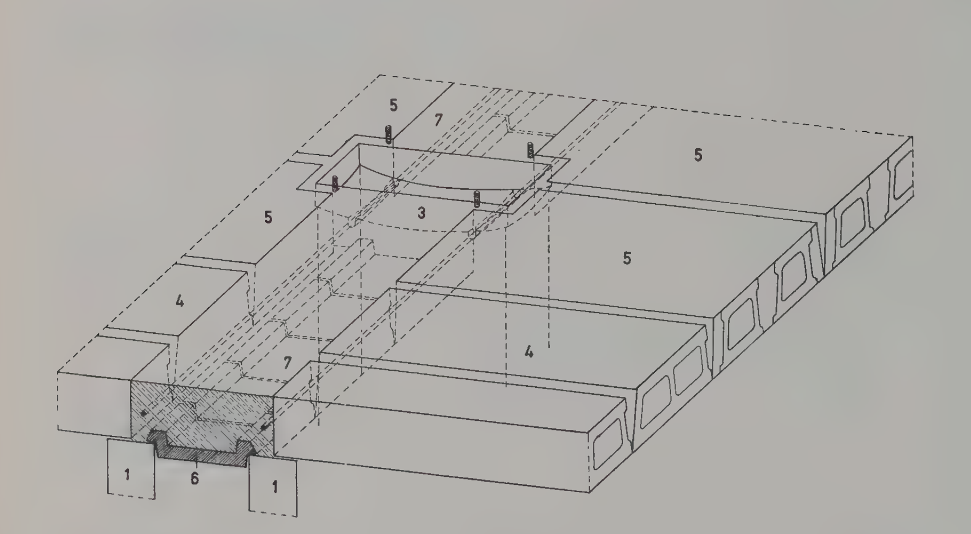
Die Innentrennwände werden als leichte Trennwände mit einem Gewicht von kleiner als 100 kp/m² Wandfläche gefertigt.

Die Durchsetzung der erläuterten Bauweise in der Projektierung des Stadtzentrums ist zum Teil auf große Schwierigkeiten gestoßen. Hierfür sind die Anpassung an die vorhandenen Gebäude, die besonderen Anforderungen der Raumprogramme und die Schwierigkeiten in den Gründungsverhältnissen anzuführen. Nur durch eine gute Zusammenarbeit von Architekt und Ingenieur können diese Hemmnisse aus dem Weg geräumt werden.

Abb. 7: Montage der Riegel und Deckenplatten



1 Riegel — 2 Stützenkopf mit Auflagerplatten — 3 Stützenfuß — 4 Deckenplatte (Normalplatte) — 5 Deckenplatte (Sonderplatte für Installation und im Bereich der Stützen) — 6 Schalungsplatte — 7 Ringanker



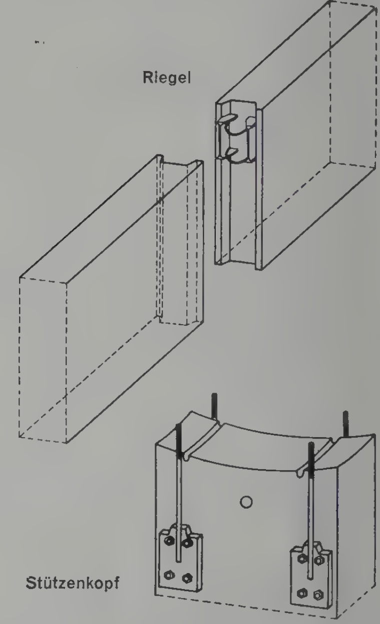
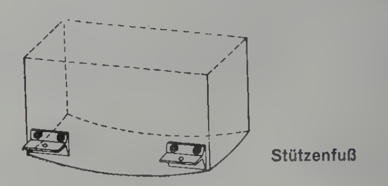


Abb. 8: Ausbetonieren des Ringankers und der Deckenfugen sowie Montage der Stütze



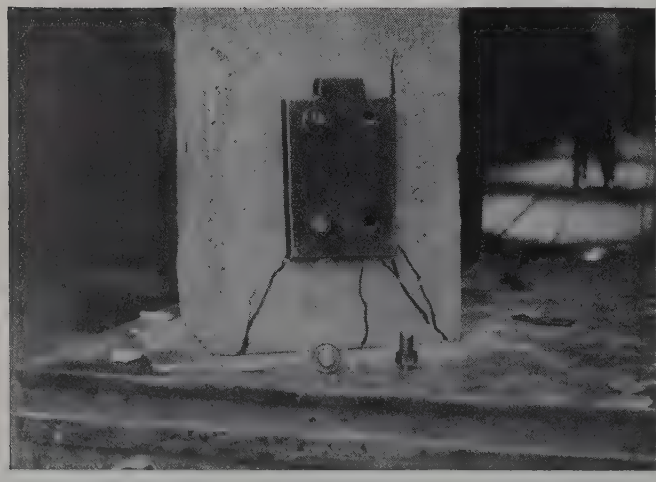
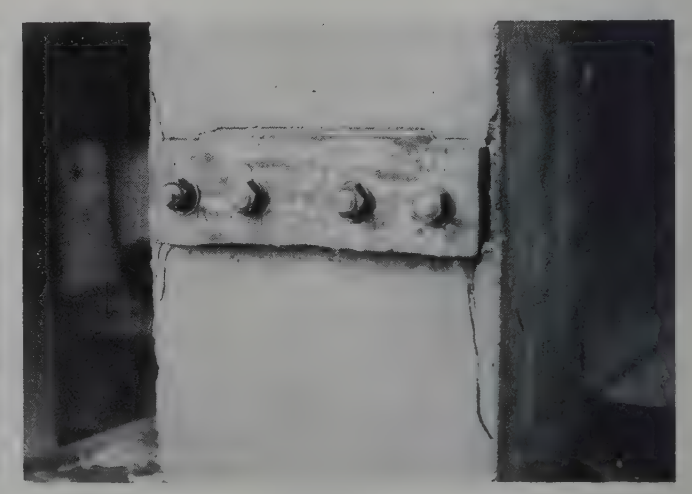



Abb. 9: Versuchsanordnung für die Riegelauflagerung nach der Bruchlast von 130 Mp

Abb. 10: Beispiel zu den Treppenschemata, Geschoßhöhe 3,60 m — Variante A

a) Breite 3,60 m; Tiefe 4,80 m beziehungsweise 6,00 m

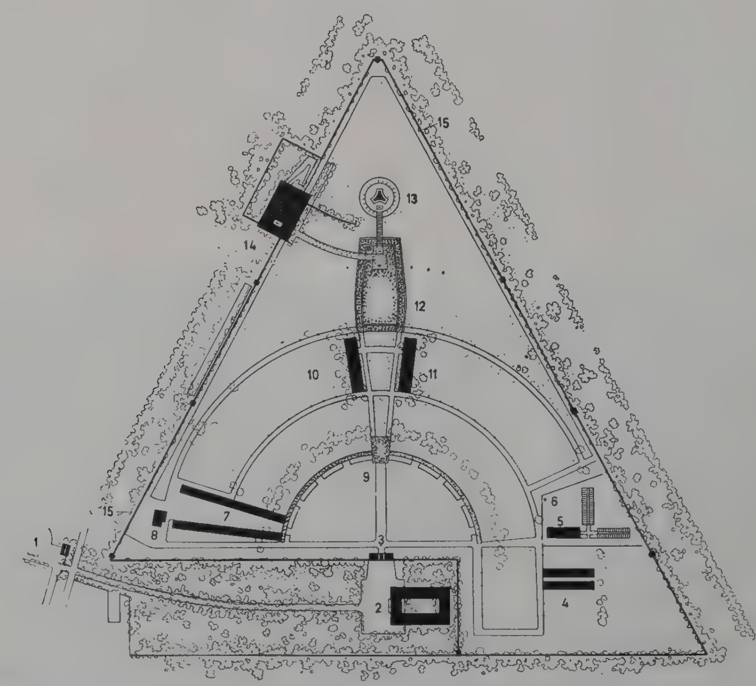
b) Breite 4,80 m; Tiefe 4,80 m beziehungsweise 6,00 m

c) Breite 6,00 m; Tiefe 4,80 m beziehungsweise 6,00 m

Die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen

DK 725.945

Architektenkollektiv Buchenwald



Lageplan 1 : 7500
1 Eingang — 2 Museum des Internationalen Widerstandskampfes — 3 Ehemaliges Eingangstor — 4 Rekonstruierte Wohnbaracken — 5 Ehemaliges Zellenbad — 6 Ehemalige Dunkelzelle — 7 Ehemaliges Krankenrevier — 8 Ehemalige Pathologie — 9 Ringmauer — 10 Vorführraum und Kabinett — 11 Lagermuseum — 12 Feierplatz — 13 Mahnmal — 14 Gedenkstätte mit dem ehemaligen Krematorium — 15 Lagermauer mit Wachtürmen

Die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen befindet sich auf dem ungefähr 22 Hektar großen Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers. Diese Fläche gliedert sich in drei Erlebnisbereiche, die mit den ursprünglichen Funktionsbereichen identisch sind. Die bau- und bildkünstlerische Gestaltung der Anlage geht von deren lagergeschichtlicher Bedeutung aus.

Der Eingangsbereich (ehemaliges Kommandanturgelände) umfaßt den Gedenkstätteneingang in Verlängerung der Jägerstraße und das Museum des Internationalen Widerstandskampfes. Dieses ist ein den rechteckigen Ehrenhof umschließender Flachbau mit ungefähr 1300 m² Ausstellungsfläche. Seine Hauptkonstruktionselemente sind 12 m weit gespannte Zweigelenkrahmen in Stahlbeton auf einem Grundraster von 3 m.

Der Gedenkstättenbereich (ehemaliges Häftlingslager) wird von der erhaltengebliebenen Lagermauer mit ihren Wachtürmen umschlossen. Bis auf die Revierbaracken, die Pathologie, den Zellenbau, die Küche, die Wäscherei und zwei Häftlingsbaracken sind die Ruinen aller übrigen Lagergebäude beseitigt worden. Das enttrümmerte Gelände ist unter Erhaltung der Hauptwegeführung und des Appellplatzes eingeebnet. Der Appellplatz ist mit einer

Das Museum des Internationalen Widerstandskampfes zeigt in neunzehn nationalen Abteilungen die Weltbedeutung des Internationalen Widerstandes gegen den Faschismus



Zwischen den Stahlbetonstützen der über 30 m frei gespannten Gedenkhalle ragt der 40 m hohe Obelisk empor. Seine Silhouette wird von der Kontur bestimmt, vor ihm die Monumentalplastik von René Grätz

Ringmauer aus kreuzförmig durchbrochenen Betonformsteinen eingefaßt. In sie sind Betonflächen eingebunden, deren Form einer vereinfachten Darstellung der dort ursprünglich stehenden Barackengiebel entspricht. Die Standorte aller anderen Baracken werden durch Granitporphyrblöcke gekennzeichnet, die mit den ehemaligen Blocknummern versehen sind. Die erhaltene und wieder instandgesetzte Lagersubstanz wird museal genutzt.

Im oberen Drittel der Achse des Lagerdreiecks ist der 4500 m² große, ornamental gepflasterte Feierplatz angeordnet. Hinter ihm erhebt sich das 40 m hohe Monument der Nationen. Es ist ein obeliskähnlicher Hohlkörper aus Beton auf dreieckigem Grundriß, dessen konkav gekrümmte Seitenflächen sich nach oben verjüngen. Seine Standsicherheit wird durch ein skelettartiges System von Ringankern und Eckbewehrungen gewährleistet. In dem oberen Teil sind allseitig Dreiecke aus roter Keramik, dem Zeichen der politischen Häftlinge, eingefügt. An seinem Fuß steht eine Plastikgruppe von René Grätz.

Vom Feierplatz führt ein breiter Plattenweg in den Krematoriumsbereich (Teil des ehemaligen Industriehofes). Über den abgeglichenen und konservierten Grundmauern des Krematoriums und den Resten der Verbrennungsöfen ist eine offene Gedenkhalle errichtet. Sie besteht aus sechs 9 m hohen und 36 m weit gespannten Zweigelenkrahmen in Stahlbeton, deren Achsenabstand 6 m beträgt. Zwischen diese Rahmen ist in Höhe der Unterkante des Rahmenriegels die Dachplatte eingespannt, die allseitig 3 m auskragt. In der Halle, vor den Ofenresten, ist eine Plastikgruppe von Professor Waldemar Grzimek aufgestellt. Der Grundriß des Krematoriums ist mit Schieferplatten eingefaßt. Die übrige, zum Krematoriumsbereich gehörende Freifläche, die den rekonstruierten Erschießungsgraben einschließt, ist mit roten Rosen bepflanzt.

Tausendschön

Monumentalbauten unserer Zeit

DK 72 (079):725.11 (473.11)

Einige Projekte des Wettbewerbes für den Sowjetpalast in Moskau

Liv Falkenberg

Bei der Ausschreibung eines Wettbewerbes für solch ein hervorragendes Gebäude wie den Sowjetpalast, dem Sitz des Obersten Sowjets, ist die Bestimmung seiner Lage von großer Bedeutung. Ein solches Gebäude, das man früher ,,Stadtkrone" genannt hätte, soll selbstverständlich im Zentrum der Stadt liegen.

Das Zentrum der Hauptstadt der Sowjetunion, Moskau, die sich in den letzten Jahren beträchtlich ausgedehnt hat, wurde durch das Südwest-Viertel erweitert.

Daher war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Sowjetpalast im Südwest-Viertel, in der Nähe der Lomonossow-Universität, gebaut werden soll und nicht, wie beim Wettbewerb im Jahre 1932 vorgesehen war, in der Nähe des Kremls.

In der ,,Deutschen Architektur", Heft 10/1958, wurde bereits ein Bericht über einige Projekte des Wettbewerbes 1958 für den Sowjetpalast veröffentlicht.

Die Jury hatte damals, um einen einheitlichen Ausgangspunkt für die Bewertung der 125 eingereichten Projekte festzulegen, zusammen mit den Experten und dem wissenschaftlichen Forschungsinstitut der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR folgende Grundsätze aufgestellt:

,,1. Es ist notwendig, daß die Architektur des Sowjetpalastes der Wende in der sowjetischen Architektur entspricht, welche nach der Baukonferenz im Jahre 1954 und nach dem Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Regierung vom Jahre 1955 erfolgte. In diesem Beschluß wurde streng und gerecht die falsche Tendenz in der Arbeit vieler Architekten und Projektierungsbüros verurteilt, die in einer einseitigen ästhetischen Auffassung der Architektur, im Formalismus, in der Überbewertung des klassischen Erbes und seiner unschöpferischen Auswertung zum Ausdruck kam. Folglich sind solche Entwürfe unannehmbar, bei denen eine verlogene Erhabenheit im Widerspruch steht zu einer vernünftigen Ökonomie und zu den Forderungen heutigen Komforts, bei denen sich die Funktion und die Konstruktion des Gebäudes nach dessen äußerer Erscheinung richten.

2. Der wirkliche, im Programm festgelegte Ausgangspunkt für den Bau des Sowjetpalastes, das heißt seine praktische Bestimmung und die organische Wechselbeziehung der verschiedenen Räume, soll in der Architektur des Gebäudes künstlerisch zum Ausdruck gebracht werden.

Daher sind diejenigen Projekte unannehmbar, bei denen einer künstlichen vertikalen Silhouette zuliebe die Hilfs- und Nebenräume übereinander angeordnet sind; oder solche Projekte, bei denen der Hauptsaal absichtlich überhöht wurde, nur um eine zentrale Komposition zu erreichen, was jedoch einen größeren umbauten Raum und eine schlechte Akustik zur Folge hat; oder solche Projekte, bei denen Sitzungssäle übereinander angeordnet sind, so daß ein komplizierter vertikaler Verkehr innerhalb des Gebäudes entsteht.

Dagegen werden solche Projekte in Betracht gezogen, welche einen reibungslosen Ablauf der Sitzungen des Obersten Sowjets der UdSSR und des Sowjets der RSFSR wie auch verschiedener politischer und kultureller Veranstaltungen garantieren.

Die Architektur des Gebäudes soll erhaben, edel, einfach und streng in der Form sein, eine demokratische Gesinnung zum Ausdruck bringen, den Komfort Rechnung tragen und eine ökonomische Lösung gewährleisten.

3. Der Entwurf für den Sowjetpalast soll auf einer zeitgemäßen Baukonstruktion mit einer entsprechenden neuen Statik beruhen. Monumentalität soll mit solchen künstlerischen Mitteln erreicht werden, die die Spannkraft einer fortschrittlichen, leichten Konstruktion zum Ausdruck bringen.

Unannehmbar sind solche unaufrichtigen Projekte, bei denen durch Anwendung archaischer Bauformen, die zu massiven Steinkonstruktionen gehören, versucht wurde, monumental zu wirken. In solchen Fällen wird die moderne Tragkonstruktion mit steinernen Requisiten ummantelt, um eine verlogene Erhabenheit und Monumentalität vorzutäuschen.

4. Nur die Projekte sind fortschrittlich, bei denen die Architektur des Sowjetpalastes in einem organischen Zusammenhang mit der umgebenden Natur steht, bei denen ein Überfluß von Licht in den Räumen herrscht und die — bei strenger Beachtung der ökonomischen Forderungen — ein Gefühl von Geräumigkeit und Freiheit zum Ausdruck bringen."

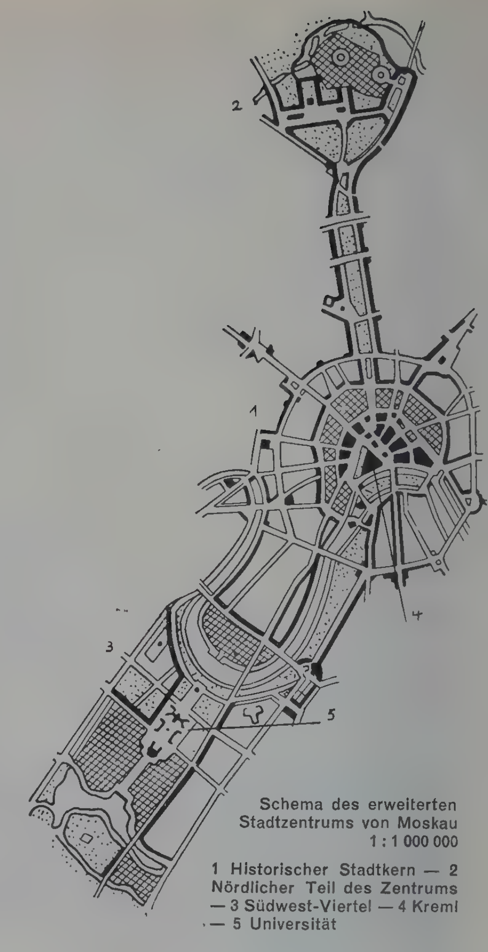
Nach diesen Richtlinien wurden die besten Projekte ausgewählt, in denen in dieser oder jener Hinsicht schon die Grundlagen für eine fortschrittliche Entwicklung der sowjetischen Architektur enthalten waren.

Auf Vorschlag der Jury wurden aus den bisherigen Preisträgern verschiedene Kollektive gebildet und aufgefordert, an einem weiteren, geschlossenen Wettbewerb teilzunehmen. Acht Kollektive beteiligten sich an der zweiten Etappe des Wettbewerbes. Das Programm, das diesem Wettbewerb zugrunde lag, wurde um die Erfahrungen der ersten Etappe bereichert, und verschiedene Wettbewerbsbedingungen wurden näher präzisiert.

Einige Projekte dieser zweiten Etappe werden nachstehend veröffentlicht, damit die weitere Entwicklung sowjetischer Monumentalbauten verfolgt werden kann.

Entwurf des Architektenkollektivs A. Wlassow, W. Davidenko, A. Mejerson, Ingenieur N. Lewontin

Das Gebäude ist parallel zur Universität an einem großen, teils begrünten Platz vorgesehen, der den Zustrom der Besucher und Abgeordneten aufnimmt und außerdem für Massenmeetings geeignet ist. Charakteristisch für dieses Projekt ist die Anordnung der drei Hauptsäle (Ratssaal des Obersten Sowjets, des Nationalitätensowjets und des Unionssowjets), welche als selbständige Körper, umgeben von Wandelgängen, Wintergärten und Empfangshallen, in einem langgestreckten rechteckigen Gebäude zusammengefaßt werden. Durch eine farbige Behandlung der Außenwände dieser Saalkörper mit Wandmalereien und keramischen Reliefs werden diese Hauptelemente des Sowjetpalastes, inmitten der blühenden Wintergärten, besonders betont.



Schema des erweiterten Stadtzentrums von Moskau 1 : 1 000 000

1 Historischer Stadtkern — 2 Nördlicher Teil des Zentrums — 3 Südwest-Viertel — 4 Kreml — 5 Universität

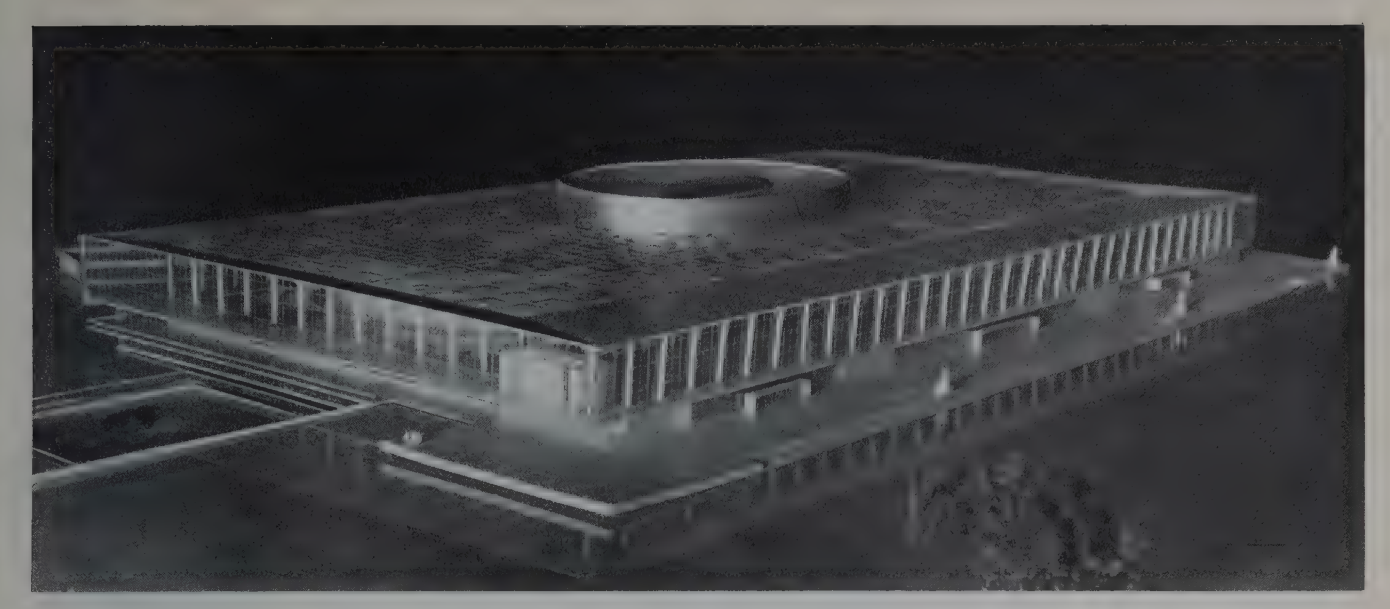
Im zweiten Geschoß, entlang der Hauptfassade, sind Räume für Regierungsempfänge und Veranstaltungen angeordnet. Die Neigung des Terrains wurde genutzt, um nach der Parkseite das Untergeschoß für die technischen Dienste auszubauen. Die Arbeitsräume des Präsidiums befinden sich in einem vorgelagerten zweigeschossigen Gebäude, das mit den Sitzungssälen in bequemer Verbindung steht.

Der architektonische Grundgedanke war, das Innere des Gebäudes sichtbar zu machen und einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Innen und Außen herzustellen, so daß man durch die transparenten Wände vom Park und vom Vorplatz das Leben innerhalb des Gebäudes verfolgen kann.

Der umbaute Raum beträgt 561 800 m³.

Entwurf des Architektenkollektivs I. Loweiko, B. Rubanenko, J. Bjeloposki, R. Gwosdew, L. Golubowski, A. Korabelnikow, A. Nemlicher, W. Klimow, M. Artemow

In dem langgestreckten Gebäude (348 m × 102 m) sind die Ratssäle als selbständige Körper angeordnet. Der im Zentrum gelegene Raum als ,,Amphitheater des Volkes", die Gänge und Foyers sollen durch die transparenten Wände in unmittelbarer Verbindung mit dem Park und dem Vorplatz stehen, so daß eine Einheit von ,,Außen" und ,,Innen" erreicht wird. Der große Ratssaal (96 m × 60 m) ist in der Form eines Amphitheaters ohne Balkon



Entwurf des Architektenkollektivs A. Wlassow, W. Davidenko, A. Mejerson — Ansicht von der Universität her

gedacht, ebenso die beiden kleinen Ratssäle. Die Arbeitsräume des Präsidiums befinden sich in zwei Geschossen auf der Parkseite. Sie haben ebenso wie die Räume der Diplomaten unmittelbare Verbindung zu den Ratssälen. Im Innern des Gebäudes, in den Foyers und Festsälen, sind monumentale Wandmalereien und farbige Reliefs vorgesehen.

Der umbaute Raum beträgt 593 000 m³.

Entwurf des Architektenkollektivs der Akademie Sholtowski: Architekt W. Wassiljewa, W. Woskresenski, W. Grischenko, B. Lasarew, G. Lebedew, G. Michailowska, A. Samsonow, P. Skokan, N. Sukojan

In diesem kompakten, quadratischen Gebäude sind im ersten Geschoß die drei Sitzungssäle, die Empfangs- und Festsäle mit Wandelgängen und Foyers um einen Innenhof gruppiert. Alle Arbeitsräume liegen in den Zwischengeschossen und erhalten ihr Licht von der Hofseite. Die Räume für Regierungsempfänge liegen an der Parkseite und können mit den Foyers und dem Wintergarten zu größeren Räumlichkeiten vereinigt werden.

Das Gebäude wird allseitig von einer Kolonnade umgeben. Dabei liegen drei Seiten zum Versammlungsplatz und die vierte Seite zum Park.

Der umbaute Raum beträgt 546 200 m³.

Entwurf des Architektenkollektivs M. Barchin, E. Nowikowa, M. Barsch, W. Datjuk, J. Kriwuschenko

Der große Ratssaal liegt zentral, die beiden kleinen Säle, welche zu einem Raum vereinigt werden können, liegen an einem Ende des Gebäudes, der Festsaal am anderen. Gänge und Vestibüle in zwei Geschossen ermöglichen den Delegierten den Verkehr zwischen diesen Haupträumen. Die Arbeitsräume der Regierung liegen an der Parkseite und stehen in unmittelbarer Verbindung zu den Ratssälen.

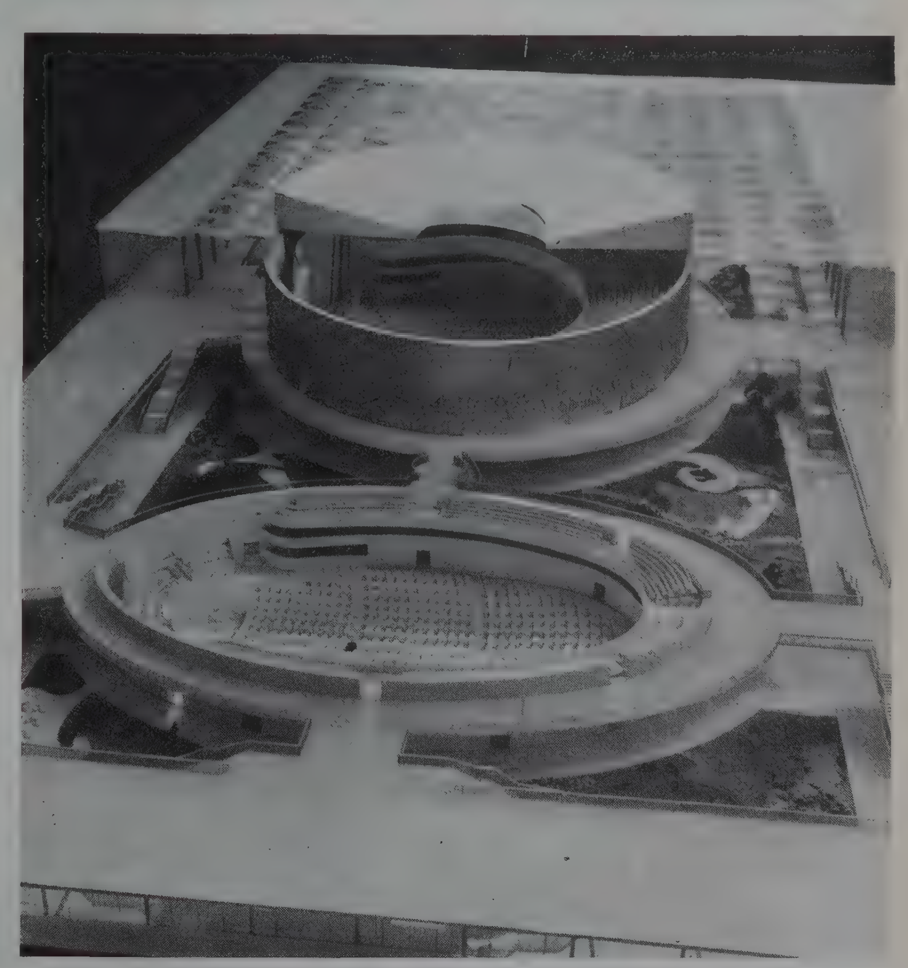
Im Erdgeschoß befinden sich die Eingangshallen für den großen Ratssaal, eine Reihe kleiner Empfangssäle, die Räume für Diplomaten und die Arbeitszimmer des Sekretariats. Im ersten Geschoß auf der Seite des Haupteingangs liegen die Wandelgänge der Ratssäle und die Festsäle. Im zweiten Geschoß befinden sich an der Parkseite die Räume für Diplomaten und für die Presse.

Entwurf des Architektenkollektivs N. Alexandrowa, R. Begunz, J. Wdowin, N. Kowaltschjuk, W. Makarewitsch, A. Resnitschenko, B. Tchor

Die Projektanten gingen von der Voraussetzung aus, daß das Gebäude inmitten eines großen Platzes steht und daß deshalb ein kompakter Grundriß notwendig sei. Die Ratssäle sind symmetrisch angeordnet, mit dem großen Saal in der Mitte. Rund um diesen Kern liegen der Festsaal, die Empfangssäle und Wintergärten. Die Ratssäle sind in Form von Amphitheatern ohne Balkone geplant.

Der umbaute Raum beträgt 532 800 m³.

Im Januar 1960 war die zweite Etappe des Wettbewerbes abgeschlossen. Ein erster Preis wurde nicht vergeben. Nunmehr erarbeiten die Preisträger, unter anderem Architekt Wlassow und Architekt Loweiko, im Rahmen eines neu errichteten Instituts für Monumentalbauten ein weiteres Projekt für den Bau des Sowjetpalastes.



Entwurf des Architektenkollektivs A. Wlassow, W. Davidenko, A. Mejerson — Blick in das Innere des Gebäudes. Am Haupteingang im Erdgeschoß befinden sich die Eingangshallen, von dort gelangen die Besucher in die Wintergärten oder die Treppe hinauf zu den Balkons



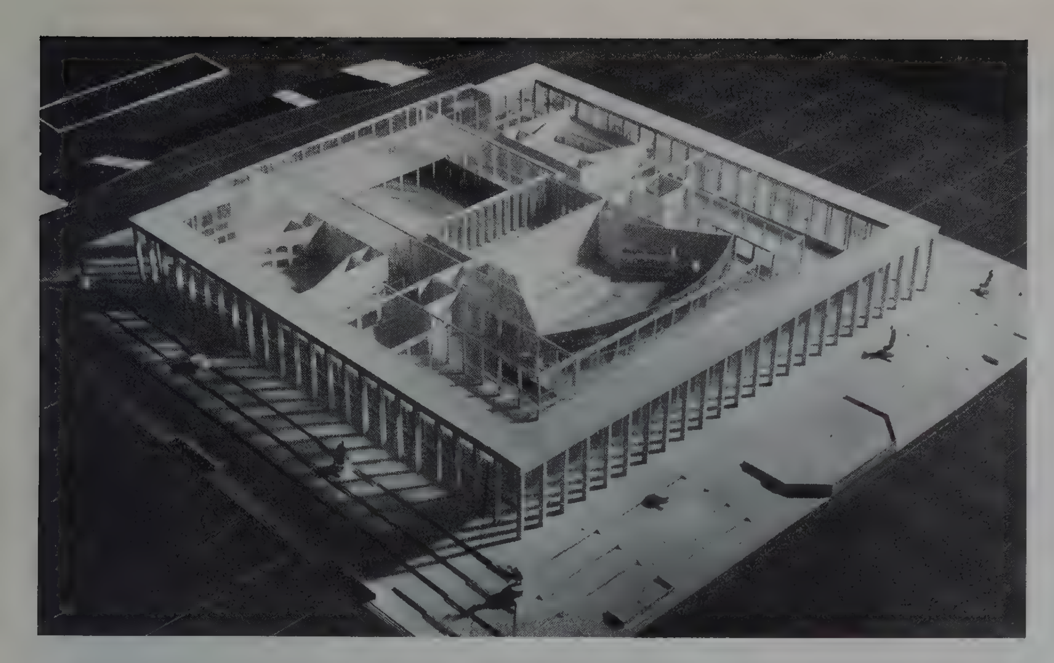
Entwurf des Architektenkollektivs I. Loweiko, B. Rubanenko, J. Bjeloposki — Schaubild der Lage des Sowjetpalastes



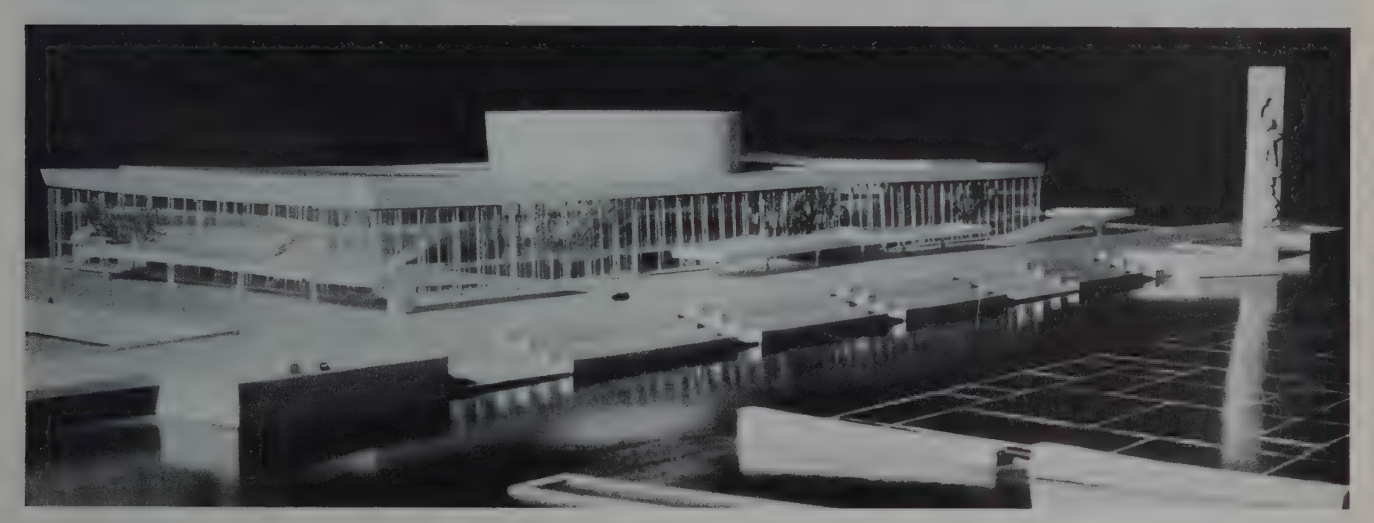
Entwurf des Architektenkollektivs I. Loweiko, B. Rubanenko, J. Bjeloposki — Schaubild des Sitzungssaales des Obersten Sowjets



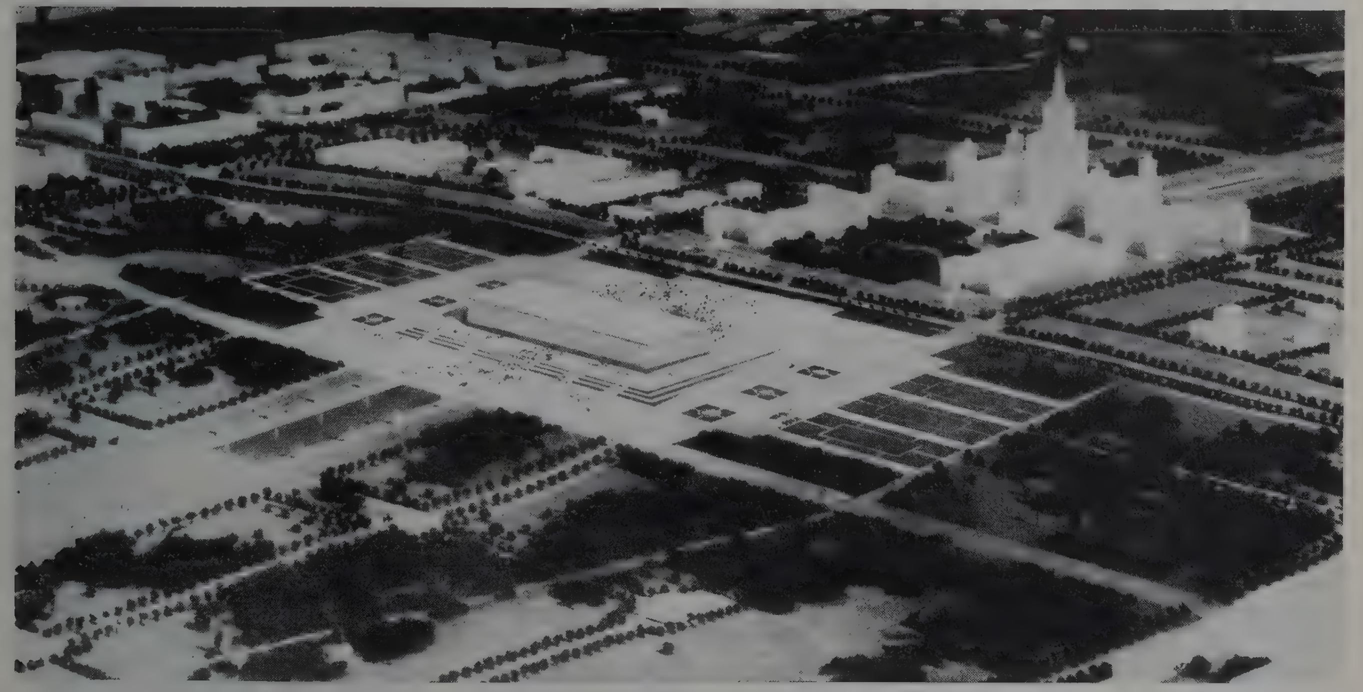
Entwurf des Architektenkollektivs I. Loweiko, B. Rubanenko, J. Bjeloposki — Ansicht von der Parkseite, in der Mitte das „Amphitheater des Volkes"



Entwurf des Architektenkollektivs der Akademie Sholtowski — Blick in das Innere des Gebäudes



Entwurf des Architektenkollektivs M. Barchin, M. Barsch, W. Datjuk — Ansicht des Sowjetpalastes von der Parkseite



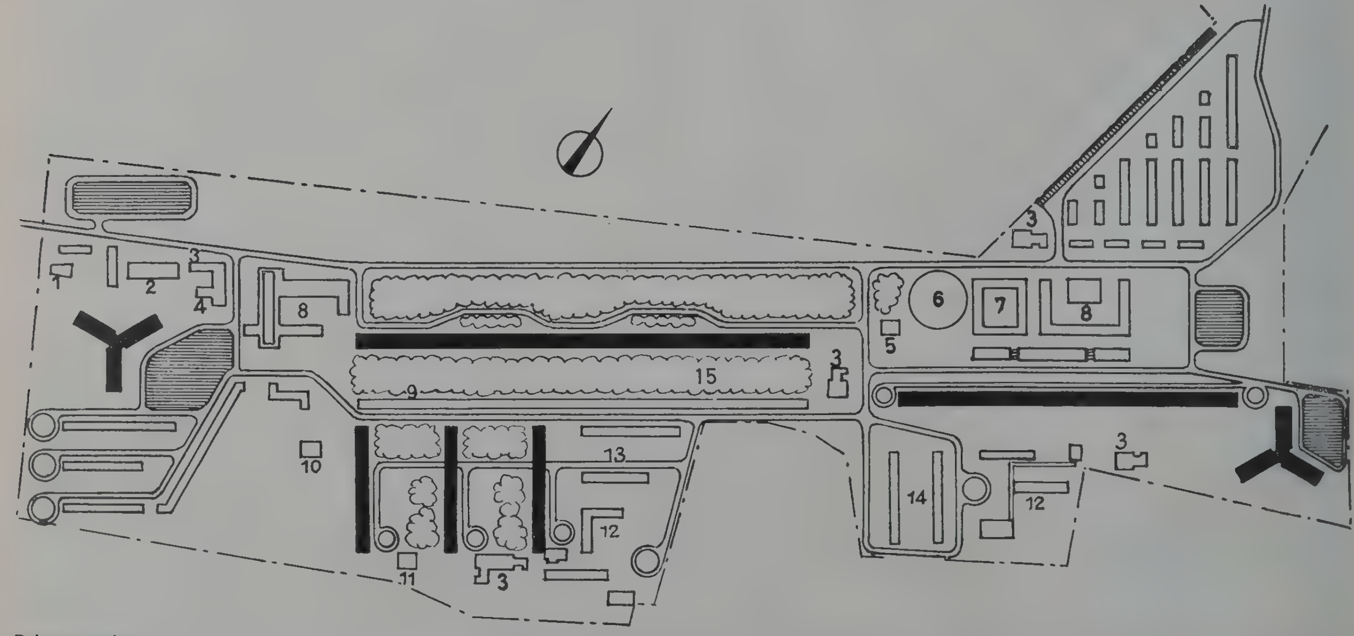
Entwurf des Architektenkollektivs N. Alexandrowa, R. Begunz, J. Wdowin — Schaubild der Lage des Sowjetpalastes

Industrielles Bauen in Nancy – „Haut-du-Lièvre“

DK: 69.001.3:728.2 (44)

Bernhard H. Zehrfuß, Max Tuornier

Die folgenden Abbildungen und den sachlichen Inhalt des Textes haben wir mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion dem Heft 315 der Zeitschrift „Travaux“ entnommen. Die Originale für die Abbildungen stellte uns in ebenso freundlicher Weise Herr Gilbert Mangin aus Nancy zur Verfügung. — Die Redaktion



Bebauungsplan 1 : 6000

1 Evangelische Kirche — 2 Sozialstelle und sozialärztliche Betreuungsstelle — 3 Kindergarten — 4 Bürgermeisterei — 5 Prototyp — 6 Katholische Kirche — 7 Filialen — 8 Einkaufszentrum — 9 Garagen — 10 Sanitäre Vorbeugungsstelle — 11 Kinderkrippe — 12 Schule — 13 H. L. M.-Programm viergeschossig — 14 H. L. M.-Programm fünfgeschossig — 15 Läden

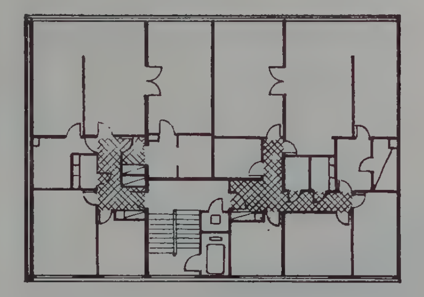
Fassadendetail des 15geschossigen, westlich gelegenen Wohnblocks

Das Gelände, das für den Bau des Komplexes von „Haut-du-Lièvre" gewählt wurde, ist einer der letzten schönen Plätze, über die die Stadtverwaltung von Nancy verfügen konnte. Es ist auf einem die Stadt beherrschenden Plateau gelegen und umfaßt eine Fläche von 35 ha. Das Gelände hat die Form eines Rechtecks, das sich in Ost-West-Richtung erstreckt. Die Hauptansicht ist auf die Stadt gerichtet.

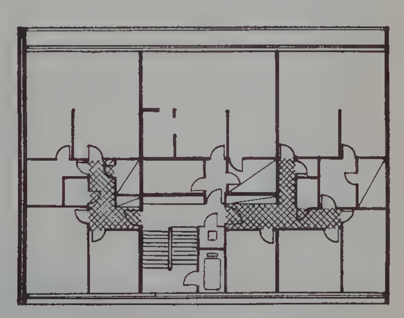
In Anbetracht des bedeutenden Wohnungsbedarfs von Nancy und wegen des fehlenden öffentlichen Baulandes wurde an uns die Forderung gestellt, eine Bebauungsdichte von etwa 100 Wohnungen pro Hektar, das heißt insgesamt etwa 3500 Wohnungen, vorzusehen.

Bebauungsplan

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte unter den Gesichtspunkten, trotz der starken Besiedlungsdichte eine möglichst lockere Bebauung zu erreichen, alle für die Versorgung von 15 000 Einwohnern notwendigen Einrichtungen vorzusehen, genügend Platz für Grünanlagen und Spielplätze zu haben und eine weit-



Sektionsgrundriß 1. Geschoß 1 : 300



Sektionsgrundriß ab 2. Geschoß 1 : 300

gehende Industrialisierung des Bauens auf den verschiedenen Baustellen zu erreichen.

Die Komposition ist streng gehalten. Sie paßt sich dem klassischen Baustil Nancys an. Der Komplex wird von den beiden für den industriellen Sektor vorgesehenen Wohnblocks beherrscht, deren Hauptfassaden nach Südosten gerichtet sind. Der westlich gelegene Wohnblock hat eine Länge von 400 m und 15 Etagen, der östlich gelegene ist 300 m lang und besitzt 17 Etagen.

Die unterschiedlichen Gebäudehöhen sollen die Höhenunterschiede der beiden Standorte deutlich erkennen lassen. Diese beiden Gebäude werden von dreistrahligen Punkthäusern flankiert. Das östlich gelegene besitzt 20 Etagen, das westliche 28 Etagen.

Senkrecht zur großen Terrasse stehen drei vierzehngeschossige, 114 m lange Gebäude, die für ein Beamten-Wohnungsbauprogramm vorgesehen sind.

Der Rest des Komplexes besteht aus vierbeziehungsweise fünfgeschossigen Wohnhäusern und Einzelhäusern in Reihenbebauung, die entweder für Eigentumswohnungen oder für den kommunalen Wohnungsbau vorgesehen sind.



Der östlich gelegene Wohnblock. Längs des Gebäudes sind die verschiedenen Elemente gelagert. Senkrecht zum Gebäude verlaufen die vier Fertigungsbahnen der Gießplätze

Parallel zu diesen Wohnungsbauprogrammen sind folgende gesellschaftliche Einrichtungen vorgesehen: zwei Einkaufszentren, von denen das eine augenblicklich ausgeführt wird, ein Kinotheater, drei Schulgebäude und mehrere Kindergärten, ein Ambulatorium, eine katholische und eine protestantische Kirche, ein Kulturhaus, ein Sportplatz sowie Garagen und Parkplätze.

Sämtliche Straßen beziehungsweise Wege im Innern des Wohnviertels sind nur Zufahrtsstraßen. Die Hauptstraße, die im Norden des Komplexes verläuft, schließt im Westen an die Straße nach Toul an. Im Osten ist sie über Straßen, die entsprechend den Höhenunterschieden des Komplexes zur Stadt angelegt sind, an das städtische Straßennetz angeschlossen.

Strukturelle Zusammensetzung der Gebäude

Die Wohnungen von „Haut-du-Lièvre" sind wie folgt verteilt:

Industrieller Sektor	2660 Wohnungen
Beamtenwohnungen	420 Wohnungen
Wohnungen im kommunalen Wohnungsbau, Eigentumswohnungen und andere	510 Wohnungen

Industrieller Sektor

Die beiden von Ost nach West verlaufenden Wohnblocks sind in der gleichen Form angelegt und differieren nur in ihrer Länge und Höhe. Sie besitzen 24 beziehungsweise 18 Treppenaufgänge. Im 1. Geschoß befinden sich eine Vier- und eine Fünfzimmerwohnung, in den folgenden Geschossen enthält die Sektion eine Zwei-, eine Drei- und eine Vierzimmerwohnung. Im obersten Stockwerk befinden sich Wäschetrockenplätze.

Im Erdgeschoß dieser Gebäude befinden sich zwei Eingangshallen, Abstellräume für Kinderwagen und Motorroller und mehrere Durchgänge für Fußgänger. Im Kellergeschoß liegen Abstellkammern und die technischen Anlagen.



Vorfertigung von halbschweren Elementen

Da das eine Gebäude 15 Geschosse aufweist, von denen 13 für Wohnzwecke genutzt werden, und das andere 17 Geschosse (davon 15 Wohngeschosse), haben beide Gebäude folgende Gesamtsumme an Wohnungen:

Zweizimmerwohnungen	540
Dreizimmerwohnungen	549
Vierzimmerwohnungen	582
Fünfzimmerwohnungen	42
	1173

Die Gesamtnutzfläche beträgt 93 276 m².

Diese Gebäude wurden von dem Amt der H. L. M. der Stadt Nancy errichtet. Der erste Abschnitt mit 803 Wohnungen ist schon vollständig bewohnt; der zweite Abschnitt mit 910 Wohnungen befindet sich zur Zeit im Bau. Der dritte Abschnitt, der aus den dreistrahligen Punkthäusern besteht, wird zur Zeit projektiert. Dieser Abschnitt wird ungefähr 900 Wohnungen umfassen.

Beamtenwohnungen

Parallellaufend mit dem ersten Abschnitt des industriellen Sektors, jedoch mit einem zeitlichen Abstand von einigen Monaten, begann man mit dem Bauprogramm der 420 Beamtenwohnungen.

Jedes der drei vierzehngeschossigen Gebäude aus diesem Programm verfügt über sechs Treppenaufgänge; jedes Geschoß enthält zwei Wohnungen.

Das Erdgeschoß, das Kellergeschoß und das oberste Stockwerk sind genau so entworfen wie bei den Bauten des industriellen Sektors.

Die Verteilung der Wohnung ist folgende:

Dreizimmerwohnungen	68
Vierzimmerwohnungen	210
Fünfzimmerwohnungen	142
	420

Die Gesamtnutzfläche beträgt 28 052 m².

Da der Zweck dieser Aktion darin bestand, eine Industrialisierung der Bauarbeiten zu erproben, und da das Ausmaß dieses Komplexes die Amortisation der Einrichtung eines provisorischen Vorfertigungswerkes auf der Baustelle gewährleistet, verfolgte man eine Lösung der Vorfertigung von schweren Teilen.

Die Standardisierung der Teile wurde maximal vorangetrieben. So wurden von bestimmten Teilen 2000 Exemplare für den gesamten Komplex von 1713 Wohnungen des industriellen Sektors fabriziert. Das Gewicht der Teile staffelte sich von 2 bis 12 t. Schon bei der Entwurfsarbeit an diesen Gebäuden wurde die Standardisierung berücksichtigt.

Die Projektierung wurde in enger Zusammenarbeit zwischen Architekten, Ingenieuren und Unternehmen durchgeführt. Das angewandte System ermöglichte es dem Unternehmen, die sehr kurzen Fristen einzuhalten: 22 Monate für den ersten Abschnitt des industriellen Sektors, 24 Monate für den zweiten Abschnitt und 22 Monate für die Beamtenwohnungen.

Neben der hierdurch erreichten schnellen Bauausführung wurde es durch dieses Verfahren möglich, wesentliche Einsparungen zu erzielen und somit die Bauleistungen qualitativ zu steigern. So konnten die Fassaden völlig mit Keramikplatten

verkleidet werden. Dieses Material, das sonst ungefähr 30 NF (1 NF = 0,84 DM) pro Quadratmeter kostet, wurde von dem Unternehmen mit 17 NF pro Quadratmeter berechnet.

Insgesamt wurde der festgesetzte Höchstpreis von beispielsweise 18000 NF für eine Dreizimmerwohnung eingehalten.

Konstruktionsprinzip und Baudurchführung*

Die Gebäude wurden in der Plattenbauweise errichtet, wobei als Konstruktionsprinzip die Querwandbauweise zur Anwendung kam. Die Laststufe ist nicht angegeben, muß aber auf Grund der aus den Skizzen zu erkennenden Elementengrößen bei 8 Mp liegen.

Während in Frankreich im allgemeinen die Verbindung der Montageelemente der Plattenbauweise durch zusätzliches Einlegen von Bewehrungsstählen in die Fugen und Vergießen derselben erfolgt, ist hier ein anderer Weg beschritten worden. Vor der Montage der Wand- und Deckenplatten werden Stiele aus Winkelstahl 90×90 aufgestellt und genau justiert. Sie haben die Höhe von zwei Geschossen. An diese Stahlprofile werden die tragenden Innenwände, die Fassadenelemente und die Decken angeschweißt. Zu diesem Zweck haben diese Elemente besondere Einlegeteile aus Stahl. Danach werden die vertikalen und horizontalen Fugen mit Beton vergossen.

Bei Anwendung dieses Systems hat man nach dem Verschweißen der Montageelemente mit dem Stahlgerüst sofort eine kraftschlüssige Verbindung und braucht nicht das Erhärten des Fugenvergußbetons abzuwarten. Die vor dem Montieren der Montageelemente aufgestellten Stahlprofile bilden außerdem ein Montagehilfsgerüst, welches mit großer Präzision aufgebaut werden kann und genau die Achsen und Geschoßhöhen fixiert. Dadurch bekommt die gesamte Konstruktion eine größere Genauigkeit, wodurch zum Beispiel der Einbau der vorgefertigten Installation bedeutend erleichtert wird.

Montageelemente

Es wurden insgesamt nur 24 verschiedene Montageelemente für die Errichtung der Gebäude benötigt, die sich folgendermaßen zusammensetzten:

7 für Decken
1 für Treppenpodeste
1 für Treppenläufe
1 für Aufzugschächte
7 für tragende Innenwände
7 für Fassadenelemente

Die Deckenelemente sind 23 cm dick und haben zylindrische Aussparungen mit einem Durchmesser von 16 cm. Die größten Deckenplatten überdecken, von Querwand zu Querwand gespannt, eine Fläche von 6,40 m×5,10 m.

Die tragenden Innenwände sind je nach Beanspruchung 14, 15 oder 17 cm dick. Sie bestehen aus Stahlbeton, sind eben und glatt und werden ohne weitere Maßnahmen gleich vom Maler behandelt.

Als Außenwandelemente werden Fassadenplatten aus zwei Stahlbetonschalen mit eingeschlossener Wärmedämmung und auf der Außenseite eingelegten Keramikplatten im Format 5 cm×5 cm verwendet.

Die leichten Trennwände innerhalb der Wohnungen werden im Ausbau aus 6 cm dicken, geschoßhohen Gipsdielen zusammengesetzt.

Statische Verhältnisse

Die zulässigen Spannungen für den zur Verwendung kommenden Stahl betrugen 2100 kp/cm², für den Beton 80 kp/cm².

Die Horizontalkräfte auf das Gebäude aus der Windbelastung wurden durch die Deckenscheiben auf die tragenden Innenwände entsprechend deren Steifigkeit verteilt. Unter den tragenden Innenwänden wurden trapezförmige Streifenfundamente verlegt, die im Interesse einer gleichartigen Ausbildung aller Teile für den Maximalfall aus der Windbeanspruchung bemessen wurden.

Die ständige Last der Normalgeschoßdecken beträgt 400 kp/m², die des Daches 250 kp/m².

Als Verkehrslasten wurden angesetzt:
100 kp/m² auf dem Dach,
150 kp/m² im obersten Wohngeschoß,
175 kp/m² in den Normalgeschossen.

Montage der Elemente

Bei diesem System ergeben sich die allgemein üblichen Montagevorgänge, wie sie in der Plattenbauweise gehandhabt werden. Zusätzlich müssen die Stiele aus Winkelstahl aufgebaut und justiert werden. Die Verbindung der einzelnen Elemente untereinander erfolgt mittelbar durch die Schweißverbindung zwischen dem Montageelement und den Stielen aus Winkelstahl.

Die Deckenplatten werden durch untergelegte Keile in die richtige Höhenlage gebracht und dann miteinander verschweißt.

Danach werden alle vertikalen und horizontalen Fugen mit Beton vergossen.

Wenn die leichten Trennwände aus Gipsdielen montiert sind, werden sie, um glatte und ebene Wandflächen zu erhalten, geputzt und gefilzt.

Vorfertigung der Montageelemente

Die schweren Teile, das heißt die Decken und die tragenden Innenwände, werden unmittelbar auf der Baustelle hergestellt, während die halbschweren Teile wie Außenwandelemente, Treppen und Müllschlucker, die leicht durch Lastkraftwagen zu transportieren sind, an einer zentralen Stelle hergestellt werden. Dort sind vier offene Hallen aus einer Stahlkonstruktion aufgebaut, die den Bereich, in dem die Elemente hergestellt werden, überdachen. Der Betontransport, das Abstapeln und das Aufladen der Elemente erfolgt mit Portalkränen.

Auf Grund der Geländesituation ergab sich für die beiden fünfzehn beziehungsweise siebzehngeschossigen Wohnblocks eine unterschiedliche Anordnung der Vorfertigungs- und Lagerungsflächen. Beim westlich gelegenen Gebäude lagen sie parallel zur Südseite, während die angelieferten halbschweren Teile auf der Nordseite gelagert wurden. Neben dem östlich gelegenen Gebäude blieb eine große Fläche frei, so daß es hier möglich war, die Vorfertigungsflächen in vier Reihen senkrecht zum Baukörper anzulegen. Die Lagerflächen lagen wieder parallel zum Gebäude. Die von der zentralen Stelle angelieferten halbschweren Teile wurden unmittelbar hinter den schweren Teilen aufgestellt.

Die geschoßhohen Gipsdielen wurden neben der Fertigungsstätte für die halbschweren Montageelemente ebenfalls speziell für diese Gebäude hergestellt.

Die Herstellung der schweren Montageelemente erfolgt in Batterieformen. Der Herstellungszyklus beträgt 24 Stunden. Nach 36 Stunden werden die Elemente zum Lagerplatz gebracht. Es können pro Tag Elemente für sechs Wohnungen hergestellt werden. Montiert werden pro Tag drei bis vier Wohnungen. Dieser Unterschied ergibt sich dadurch, daß die Montage auf Grund von Witterungsunbilden weniger oft unterbrochen wird als die Herstellung der Elemente.

Für die Ausbauarbeiten wird eine Zeit von 3,5 Monaten nach der letzten Rohbauarbeit benötigt, und zwar in einem Rhythmus von 80 Wohnungen pro Monat. Die vertragsmäßig festgelegte Planung basiert auf Abschnitten von 265 Wohnungen mit folgenden Fristen:

Fundamente bis zur Oberkante Fußboden des 1. Obergeschosses	4 Monate
Montage der Normalgeschosse	3,5 Monate
Abdichtungen und Trennwände	2,5 Monate
Neben- und Ausbauarbeiten	3,5 Monate
insgesamt	13,5 Monate

Innenausbau

Sämtliche Installationsleitungen wurden in der Fabrik vorgefertigt. Sie wurden im Bau nur noch zusammengesetzt. Ebenso waren keine Stemmarbeiten notwendig, da alle Aussparungen bereits bei der Produktion der Elemente vorgesehen waren.

Die Beheizung der Gebäude erfolgt zentral. In den Wohnungen sind längs der Fassade in der Decke Konvektoren angebracht.

Die elektrischen Steigeleitungen befinden sich in einer Blechhülle und sind ebenfalls vorgefertigt. Die Schalter in den Wohnungen sind in die Türverkleidung eingelassen.

Die Fensterelemente werden in der Fabrik aus Spezialprofilstählen hergestellt, und zwar mit doppelten Abdichtungsfalzen gegen Luft und Wasser. Die nicht verglasten Teile der Fensterelemente bestehen aus einer inneren und einer äußeren Zinkblechschale, wobei der Zwischenraum mit Glaswatte ausgefüllt ist.

Die Fußböden der Wohnzimmer sind mit Plastikbelägen bedeckt, während die Küchen, Badezimmer, Dielen, WC und Flure sowie die Eingangshalle und Treppen mit Keramikplatten 5×5 ausgelegt wurden. In jedem Treppenhaus ist ein Fahrstuhl angeordnet, der an jedem zweiten Zwischenpodest hält.

Die Industrialisierung ermöglicht im allgemeinen eine Kostensenkung. Dadurch ist es möglich, bei gleichem Gestehungspreis für eine Wohnung bei der industriellen Bauweise teureres Material zu verwenden wie Keramikplatten für Fassaden, Stahl für Fensterrahmen und abwaschbaren Anstrich für alle Flächen einschließlich der Decken.

* Nach dem französischen Text überarbeitet von Bauingenieur Horst Grabowski

Der westlich gelegene Wohnblock nach der Fertigstellung

Ansicht des westlich gelegenen Gebäudes und der drei für Beamte bestimmten Wohnblocks

Einer der drei Wohnblocks für Beamte

Fassadendetail des 15geschossigen, westlich gelegenen Wohnblocks

Leichtmetall-Fassadenelemente

DK 69.022.324

Walter Suger

Ein entscheidender Schritt zur Vervollkommnung des Skelettbaus war die Schaffung der vorgehängten Fassadenhaut aus in der Werkstatt montagefertig hergestellten Wand- und Fensterelementen aus Stahl, Leichtmetall oder Kombinationen aus Kunststoffen oder Holz mit Metallen. Als Vorzüge treten die Homogenität des Materials, die Gewichtsersparnis, der Raumgewinn und vor allem eine ungeahnte Beschleunigung des Bauablaufes in den Vordergrund. Verschiedene Probleme sind jedoch keinesfalls als gelöst zu betrachten. So ist zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit solcher Elemente bisher in keinem Fall unwiderlegbar bewiesen. Trotzdem kann diese neue Bauart nicht als vorübergehende „Modeerscheinung" abgetan werden, handelt es sich doch hierbei um ein neues gestalterisches Anliegen, verbunden mit der industriellen Herstellungsmöglichkeit, wobei zunächst erhöhte Kosten in Kauf genommen werden müssen.

Typisierung

Die Schaffung von Typenelementen ist bei Leichtmetallkonstruktionen besonders notwendig, da Konstruktionen dieser Art nur bei Serienfertigung preisgünstig hergestellt werden können. Die Gefahr, durch Verwendung von Typenelementen eine Verarmung der Architektur herbeizuführen, wird bei hoher künstlerischer Meisterschaft, mit der das Material ausgesucht, die Elemente konstruiert, zusammengestellt und nach erfolgter Montage im exakten Rhythmus in Erscheinung treten, ausgeschaltet. Die Grundbedingung hierfür ist die Schaffung einer einheitlichen Maßordnung für das Bauwesen, denn nur sie erlaubt eine rationelle Serienfertigung.

Fassadenelemente

An Stelle der bisher massiven Außenwand aus traditionellen Baustoffen (Ziegelmauerwerk, Kunststein, Naturstein) treten vorgefertigte Wandelemente aus Metall und Glas. Als Metall findet hauptsächlich Aluminium Verwendung. Entgegen bisher üblichen Hochbaukonstruktionen werden die verschiedenen statischen und bauphysikalischen Funktionen getrennt. Der Skelettbau als tragende Konstruktion übernimmt die Verkehrslasten, die Einzellasten sowie besondere statische Beanspruchungen, außerdem den Schall-, Wärme- und Feuerschutz innerhalb des Gebäudes. Die leichte Fassadenverkleidung schützt lediglich vor äußeren Einflüssen (Wärme, Feuchtigkeit, Straßenlärm, Funkenflug). Der konstruktive Aufbau des tragenden Teiles des Gebäudes muß mit der Fassadenverkleidung in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht übereinstimmen. Bauwerke, deren konstruktiver Aufbau auf höhere Laststufen abgestimmt ist, werden der leichten Außenhaut nicht gerecht; ihr Gewicht ist ausschlaggebend für die Dimensionierung des tragenden Teiles bis zu den Fundamenten des Gebäudes. Durch Erfüllung dieser Bedingung wird ein Teil der Kosten zurückgewonnen, die durch Mehrausgaben für das eigentliche Fassadenelement verursacht werden. Aus diesem Grunde sind bei der Projektierung von Gebäuden, die mit Fassadenelementen ausgestattet werden sollen, die Ausbildung der Stützen und deren Stellung innerhalb des Gebäudes zu berücksichtigen. Alle auftretenden Lasten, die aus den Fassadenelementen resultieren, sind in die Gebäudedecken zu führen (Ringanker) und werden über die Stützen in die Fundamente geleitet. Die Aufhängung der Elemente erfolgt am besten auf der Oberkante der Rohdecke, da dort die beste Beobachtungsmöglichkeit gegeben ist. Je niedriger die Stockwerkshöhe ist, um so sorgfältiger muß das Verhältnis Brüstung/Fenster aus gestalterischen Gründen abgestimmt werden. In Abhängigkeit von der Bauwerkskonstruktion wird das Fassadenelement in bestimmten Fällen im Bereich der Brüstung geschnitten werden, um die Proportionen auszugleichen. In diesem Falle reicht das Element von Oberkante Fußboden zu Oberkante Fußboden. Liegen Außenkante Stütze und Außenkante Decke in gleicher Ebene, so wird ein großer Mehraufwand an Profilen zur Verkleidung der in diesem Fall sichtbar bleibenden Stützen notwendig. Zur Vermeidung zusätzlicher Verkleidungen an Stützen oder Decken soll die Stütze etwa 400 mm hinter Außenkante Decke stehen. In dem so entstehenden Hohlraum zwischen Stütze und Fassadenelement können Rohrleitungen und Elektro-Installationen verdeckt durch das Gebäude geführt werden.

Fassadenelemente, vor allem deren Brüstungen, müssen so entwickelt sein, daß sie den Erfordernissen des Wärmeschutzes entsprechend DIN 4108 gerecht werden. Das ist am einwandfreiesten zu erreichen, wenn die Brüstungen mit Schaumstoffen ausgefüllt werden, jedoch sind die uns zur Zeit zur Verfügung stehenden Schaumstoffe in den meisten Fällen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht geeignet. Daher sollten Polystyrolhartschäume entwickelt werden, da sich diese als Isolierstoffe für das Bauwesen hervorragend eignen ($\lambda = 0{,}027$ kcal/m h °C; $\sigma_d = 0{,}7$ bis $1{,}5$ kp/cm²; $\sigma_B = 3$ bis 10 kp/cm²). Die Feuchtigkeitsaufnahme ist sehr gering, sie sind unanfällig gegen Pilze aller Art. Gegen starken Hitzeanfall (Feuer) ist Polystyrolschaumstoff zu imprägnieren, da bei + 150 °C die Auflösung des Materials beginnt.

Feuchtigkeitsschutz

Eine sorgfältige Abdichtung der Fassadenelemente muß während oder nach der Montage erfolgen. Die Dichtung muß mit Dauerplastik-Dichtungsmitteln vorgenommen werden. Infolge starker Beanspruchung der Fassade, hervorgerufen durch angreifende Windböen, Temperaturveränderungen, Erschütterungen und Regen, reichen die bei uns im Handel befindlichen Dichtungskitte nicht aus, um eine einwandfreie, auf Jahre hinaus funktionierende Versiegelung zu gewährleisten. Obwohl die bei Leichtmetallfassaden verwendeten Strangpreßprofile ein hohe Maß an Genauigkeit aufweisen, ist die Fassade, besonders an Stoßstellen, nur als „relativ dicht" zu bezeichnen. Im Flugzeugbau wird zum Abdichten von Tanks ein Dichtungsmittel gummiähnlichen Charakters (ähnlich den Thiokolen) verwendet. Da das Aufbringen dieses Dichtungsmittels mittels Druckspritzen erfolgt, wird eine hervorragende Dichtigkeit erzielt.

Schallschutz

DIN 4108 stellt lediglich an Innenwände und Decken Forderungen in bezug auf den Schallschutz. Das Fassadenelement soll das Eindringen des Straßenlärmes in das Gebäudeinnere verhüten. Der Schallschutz ist nicht allein abhängig von der Ausbildung des Brüstungsteiles eines Elementes, sondern auch von der Ausbildung der Rahmenkonstruktion und der eingebauten Fenster (Glasflächen). Eine wichtige Rolle spielen die Aufhängung der Elemente und deren Schallübertragungsvermögen auf die tragende Konstruktion. Besondere Aufmerksamkeit ist weiterhin der Schallübertragung durch Längsleitung zwischen Fassadenelement und Bauwerk zu schenken. Um Schallübertragung von Stockwerk zu Stockwerk zu vermeiden, wird vorgeschlagen, zwischen Ringanker und FassadenelementSchallschluckmaterial anzuordnen. Dadurch können zugleich, allerdings nur in beschränktem Umfang, auftretende Bautoleranzen ausgeglichen werden.

Feuerschutz

Die baupolizeilichen Vorschriften in bezug auf den Feuerschutz gelten hauptsächlich den Traggliedern. Das Fassadenelement soll gegen Funkenflug und strahlende Wärme schützen. Sie werden daher zweckdienlich so ausgebildet, daß ein Überschlagen des Feuers von Stockwerk zu Stockwerk verhindert wird. Außerdem ist in jedem Fall, wo Fassadenelemente vorgesehen werden, darauf zu achten, daß die baupolizeilich geforderte Feuerschürze (250 mm hoch, 100 mm breit) unter der jeweiligen Stockwerksdecke angeordnet wird.

Aufhängung von Fassadenelementen

Leichtmetall hat einen verhältnismäßig hohen Ausdehnungskoeffizienten ($\alpha_{lin.} = 22$ bis $24 \cdot 10^{-6}$), der bei der Gestaltung von Fassadenelementen unbedingt zu berücksichtigen ist. Die Ausdehnung der Elemente wird innerhalb derselben zu einem bestimmten Prozentsatz aufgenommen. Die Aufhängevorrichtung am Bauwerk muß so ausgelegt sein, daß Ausdehnungsgeräusche weitestgehend ausgeschaltet werden. Das ist um so notwendiger, als Leichtmetall bei Witterungswechsel binnen weniger Sekunden reagiert, die Ausdehnung somit nicht kontinuierlich, sondern spontan in Erscheinung tritt. Für alle Gleitvorrichtungen sind daher wartungsfreie Kunststoff-Konstruktionen vorzusehen, unter Befestigungsbolzen sind Unterlegscheiben aus Kunststoffen einzulegen.

Montage

Die Montage von Leichtmetallelementen geschieht grundsätzlich ohne Gerüste. An der Rohdecke wird an vorbereitete Ankerbolzen eine Grundplatte mit Langloch zur Aufnahme der Grobtoleranzen in der Horizontalen und Vertikalen befestigt. In der Mitte der Grundplatte befindet sich ein aufgeschweißter Steg, der durch Seitenstege verstärkt wird. Am Ende des Mittelsteges ist eine Bohrung angeordnet, durch die eine Kunststoffbuchse mit Gleitachse für die Horizontalbewegung geschoben wird. Am Fassadenelement selbst sind Laschen angenietet, die, mit einer Maulöffnung versehen, in die Gleitvorrichtung eingreifen und nach erfolgter Feineinstellung unter Verwendung von Kunststoffscheiben als Zulagen verschraubt werden. Am Rohbau soll für die Montage ein Rollaufzug in einem der oberen Stockwerke angebracht werden, der die Elemente an den zugewiesenen Platz zieht. Nach Beendigung der Montage und Versiegelung werden Element und Aufhängung auf Geräuscharmut überprüft, eine Vertikalleiste aufgeschoben und das nächste Element montiert. Sind sämtliche Elemente eines Geschosses eingebracht, wird über diesen ein Dichtprofil angeordnet und danach mit der Montage des darüberliegenden Geschosses begonnen.

Toleranzen

Die vorgefertigten Leichtmetallelemente weisen Toleranzen von $t_{max} = \pm$ 0,5 mm auf. Diese hohe Genauigkeit verlangt, daß die zur Zeit im Bauwesen noch üblichen Toleranzen auf ein erträgliches Maß reduziert werden, da zusätzliche Ausgleichskonstruktionen zur Aufnahme der Bautoleranzen sehr kostspielig sind.

Konstruktionsprinzipien

Brüstungsverkleidungen

Vor die Brüstung wird in einem Abstand von etwa 50 mm ein 0,5 bis 0,8 mm starkes, zur Aussteifung besonders geprägtes Leichtmetallblech an einem Sonderprofil vorgehängt. In dem Zwischenraum zwischen Brüstung und Leichtmetall entsteht ein dauernder Luftzug, der niederschlagende Feuchtigkeit abzieht. Zur Verhinderung des Dröhnens durch auftretenden Hagelschlag oder Regen wird die Innenseite des geprägten Leichtmetallbleches mit Antidröhnmittel eingespritzt. Die massive Brüstung muß den Schall- und Wärmeschutz übernehmen. Die Brüstungshaut kann als durchgehendes Band angeordnet werden. Als Fenster finden solche aus Holz oder Stahl genauso Verwendung wie Leichtmetall-Serienfenster.

Netzwerk

Ein Rahmentragwerk aus Leichtmetall wird am Gerippebau so befestigt, daß die im Bauwerk auftretenden Toleranzen ausgeglichen werden. Die vorgegebene Bautoleranz von ± 1,5 cm ist dabei bauseitig unbedingt einzuhalten. Nach Montage des leiterförmigen Rahmentragwerkes, das über zwei Geschosse greift, werden Brüstungs- und Fensterelemente an der Baustelle eingesetzt. Das Netzwerk überträgt die auftretenden Lasten auf den Gerippebau und übernimmt die auftretenden Einzelausdehnungen der zwischengelegten Elemente (Brüstung, Fenster). Das Einsetzen der Fenster und Brüstungen auf der Baustelle bedeutet Handarbeit und steht somit der völligen Werkstattfertigung entgegen.

Einzelelemente

Das werkstattmäßig unter Ausnutzung aller technologischen Möglichkeiten hergestellte montagefertige Einzelelement, versehen mit Brüstung und Fenster, wird am Bauwerk in bereits genau gerichtete Befestigungen eingehängt. Der Architekt hat bei Verwendung des Einzelelementes die besten Gestaltungsmöglichkeiten, da hiermit sowohl eine Flächenwirkung der Fassade als auch, je nach Anordnung der Montagestöße, eine senkrechte oder waagerechte Betonung erzielt werden können.

Konstruktive Details beim Einzelelement

Als tragendes Profil, das verschiedene Funktionen übernehmen muß, wird zweckdienlich ein U- oder Hohlkastenquerschnitt gewählt, da diese Querschnitte sowohl statisch als auch verarbeitungsmäßig sehr günstig sind. Die Breite dieser Profile ist so bemessen, daß Trennwände im Gebäudeinneren gegen diese stoßen können. Bis zum Einsatz einer Abbrenn-Schweißmaschine werden Gehrungsstöße mittels Eckwinkel verbunden. Die Gehrung ist in diesem Fall mit abzudichten. Die Ausfüllung der Brüstung erfolgt mittels einer 40 mm starken Styroporplatte, die dem Gebäudeinneren zugewandte Seite wird mit Leichtmetallfolie kaschiert. Diese Folie dient als Dampfbremse. Die Innenseite der Brüstung kann durch Aufbringen einer Hartfaser-, Glagit- oder Glakresitplatte vergütet werden. Nach außen wird die Schaumschicht nicht verschlossen, da in einem Abstand von 10 mm ein Riffelblech aus Leichtmetall angebracht ist. Als Fenster sind Schwing- oder Wendeflügel mit Thermopane-Verglasung vorgesehen. Die sichtbare Oberfläche der Leichtmetallprofile sollte aus wirtschaftlichen Erwägungen unbehandelt bleiben, als Oberflächenschutz für die grundsätzlich eloxierten Leichtmetallteile ist Reißlack vorgesehen, der nach der Montage entfernt wird. Die Brüstungsbleche können farbig behandelt werden (Chlorkautschuk-Farben). Sämtliche mit Leichtmetall in Berührung kommenden Stahl- und Verbindungsteile (außer Niete) sind zur Verhütung von Kontaktkorrosion entweder zu kadmieren oder zu verzinken (galvanisch).

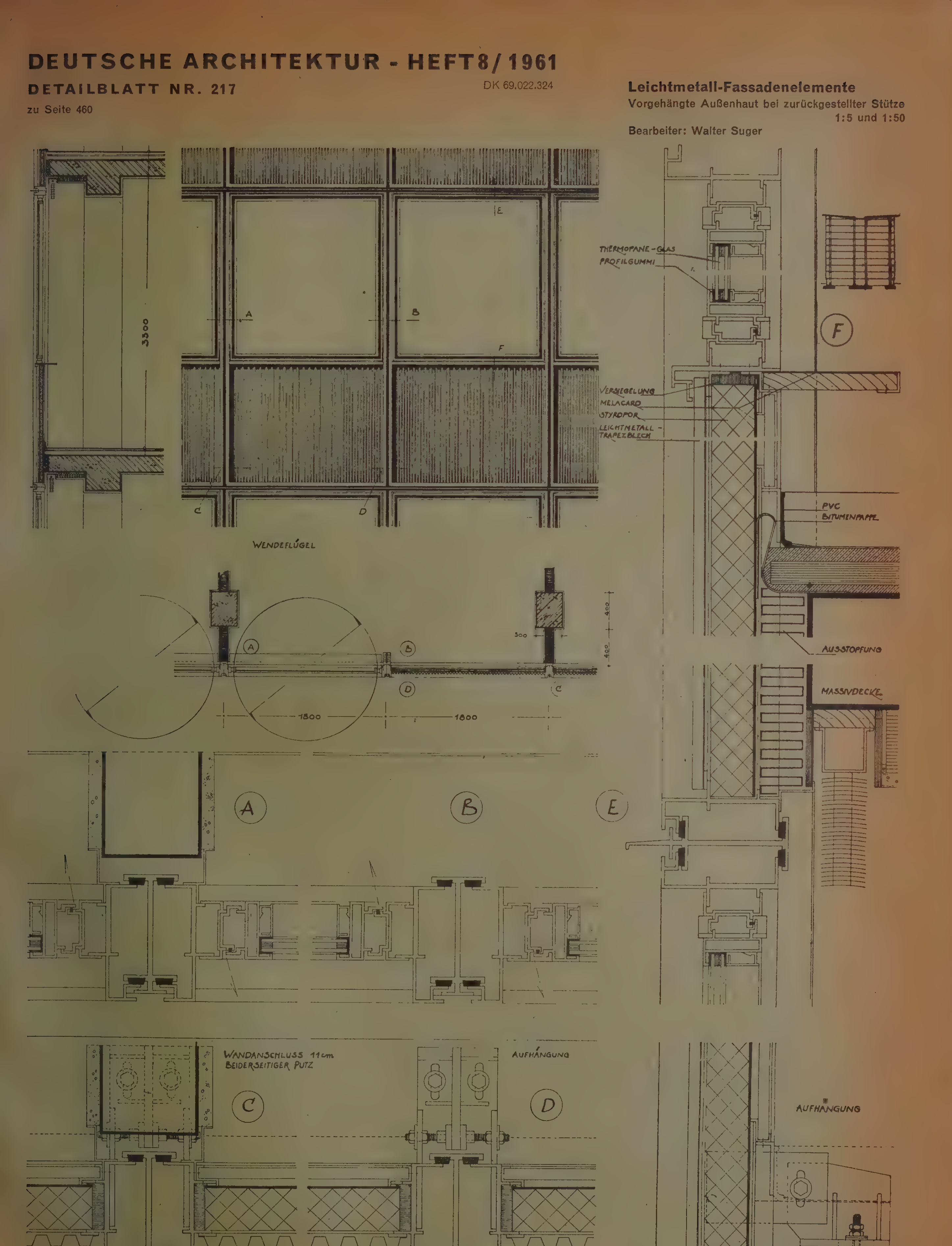
Für Fassadenelemente mit kombinierten Materialien (Holz-Aluminium) gilt im wesentlichen das gleiche, jedoch eignen sich solche Kombikonstruktionen nicht für vorgehängte Fassadenschürzen, da in diesem Falle der Holzbedarf zu groß ist. Das zur Verwendung kommende Holz (Kiefer, Fichte) soll weitestgehend astrein sein und muß gegen Feuchtigkeit und Feuer imprägniert werden.

DEUTSCHE ARCHITEKTUR - HEFT 8/1961
DETAILBLATT NR. 217
zu Seite 460
DK 69.022.324

Leichtmetall-Fassadenelemente

Vorgehängte Außenhaut bei zurückgestellter Stütze
1:5 und 1:50

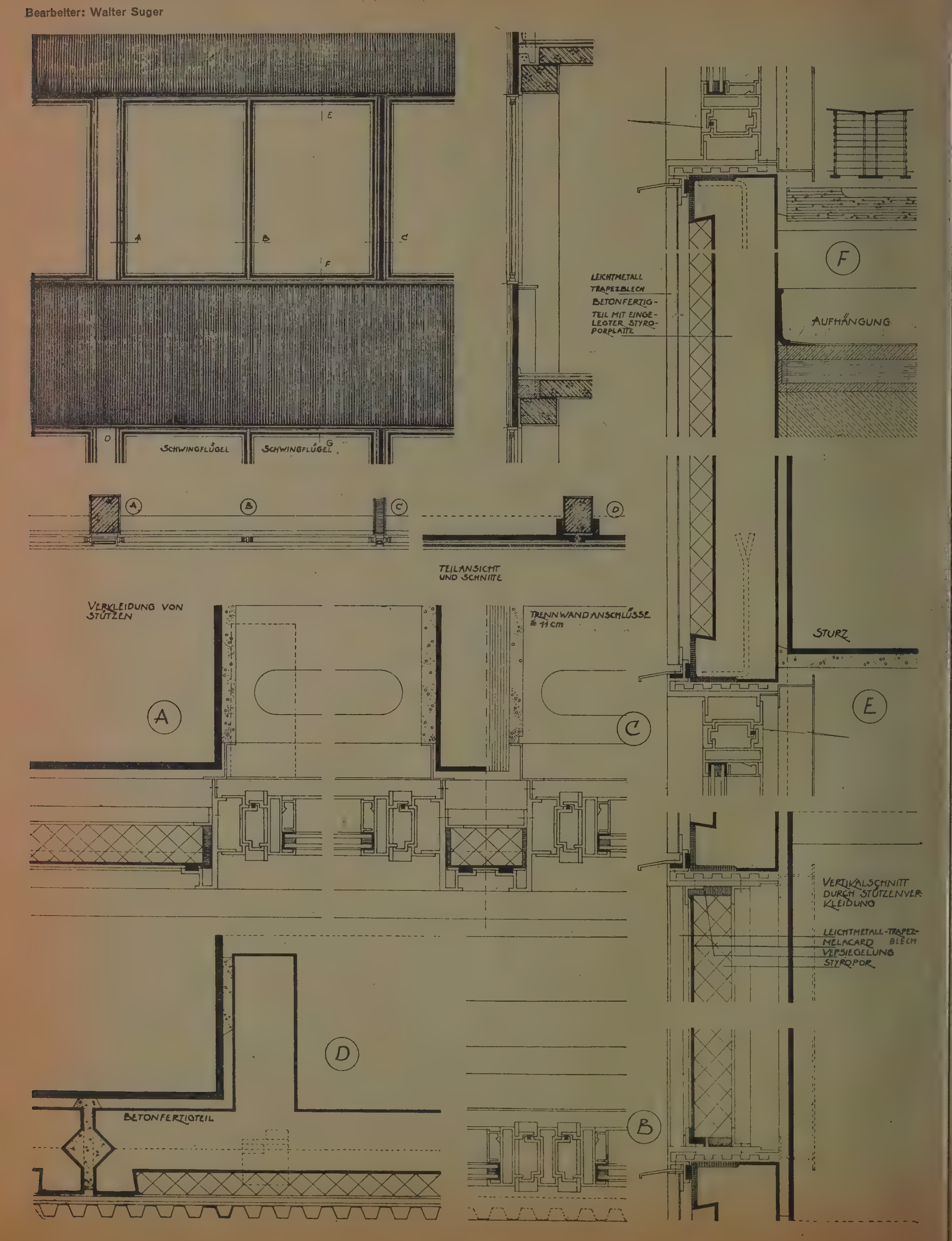
Bearbeiter: Walter Suger



Leichtmetall-Fassadenelemente

Vorgehängte Außenhaut mit massiven Brüstungselementen
1:5 und 1:50

Bearbeiter: Walter Suger



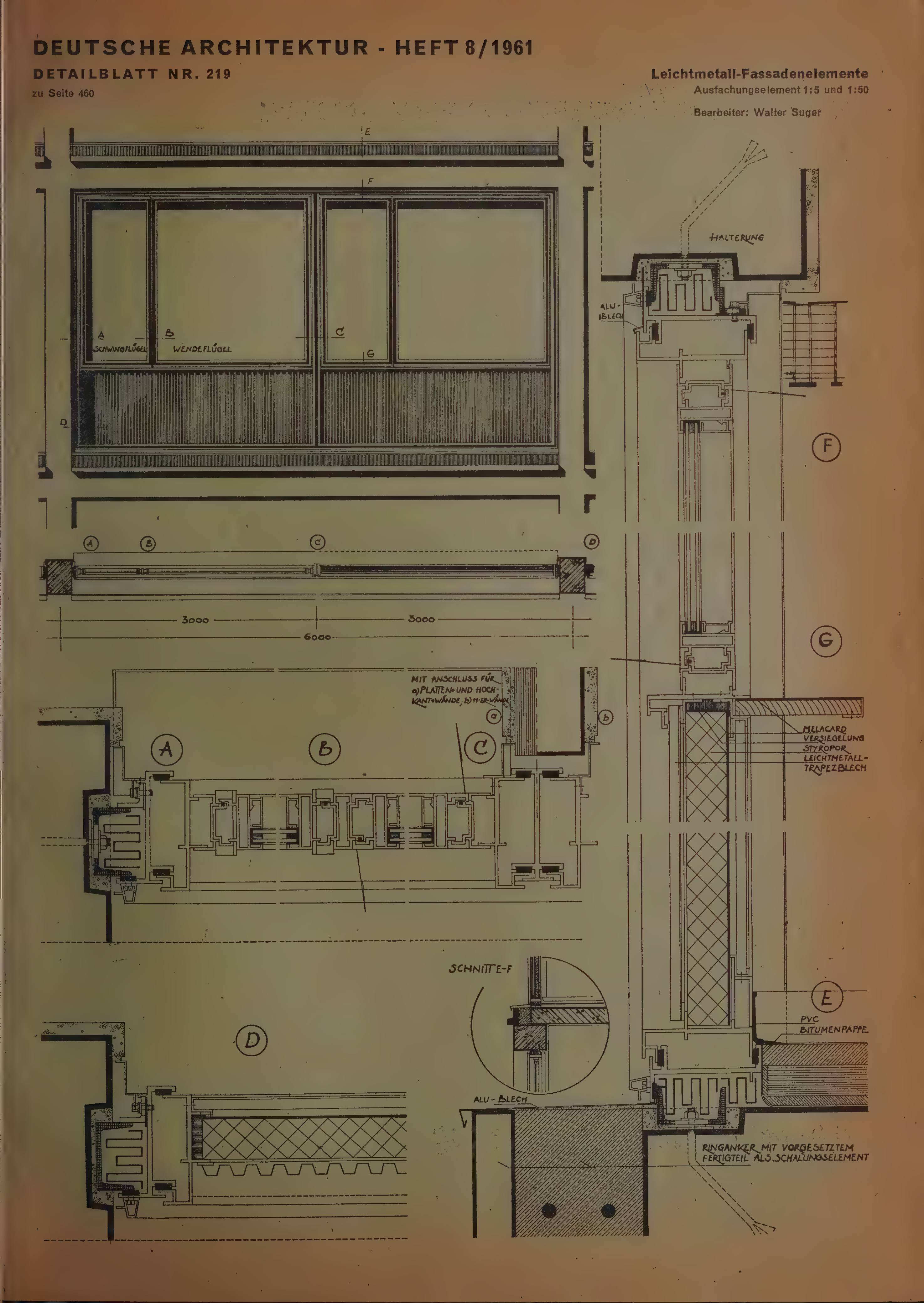
DETAILBLATT NR. 219

zu Seite 460

Leichtmetall-Fassadenelemente

Ausfachungselement 1:5 und 1:50

Bearbeiter: Walter Suger



Leichtmetall-Fassadenelemente

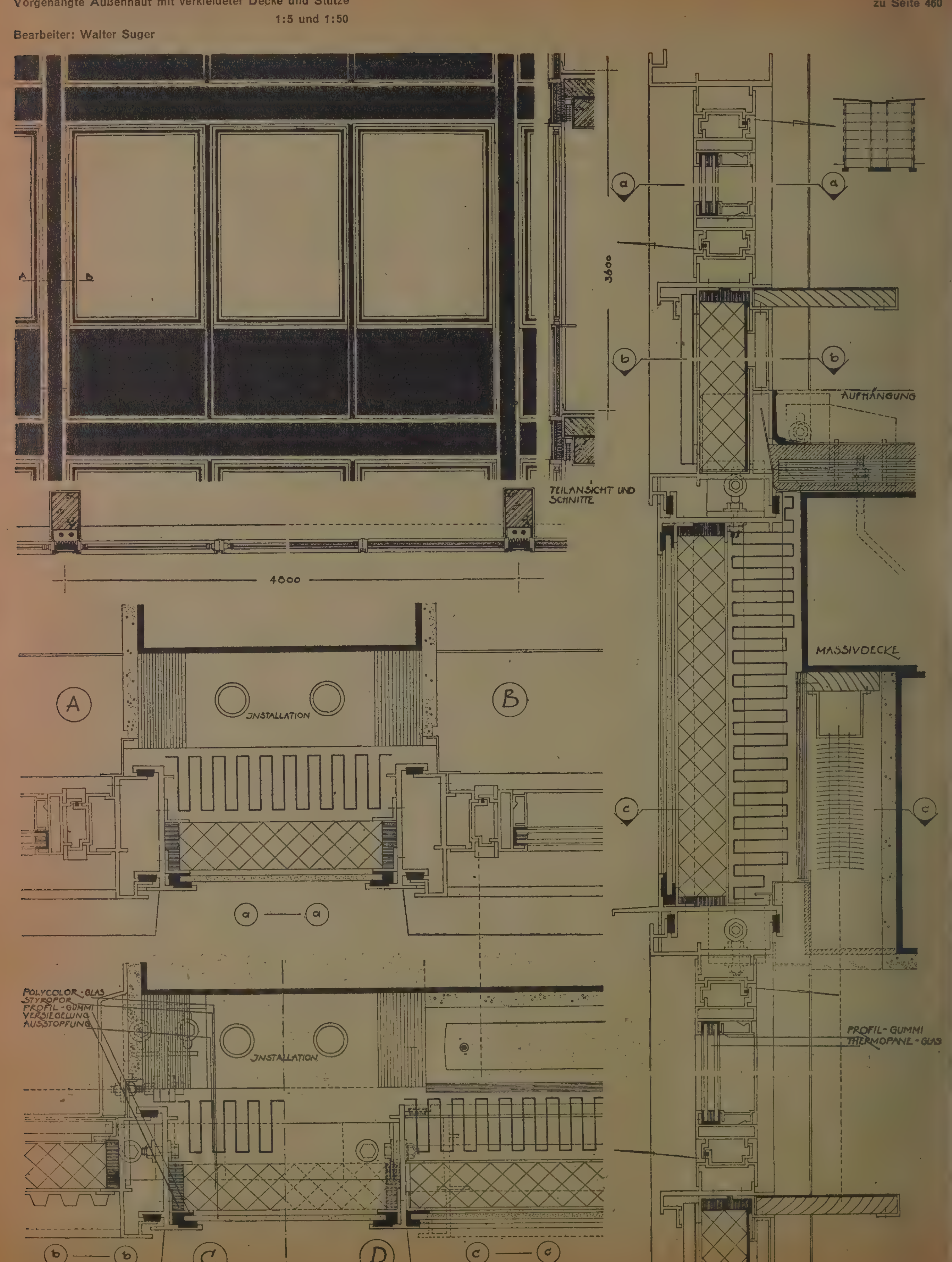
Vorgehängte Außenhaut mit verkleideter Decke und Stütze

1:5 und 1:50

Bearbeiter: Walter Suger

DETAILBLATT NR. 220

zu Seite 460



Nach dem IV. Bundeskongreß

Walter Mickin

Auf der Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Architekten der Bezirksgruppe Leipzig am 28. April 1961 berichtete Kollege Rämmler als Leiter der Leipziger Delegation über den Bundeskongreß.

Er stellte fest, daß dieser Kongeß für alle Teilnehmer bedeutsam gewesen sei, daß er viele neue Erkenntnisse vermittelte und daß eine Atmosphäre kameradschaftlichen Zusammenwirkens alle Kongreßteilnehmer beseelt habe. Es war eine klare Linie für die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur herausgearbeitet worden. Der gesellschaftliche Auftrag des Architekten und das veränderte Berufsbild wurden klar aus den sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen und der damit verbundenen industriellen Umgestaltung im Bauwesen abgeleitet.

Er habe an allen wesentlichen Bundestagungen teilgenommen, sagte Kollege Rämmler, aber dieser Kongreß habe ihn von allen bisherigen Veranstaltungen innerhalb des Bundes Deutscher Architekten am meisten befriedigt. Mehr denn je hätten alle Kollegen Gelegenheit gehabt, miteinander in Fühlung zu kommen und ihre Erfahrungen auszutauschen.

Diese Einschätzung des Bundeskongresses wurde auch von vielen anderen Bezirken gegeben.

Im Mittelpunkt des Kongresses standen zwei Probleme:

die Industrialisierung des Bauens und

der Aufbau der Stadtzentren.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und das Zusammenwirken mit der gesamten Bevölkerung bei der Lösung der städtebaulichen und architektonischen Aufgaben im Siebenjahrplan wurden als wichtigste Aufgaben herausgearbeitet.

Die Anerkennung des Bundes als Fachverband wurde von den Delegierten mit großer Freude begrüßt.

Auch die Orientierung des Bundeskongresses auf die stärkere Heranführung der jungen Architekten an die Arbeit des Bundes fand die Zustimmung aller Anwesenden.

Die intensive zehnstündige Arbeit in den vier Arbeitsgruppen hat zu guten Ergebnissen geführt. Wenn Professor Englberger in seinem Schlußwort feststellen konnte, daß 199 Redner auf dem Kongreß und in den Arbeitsgruppen zu den Kongreßthemen Stellung genommen haben, dann zeigt das die große Aktivität aller Teilnehmer.

Das Neue auf diesem Kongreß bestand darin, daß nicht nur Architekten an ihm teilgenommen haben, sondern auch Vertreter der Staatlichen Plankommission, der örtlichen Organe der Staatsmacht, unter ihnen die Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Plauen, Zwickau und Brandenburg, Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindetages, der Baubetriebe, Neuerer, Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen und so weiter. Neu war auch, daß diese Gäste nicht nur während des Kongresses in den Arbeitsgruppen aktiv mitwirkten, sondern zum Teil schon bei der Vorbereitung des Bundeskongresses in den Bezirksarbeitsgruppen tätig waren.

Der Kongreß gab der gesamten Tätigkeit im Bund einen großen Auftrieb. Aber es wurde auch klar, wo gegenwärtig die größten Schwächen in der Arbeit des Bundes und in der Tätigkeit unserer Architekten liegen. Eindeutig zeigte er das Zurückbleiben des industriellen Bauens und der Typenanwendung auf dem Gebiet des Industriebaus sowie bei den gesellschaftlichen Bauten. Darum beauftragte der Bundeskongreß den Bundesvorstand und alle anderen gewählten Organe, diesen Fragen in den nächsten Monaten die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die erste Bundesvorstandssitzung nach dem Kongreß am 26. und 27. Mai 1961 beschäftigte sich daher folgerichtig mit dem Thema „Industriebau". Der Bundesvorstand tagte auf der Baustelle Buna und überzeugte sich hier von dem großen Umfang der Bauleistungen, aber auch von der ungenügenden Verwendung von Stahlbeton-Fertigteilen und einer übertriebenen Anwendung der Stahlskelett-Bauweise. Es war darum richtig, daß der Präsident der Deutschen Bauakademie, Professor Dr. Kurt Liebknecht, vorschlug, in Zukunft eine ständige Beratung der Projektanten und Bauleitungen dieser wichtigen Chemiebaustelle durch die Deutsche Bauakademie zu übernehmen.

Dagegen bewies die Besichtigung der Industriebaustelle Lützkendorf, was bei konsequenter Anwendung des industriellen Bauens im Industriebau erreicht werden kann.

Auch auf dieser Tagung des Bundesvorstandes zeigte sich die auf dem Bundeskongreß entwickelte Tendenz, aus dem internen Architektengespräch herauszukommen und im größeren Kollektiv gemeinsam mit Investträgern, Werkleitungen, bauausführenden Betrieben, Wissenschaftlern und Ökonomen über die Probleme der Industrialisierung zu beraten.

Für die nächsten Monate wird sich die Tätigkeit des Bundes weiter auf den Industriebau konzentrieren, und zwar im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Industriebautagung der Deutschen Bauakademie, die im Dezember 1961 als Jubiläumstagung mit internationaler Beteiligung durchgeführt werden wird.

Es kommt jetzt darauf an, besonders die Fachgruppen Industriebau in allen Bezirken zu stärken, ihnen die vorbereitenden Maßnahmen für diese Industriebautagung zu übertragen und sie mit der ganzen Kraft der Organisation, besonders der gewählten Leitungen, zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang sollte auf Bezirks-Mitgliederversammlungen und in den Betriebsgruppen die „Direktive für die technische Entwicklung des Industriebaus und für die Senkung des bautechnischen Aufwandes" beraten werden. Die Betriebsgruppen in den VEB Industrieprojektierung sollten Werkstattgespräche über die wichtigsten Projekte ihres Betriebes durchführen, wobei die Typenanwendung, die Anwendung von Standards und die Berücksichtigung der Serienfertigung im Entwurf überprüft werden sollten.

Die Industriebaukonferenz wird in folgenden vier Arbeitsgruppen tagen:

1. Standardisierung und Typisierung des Industriebaus
2. Vorfertigung im Industriebau
3. Kontinuierliche Serienfertigung
4. Städtebauliche Probleme des Industriebaus

Es wird Aufgabe der Bezirksgruppen, der Betriebsgruppen beziehungsweise der Bezirksfachgruppen sein, die zu diesen Themen erarbeiteten Thesen ausführlich zu diskutieren und Vorschläge zu ihrer Ergänzung oder Abänderung zu machen. Die Vorbereitungen zur Industriebaukonferenz sollten in engster Verbindung mit den Bezirksleitungen der Kammer der Technik erfolgen.

Auf der erweiterten Präsidiumssitzung am 13. Juni 1961, die in Karl-Marx-Stadt tagte, wurde über den zweiten Schwerpunkt des Bundeskongresses, Probleme der Stadtzentren, am Beispiel des Zentrums von Karl-Marx-Stadt beraten.

Die Beratungen über den Aufbau der Stadtzentren fanden in Auswertung des Bundeskongresses auch in den Bezirken Potsdam, Magdeburg, Dresden und in anderen Bezirksstädten statt.

Eine gründliche Beratung erfolgte in der Bezirksgruppe Berlin über den Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Der Vizepräsident unseres Bundes, Dipl.-Ing. Hans Gericke, gab einen Bericht über den Stand der Zentrumsplanung, der großes Interesse fand und lebhaft diskutiert wurde. In Auswertung des Bundeskongresses bildeten sich innerhalb der Bezirksgruppe spezielle Kommissionen, die bestimmte Fragen der Zentrumsplanung untersuchen und konkrete Vorschläge für den Magistrat beziehungsweise für das Stadtbauamt erarbeiten.

Bei der Auswertung des Bundeskongresses in den Bezirksgruppen fand besonders auch die Forderung des Bundeskongresses, in engster Verbindung mit der Bevölkerung die Aufgaben des Bundes zu lösen, Berücksichtigung. In dieser Hinsicht waren besonders die Bezirksgruppe Magdeburg und die Kreisgruppe Plauen beispielgebend.

Von der Bezirksgruppe Magdeburg wurden Ergänzungsvorschläge zu den „Entwürfen der Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und deren Organe" dem Staatsrat unterbreitet. Kollege Rüssel beantragte auf der Bundesvorstandssitzung am 26. und 27. Mai 1961 eine Unterstützung dieser Vorschläge durch den Bundesvorstand.

Der Bundesvorstand folgte dieser Anregung und wandte sich in dieser Angelegenheit ebenfalls an den Staatsrat.

Die Kreisgruppe Plauen beschäftigt sich schon seit längerem mit der Frage, die Aufgaben der Architekten in engster Verbindung mit der Bevölkerung zu lösen. Sie beriet sich mit ihren Mitgliedern über eine Mitwirkung in den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front. Die Mitglieder der Kreisgruppe stellten sich daraufhin als Wohnbezirksbauberater den Wohnbezirksleitungen der Nationalen Front zur Verfügung.

Der Rat der Stadt Plauen führte eine Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front und den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung durch, in der Festlegungen für den Einsatz der Bauberater getroffen wurden.

Der Wohnbezirksbauberater stellt für seinen Wohnbezirk im Rahmen des Gesamtbebauungsplanes der Stadt einen Plan für das Nationale Aufbauwerk auf. Der Plan enthält Vorschläge, welche Einrichtungen an welcher Stelle im Wohnbezirk zu schaffen sind, wo der fehlende Kinderspielplatz hin soll, wo eine Kleinsportanlage zu errichten ist, wo und wie das Haus der Nationalen Front mit seinen Klubräumen und seiner Bibliothek zu schaffen ist, wie die Verkaufskultur unseres volkseigenen Handels gesteigert werden kann, wo eine sinnvolle und schöne Werbung des Handels im Wohnbezirk durchzuführen ist, wie die Sichtwerbung zu den Fest- und Kampftagen im Wohnbezirk zu gestalten ist, wo Transparente am wirkungsvollsten aufgestellt werden können. Der Wohnbezirksbauberater hat die künstlerische Gestaltung insbesondere bei der Ausgestaltung von Brandgiebeln und dergleichen zu beobachten; er soll Vorschläge zur Gestaltung der Innenräume der öffentlichen Gebäude machen. Es gilt, mit diesem Plan der Bevölkerung darzulegen, wie durch die Eigeninitiative wesentliche Verbesserungen des Stadtbildes erreicht werden können.

Es waren besonders die Kollegen Kind und Groh, die sich für diese Form der Zusammenarbeit mit der Nationalen Front eingesetzt haben.

In diesem Zusammenhang gab der Bundesvorstand allen Bezirken die Anregung, die Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten für die Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen der Bezirks- und Kreistage, der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen zu gewinnen.

Auch in den anderen Bezirken orientiert sich die Tätigkeit des Bundes Deutscher Architekten mehr und mehr auf das Wirken in der Öffentlichkeit und auf die Verbindung mit Baustellen und Fachorganisationen. Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten wirken in den technisch-ökonomischen Räten der Bezirke und Städte und neuerdings in den Komitees für neue Technik mit. Diese Komitees für neue Technik haben die Aufgabe, das industrielle Bauen, die Anwendung von Standards und die Typenprojektierung durchzusetzen.

Bezüglich der Arbeit in den Bezirks-, Stadt- und Betriebskomitees für neue Technik hat sich die Bezirksgruppe Potsdam folgende Aufgaben gestellt: Mitwirkung an der Vorbereitung der Einführung der 5-Mp-Großplattenbauweise. Ziel ist, die besten architektonischen Lösungen für diese Bauweise zu entwickeln. Eine zweite Aufgabe besteht darin, die Serienfertigung im Tiefbau zu propagieren, um das Zurückbleiben der Tiefbaumaßnahmen besonders auch im Zentrum von Potsdam und in der Waldstadt II zu überwinden. Die Bezirksgruppe bemüht sich weiter, auf die rasche Entwicklung von Typen für Folgeeinrichtungen in Montagebauweise Einfluß zu nehmen. In diesem Zusammenhang bildete sie eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft, der Vertreter der Betriebsgruppen der VEB Hochbauprojektierung Potsdam und Rostock sowie Dr. Trautvettel von der Technischen Hochschule Dresden angehören und die vom Kollegen Schöpke geleitet wird.

Die Arbeitsgruppe Städtebau beim Bezirksvorstand in Potsdam unter der Leitung des Kollegen Kluge beriet am 31. Mai 1961 über die Maßnahmen der Arbeitsgruppe zur Beschleunigung der Projektierung für das Zentrum in Potsdam.

Im Rahmen der sogenannten Montagsgespräche wurden die Probleme des Zentrums von Potsdam in Anwesenheit des ersten Sekretärs der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genosse Kurt Seibt, ausführlich mit der Bevölkerung beraten.

Die Bezirksgruppe Potsdam wirkt weiter in den Ständigen Kommissionen für Bauwesen und in den Stadtverordnetenversammlungen in Potsdam, Rehbrücke, Caputh und Mahlow mit.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die Richtung der Tätigkeit des Bundes nach dem IV. Bundeskongreß darzulegen.

Wenn ich noch ergänzen darf, daß die von den Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten übernommenen Verpflichtungen im Nationalen Aufbauwerk nicht nur Verpflichtungen blieben, sondern zu einem hohen Prozentsatz verwirklicht wurden (Frankfurt/Oder 18000 DM, Leipzig 36000 DM, Dresden 5000 DM, Magdeburg 14000 DM, Neubrandenburg 27000 DM), dann ist auch das ein Beweis für das verantwortungsbewußte Handeln unserer Mitglieder entsprechend den hohen gesellschaftlichen Aufgaben, die der Architekt zu erfüllen hat.

AUS DEM BDA UND SEINEN BEZIRKSGRUPPEN

Wir gratulieren

Architekt BDA Alfred Krause, Berlin
1. 9. 1906 zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Steiger, Leipzig
6. 9. 1896, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Werner Schuhmacher, Stralsund
8. 9. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Helmut Hennig, Berlin
9. 9. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Erich Lippmann, Berlin
9. 9. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Rieger, Leipzig
9. 9. 1906 zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Richard Grafe, Leipzig
13. 9. 1896, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Erich Schoen, Potsdam-Babelsberg
13. 9. 1891, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Johannes Hunger, Dresden
19. 9. 1911, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Willi Berkes, Leimbach
21. 9. 1906, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Paul Sellmann, Berlin
28. 9. 1901, zum 60. Geburtstag

Berlin

Internationale Fachtagung über Probleme der Garten- und Landschaftsgestaltung in sozialistischen Ländern

Die Fachgruppe „Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung" beim Bund Deutscher Architekten nimmt das bisher bedeutendste Ereignis des Gartenbaus, die erste Internationale Gartenbauausstellung sozialistischer Länder in Erfurt, zum Anlaß, am 12. und 13. September 1961 in Erfurt eine Fachtagung über Probleme der Garten- und Landschaftsgestaltung durchzuführen.

Anliegen dieser Fachtagung ist es, den Erfahrungsaustausch zwischen den befreundeten Ländern auf dem Gebiete der Garten- und Landschaftsgestaltung zu vertiefen und zur Klärung aktueller Probleme beizutragen.

Auf dem Programm stehen unter anderem Berichte über den Stand und die Perspektive der Garten- und Landschaftsgestaltung.

Namhafte Gartenarchitekten des In- und Auslandes haben ihre Teilnahme bereits zugesagt.

Zur Zeit der Fachtagung wird auch eine Planschau mit bedeutenden Arbeiten der Garten- und Landschaftsarchitektur der Deutschen Demokratischen Republik gezeigt.

Berichte über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen auf dem IV. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten

Arbeitsgruppe Gebietsplanung und Städtebau

Die Arbeitsgruppe „Gebietsplanung und Städtebau" stellte die Fragen ins Zentrum der Diskussion, die sich aus den Zusammenhängen zwischen der Planung der Gebiete und Städte, der Industrialisierung des Bauens und aus dem Aufbau der Stadtzentren ergeben. Es wurde betont, daß die Realisierung der großen Bauprogramme des Siebenjahrplanes eine wissenschaftlich begründete komplexe Gebiets- und Stadtplanung zur Voraussetzung hat. Dabei wurde kritisiert, daß die Gebiets- und Stadtplanung immer noch neben der Volkswirtschaftsplanung steht und nicht genügend Einfluß auf die standortgemäße Verteilung und auf die zeitliche Folge der Investitionen ausübt. Dr. Roos von der Staatlichen Plankommission wies der Gebietsplanung dieselbe Rolle zu, welche die technologische Planung schon heute in den Betrieben besitzt.

Die Zersplitterung der Mittel auf viele Bauvorhaben und Baustellen führe dazu, daß wir uns in der Investitionstätigkeit nicht genügend auf diejenigen Bauvorhaben konzentrieren, die mitbestimmend sind für die schnelle Steigerung und den Fortschritt in der Produktion.

Der fehlende Vorlauf und die aufgeführten Mängel in der Planung und Vorbereitung der Investitionen führen zu einem zahlenmäßigen Anwachsen der unvollendeten Investitionen, zu Behelfsbauten, zur gleitenden Projektierung und zu einer schlechten Plandisziplin.

Die Gesamtheit der Aufgaben der sozialistischen Architektur können nur dann wirklich gelöst werden, wenn die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigt werden. Andererseits müsse aber eine hohe Qualität der städtebaulichen Planung erreicht werden, um einen Bauablauf zu organisieren, der den Erfordernissen des industriellen Bauens gerecht wird.

In unseren Wohnkomplexen wird am deutlichsten sichtbar, wo wir zur Zeit in der Planung und Bebauung unter den Bedingungen des industriellen Bauens und der Typenprojektierung stehen. Dabei muß man kritisch feststellen, daß wir in der Typisierung der gesellschaftlichen Bauten in industriellen Bauweisen zurückgeblieben sind, wodurch das komplexe Planen und Bauen erschwert wird. Die Beratung der Arbeitsgruppe ergab, daß wir uns noch gründlicher und prinzipieller als bisher mit den Fragen der offenen Bebauung auseinandersetzen müssen. Unsere derzeitige Praxis kann noch nicht voll befriedigen. Unsere Wohnviertel weisen meist mehr einen Siedlungscharakter auf, als daß sie einen wirklich städtischen Charakter hätten. Im Hinblick auf die sich rasch ent-

wickelnde sozialistische Lebensweise müßten wir prüfen, ob unser Wohnungsbau dem heute schon sichtbaren Neuen und der Perspektive des Zusammenlebens der Menschen gerecht wird. Die zu diesem Fragenkomplex gemachten Ausführungen der Allunions-Städtebaukonferenz in Moskau vom vorigen Jahr seien allseitiger auszuwerten, als das durch die Theoretische Konferenz geschah. Es gilt, diese Fragen im engsten Kontakt mit Fachleuten des Handels, der Volksbildung, der Kultur, des Gesundheitswesens, des Sports und anderen zu klären und dabei die Vorschläge und Meinungen der Bevölkerung zu hören. Dabei sollte der Bund Deutscher Architekten einen wichtigen Beitrag leisten, indem bisher gebaute Wohnviertel analysiert werden und die kritische Einschätzung der Bewohner ausgewertet wird.

In den Diskussionen der Arbeitsgruppe wurde auch der Aufbau der Stadtzentren als Schwerpunkt behandelt. Dabei kommt es darauf an, daß alle Beteiligten, angefangen von den Städtebauern und Architekten über die Planträger, die örtlichen Räte bis zu den Staats- und Wirtschaftsorganen, die politische Bedeutung des Aufbaus der Stadtzentren erkennen, und ihn zu einer Sache der ganzen Stadt und ihrer Bevölkerung machen. Besonders dringend seien die noch offenen Fragen des Generalplanträgers für die Stadtzentren zu klären, um die Gesamtheit der Investitionen koordinieren zu können.

Die Arbeitsgruppe betonte auch, daß bei der Projektierung für den Aufbau der Stadtzentren die Prinzipien der Ensemble-Bebauung mehr Beachtung finden müssen, indem die einzelnen Architektenkollektive ihre Entwürfe untereinander abstimmen und ihre eigene künstlerische Leistung als Beitrag zur Gesamtkomposition des Zentrums betrachten.

Aus der Fülle der Diskussionsbeiträge sind einzelne besonders interessante hervorzuheben. So sprach Kollege Kluge (Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Potsdam) über den ernsten Kadermangel in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung. Die jungen Kräfte seien mit der Bestandsaufnahme des Bezirkes völlig ausgelastet und kämen deshalb an gestalterische Aufgaben nicht heran. Es sei unbedingt zu fordern, daß die Technik der Luftbildmessungen angewandt werde, um die ohnehin knappen Arbeitskräfte volkswirtschaftlich besser einzusetzen. Kollege Kluge setzte sich für ein eigenes Publikationsorgan für die Probleme der Gebiets- und Stadtplanung ein.

Kollege Dutschke (VEB Berlin-Projekt) berichtete von seinen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern bei Aufgaben des Städtebaus in zusammenhängenden Wohngebieten. Bereits im Stadium der Vorplanung seien diese Kontakte mit bildenden Künstlern zu schließen. Er halte es für günstig, wenn Kollektive gebildet würden, die aus folgenden Berufsgruppen bestehen: ein Architekt, ein Gartenarchitekt, ein Bildhauer und ein Maler.

Professor Hopp zeigte die Schwierigkeiten auf, die sich aus der offenen Bebauung ergeben und aus der Orientierung, die Siedlungen frei ins Grüne zu stellen und die gesellschaftlichen Bauten verstreut anzuordnen. Dabei ginge der städtische Charakter verloren. Er wies darauf hin, daß dagegen solche geschlossene Platzanlagen wie der Marktplatz zu Saalfeld eine höhere künstlerische Qualität hätten als diese offenen, indifferenten Plätze, die beziehungslos irgendwo in der offenen Bauweise der Gesamtsiedlung angeordnet seien. Mit reinen Wohnblöcken sei keine erlebnisreiche künstlerische Gestaltung durchzusetzen. Vielmehr seien die gesellschaftlichen Bauten um den echten Kern eines Mittelpunktes im Wohnkomplex zu konzentrieren, der nur durch Fußgängerverkehr zu erschließen sei.

Kollege Mertens (Deutsche Bauakademie) setzte sich für eine kontinuierliche Arbeit der Arbeitsgruppen ein. Diese Arbeitsgruppen sollten die ganze Bundestätigkeit aktivieren. Die Betriebssektionen seien zu einengend. In den Arbeitsplänen sei größerer Wert auf die Organisierung von Gesprächen zu legen.

Aus den Empfehlungen der Arbeitsgruppe an das Plenum des IV. Bundeskongresses seien folgende Vorschläge für die Verbesserung der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung und für die Tätigkeit des Bundes auf diesem Gebiet genannt:

1. Als Fachverband der Städtebauer und Architekten unterstützt der Bund Deutscher Architekten die zuständigen staatlichen Organe bei der beschleunigten Ausarbeitung gesetzlicher und organisatorischer Regelung für die Gebiets-, Stadt und Dorfplanung.

2. Um Ergebnisse und auch Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung schnellstens der Praxis zur Verfügung zu stellen und die Erfahrungen der Praxis in die laufende Forschungstätigkeit einzubeziehen, wird die Deutsche Bauakademie gebeten, ihre Forschungsergebnisse den bezirklichen Arbeitsgruppen noch vor der endgültigen Abfassung und Veröffentlichung zur Diskussion und Stellungnahme zuzuleiten. Besonders dringlich ist eine solche Arbeitsweise bei folgenden Forschungsthemen:

Organisation und Gestaltung der Wohngebiete,
sozialistische Umgestaltung von Altbaugebieten,
Richtlinien für die Generalverkehrsplanung,
Richtlinien für die sozialistische Umgestaltung der Dörfer.

Die Arbeitsgruppe Gebiets- und Stadtplanung hält es für notwendig, daß die Publikationstätigkeit in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung verstärkt wird, wobei in Erwägung gezogen wird, später eine eigene Fachzeitschrift zu schaffen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt, daß die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten der Publizierung in der „Deutschen Architektur", in den wissenschaftlichen Zeitschriften der Hochschulen, vornehmlich aber in der Schriftenreihe des Instituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Deutschen Bauakademie voll ausgeschöpft werden.

3. Der Bund Deutscher Architekten muß die Bevölkerung im breitesten Rahmen über die grundsätzlichen Probleme des sozialistischen Städtebaus unterrichten und sie zur Mitarbeit an der Lösung der Aufgaben durch Anregung und Vorschläge gewinnen. Das ist möglich durch die Organisation von Ausstellungen über den Aufbau der einzelnen Städte, insbesondere der Stadtzentren, sowie durch Tagespresse, Film, Rundfunk und Fernsehsendung und durch die Herausgabe von Anschauungsmaterial.

Darüber hinaus erwächst dem Bund Deutscher Architekten die Aufgabe, seine Mitglieder in der Nationalen Front, in Betriebs- und Dorfakademien, in den Veranstaltungen der gesellschaftlichen Organisationen, in den Oberschulen einzusetzen, um dort die Prinzipien der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Dörfer zu erläutern und die Bevölkerung zur Mitarbeit anzuregen.

4. Die Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten müssen als Konsultanten die Volksvertretungen, die Ständigen Kommissionen und Aktivs, die Staatsorgane, die Parteien und die Gewerkschaft und die Nationale Front bereits bei der Ausarbeitung erster Aufgabenstellungen beraten und ihnen hierfür ständig zur Verfügung stehen. Insbespndere sollen sich beim Nationalen Aufbauwerk die BDA-Mitglieder für die Durchführung und Vorbereitung von Umgestaltungsmaßnahmen in Altbauwohngebieten und die Anlage von Freiflächen einsetzen.

5. Zur Lösung der offenen Probleme der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung reicht die Verbindung des Bundes Deutscher Architekten mit der Kammer der Technik und dem Verband Bildender Künstler nicht aus. Es kommt darauf an, zu den Veranstaltungen des Bundes Deutscher Architekten unter anderem Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindetages, der Volkswirtschaftsplanung und der gesellschaftlichen Organisationen als Teilnehmer sowie als Referenten zu gewinnen, um in breiter Aussprache zur Klärung der vielseitigen Probleme beizutragen.

Architekt BDA Dipl.-Ing. Fritz Rothstein

Arbeitsgruppe Wohn- und gesellschaftliche Bauten

An den Beratungen der Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" nahmen unter Leitung von Professor Hans Schmidt etwa 65 Delegierte teil. In über 60 Diskussionsbeiträgen wurden wertvolle Hinweise und Ergänzungen zu den Arbeitsgrundlagen gegeben.

Professor Hans Schmidt berichtete, daß die Zentrale Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" die Hinweise zu den Thesen, die in den Veranstaltungen der Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten diskutiert und erarbeitet wurden, in die 16 Fragestellungen eingearbeitet hat. Hiervon wurden auf dem Bundeskongreß 15 zur Beratung gestellt. Aus zeitlichen Gründen konnten die Fragen der Zusammenarbeit zwischen bildenden Künstlern und Architekten nicht beraten werden. Die einzelnen Fragenkomplexe wurden in drei Gruppen unterteilt: Wohnungsbau, gesellschaftliche Bauten und allgemeine Problemstellungen.

Durch eine gründliche Auswertung des aus den Bezirksgruppen eingegangenen Materials hatte die Zentrale Arbeitsgruppe eine gute Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppe geschaffen. In allen Diskussionsbeiträgen kam zum Ausdruck, daß der Typenprojektierung, dem industriellen Bauen, der Verbesserung der Qualität von Projekt und Bauwerk, der industriellen Herstellung von Ausbauelementen und der Verwirklichung einer hohen Flexibilität besonderes Augenmerk zu schenken ist.

Die Ansicht, daß die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus auf der Grundlage der Typenserie Qx in der 2-Mp- und 5-Mp-Laststufe erfolgen muß, fand allgemeine Zustimmung. Dabei wurde insbesondere auf die Möglichkeiten der Trennung von Bad und WC bei Typen mit Innenbad und auf die Probleme der Beheizung der Wohnungen eingegangen. Mehrere Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß der zentralen Beheizung von Wohnungen vor allem in unseren neuen Wohngebieten künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse.

Die Möglichkeit, später Wohnungen von Ofenheizung auf Zentralheizung umstellen zu können, wurde auf Grund der erforderlichen umfangreichen Umbauarbeiten, des Fehlens von Heizhäusern und von Verteilungsfernleitungen stark bezweifelt.

In bezug auf die Flexibilität der Wohnungen vertraten einige Kollegen die Meinung, daß es für den Mieter besser sei, die Wohnung zu wechseln, da die Grundrißfläche der Wohnung durch die Veränderung von Zwischenwänden doch nicht vergrößert würde. Die Mehrzahl meinte jedoch, man solle Wege suchen, die dem Mieter das Versetzen der Trennwände in seiner Wohnung ermöglichen. Das sei von besonderem Vorteil bei Veränderungen und Ergänzungen des Mobiliars. Eine besondere Schwierigkeit stellen die Installationsanschlußpunkte für solche Wände dar. Durch Wettbewerbe, Arbeitsgemeinschaften, Forschungsaufträge und Experimentalbauten sollte man schnellstens der Verwirklichung dieses Fragenkomplexes nähertreten. Hierbei ist auch den Wünschen breiter Kreise der Bevölkerung nach Schaffung von Einbauwänden besondere Beachtung zu schenken.

Professor Henselmann schlug vor, daß diese komplizierten Fragen von einzelnen Gruppen untersucht werden sollten, die dann ihre Ergebnisse in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit auswerten.

Zur Frage der Mehrgeschossigkeit unserer Wohnhäuser wurde das fünfte Geschoß ohne Aufzug und ohne Zentralheizung abgelehnt. Es ist keinem Mieter, vor allem nicht unseren Frauen und Kindern, zumutbar, fünf Geschosse zu Fuß überwinden zu müssen.

Einer besonderen Klärung bedürfen noch folgende Fragen: die Größen der Wohnungen für die Intelligenz und für kinderreiche Familien, die bevorzugten Himmelsrichtungen und die Wohnungstypen für ausgesprochen ländliche Gebiete. In letzterem Falle ist vor allem der größeren Küche Aufmerksamkeit zu widmen. Ob für ausgesprochen bergige Gegenden Sondertypen zu entwickeln sind, sollte untersucht werden.

Die Bauweise mit fertigen Raumzellen wurde ebenfalls in einer lebhaften Diskussion behandelt, wobei ein nicht geringer Teil der Anwesenden die Notwendigkeit einer solchen Bauweise in der Deutschen Demokratischen Republik bezweifelte. Dabei wurde auf die Schwierigkeiten, wie den Mangel an Hebezeugen für Lasten bis 20 t, die Notwendigkeit spezieller Transportmittel und die Bruchgefahr durch lange Anfahrt vom Werk zur Baustelle, hingewiesen. Auch die Rentabilität wurde in Zweifel gezogen. Da die obligatorische Einführung der Großplattenbauweise 2 Mp und 5 Mp durch Verzögerungen bei der Bereitstellung von Baumaschinen erschwert wird, wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Raumzellenbauweise auch von dieser Seite Schwierigkeiten erwachsen könnten. Ein zur Zeit in der Deutschen Demokratischen Republik laufender Forschungsauftrag für den Bau einer Raumzelle von 3,60 m Breite wird sicher zu einer Klärung dieser berechtigten Einwände führen. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch nach einer umfassenden Information über die Raumzellenbauweise durch unsere Fachzeitschriften zum Ausdruck gebracht.

Bei der Behandlung der gesellschaftlichen Bauten nahm die Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp einen breiten Rahmen ein, wobei mehrmals auf die Abstimmung mit den Bauelementen des Industriebaus verwiesen wurde. Als unbedingt notwendig erscheint die Verringerung der Anzahl der Bauelemente, die zur Zeit 5000 beträgt. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe forderten die Klärung folgender Probleme: einheitliche Lage der Systemlinien, Klärung der Spreizung und des Rasters auf 1200 mm für gesellschaftliche und Industriebauten, Einteilung der gesellschaftlichen Bauten in Bauwerkskategorien (zum Beispiel erdgeschossige und mehrgeschossige Bauten sowie Mehrzweckgebäude). Eine solche Unterteilung ermöglicht eine weitgehende Berücksichtigung der ökonomischen Belange.

Kollege Lazarus wies darauf hin, daß zur Zeit in Hoyerswerda gesellschaftliche Bauten in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp ausgeführt und erprobt werden. Man kann sie als Experiment werten und hofft Ende dieses Jahres auswertbare Ergebnisse vorlegen zu können, die zur weiteren Klärung beitragen. Es wurde mit Recht gesagt, man solle diese Ergebnisse erst abwarten und auswerten, ehe man wieder die Systeme ändert.

Dem flachgeneigten Dach wurde aus bautechnischen Überlegungen gegenüber dem Flachdach der Vorrang gegeben, wobei das Kaltdach vorzuziehen sei, da sich das Warmdach schlecht oder erschwert montieren läßt.

Den asymmetrischen Dachausbildungen, die schlechte Lösungen an den Giebeln zeigen, sollten sogenannte Schmetterlingsdächer vorgezogen werden. Auch hier seien Wettbewerbe zu veranstalten, die diese Fragen klären

helfen. Dabei könnten zugleich Probleme der Plastizität, der Verkleidung oder der Ausfachung von Fassaden gelöst werden. Andererseits wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß man nicht jede Frage im Wettbewerb lösen könne und auch dem Projektbearbeiter Gelegenheit zu schöpferischer Arbeit vorbehalten bleiben sollte — eine Meinung, die auch bei den jüngeren Kollegen starke Zustimmung fand. Sehr bedauert wurde, daß sich viele unserer neuen Wohnkomplexzentren nicht genügend abzeichnen, daß sie „zerfließen", kleinlich und nicht künstlerisch wirken, so daß sie der Mensch nicht als Anziehungspunkt und nicht als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens betrachtet und benutzt. Aufgabe unserer Städtebauer und Hochbauer sei es, diese Schwäche zu überwinden und Lösungen zu suchen, die unsere sozialistische Lebensauffassung besser erkennen lassen.

Der letzte Teil der Beratungen war allgemeinen Fragen gewidmet, wobei die des Wettbewerbes für Typenprojekte im Mittelpunkt standen. Man war sich einig, daß sich die Ausschreibungen für solche Wettbewerbe auf Angaben über die Kapazität der Objekte beschränken müßten, damit den Teilnehmern weitestgehend die Möglichkeit eigener Ideen zum Funktionsablauf, zur Grundrißlösung und architektonischen Gestaltung erhalten bleibt. Notwendig erschien weiterhin, eine Stelle zu schaffen, eventuell im Bund Deutscher Architekten, die die Durchführung solcher Wettbewerbe laufend fordert und kontrolliert.

Dem Experimentalbau sollte man in Zukunft eine noch größere Bedeutung beimessen als bisher. Dessen Ergebnisse sollten in kürzester Zeit in den Fachzeitschriften publiziert, eingehend ausgewertet und diskutiert werden. Erst nach einer sehr guten Erprobung sollte der Bau als Typ ausgearbeitet und in die Serienfertigung übernommen werden.

Die unbefriedigende Qualität unserer Bauten zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Beratung. Daß hier Wandel geschaffen werden müsse, war die Meinung vieler Teilnehmer. Daher muß die derzeitige Autorenkontrolle wahrscheinlich eine Veränderung erfahren und mehr auf die Gegebenheiten der Baustelle, wie Taktstraße, Objektlohn und sozialistische Brigade, Rücksicht nehmen. Gerade dieser Frage sollte man besondere Aufmerksamkeit schenken, denn nur ein qualitativ einwandfreies Bauwerk überzeugt und hat vor uns und der Zukunft Bestand.

Architekt BDA Dipl.-Architekt
Werner Lonitz

Arbeitsgruppe Dorfplanung und ländliches Bauen

An den Beratungen der Arbeitsgruppe „Dorfplanung und ländliches Bauen" beteiligten sich unter Leitung von Dr.-Ing. Niemke 35 Kollegen.

Die Teilnehmer begrüßten besonders die Bildung von ständigen Arbeitsgruppen bei den Bezirks- und Kreisgruppen. Sie werden mit dazu beitragen, die volkswirtschaftlichen Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung zu verwirklichen.

Die Beschlüsse des 12. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Dörfer sich entsprechend der volkswirtschaftlichen Zielsetzung entwickeln. Die Struktur der Dörfer, der Kreise und Bezirke ist dabei zu berücksichtigen.

Aus der Diskussion, an der sich etwa 30 Kollegen beteiligten, ging hervor, daß ähnlich wie bei der Stadtplanung eine Perspektive für die künftigen Dorfanlagen erarbeitet werden müsse. Die Dorfplanung bilde in engem Zusammenhang mit der Flurplanung die Ausgangsstellung und dürfe daher nicht mehr dem Selbstlauf überlassen werden. Dorf und Flur seien eine Einheit und entsprechend zu planen.

Für eine rechtzeitige Inangriffnahme der Flurplanung müßten alle Voraussetzungen, wie zum Beispiel Verstärkung der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit, systematische Bestandsaufnahmen und planmäßige Kaderentwicklung, geschaffen werden. Ferner wurde die Frage diskutiert, wie können wir unter den augenblicklichen Gegebenheiten die günstigsten Lösungen erreichen? Ist es richtig, wenn wir nur das Heute und Morgen sehen, oder müssen wir weiter vorausplanen? Beides wurde als richtig angesehen. Dabei wurde bemerkt, daß wir bei der Durchführung von Sofortmaßnahmen nicht von einer Dorfplanung, sondern von einer landwirtschaftlichen Vorplanung als Zwischenlösung sprechen sollten. Darüber hinaus müsse dem Dorf im Interesse der Jugend so bald wie möglich eine Perspektive gegeben werden.

Von einigen Kollegen wurde der Standpunkt vertreten, daß sowohl der Neubau von Rinderoffenställen wie auch der Umbau von Altgebäuden ohne Perspektivpläne falsch sei, weil man nicht wisse, ob und wieviel Stallplätze in Zukunft notwendig seien.

Kollege Dr. Niemke begründete die Sofortaufgaben folgendermaßen:

In der ersten Etappe des Siebenjahrplanes müßten die Dorfplanungsarbeiten zur Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beitragen. Man könne und müsse Standorte für Neubauten auf der Grundlage von Teilbebauungsplänen festlegen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne von ihnen zum Perspektivplan für die Zeit nach 1965 in Widerspruch geraten.

Alle Altbauten müßten für die landwirtschaftliche Großproduktion voll genutzt werden, selbst dann, wenn es nur noch drei Jahre lang möglich sein sollte. Aus- und Umbauten sollten zunächst mehr provisorisch erfolgen. Den Schwerpunkt des landwirtschaftlichen Bauens bilde nach wie vor die Erweiterung der Stallkapazität für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Nutzung der Altbausubstanz müsse dabei unter ökonomischen Gesichtspunkten erfolgen.

Für dringend notwendig erachtet es die Arbeitsgruppe, daß die von der Deutschen Bauakademie erarbeiteten Planungsrichtlinien, die diese Probleme behandeln und die im Juli 1960 dem Ministerium für Bauwesen übergeben wurden, verbindlich erklärt werden, damit die Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung eine klare Orientierung erhalten.

Fragen der Industrialisierung und Typisierung nahmen in der Diskussion ebenfalls einen breiten Raum ein.

Es wurde richtig erkannt, daß ohne Serienfertigung von landwirtschaftlichen Nutzbauten die Pläne nicht erfüllt werden können. Die Mastenbauweise sei sowohl für Kalt- als auch für Warmbauten zu bevorzugen. Die Serienfertigung erfordert eine langfristige Vorplanung, die die Folgeeinrichtungen und Erschließungsmaßnahmen enthält.

Die Bauten für die Landwirtschaft sollten nur eine Lebensdauer von etwa 10 bis 15 Jahren haben.

Die Technologie müsse zwar bei der Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsstätten berücksichtigt werden, aber das dürfte nicht dahin führen, daß um die gegebene Technologie die vier Wände herumgesetzt werden, sondern die Technologie sei nach dem Typ aufzubauen.

Universaltypen und Mehrzweckgebäude, die im Ausbau mehrere Varianten zulassen, sollten entwickelt werden. Damit werde die Möglichkeit geschaffen, die unterschiedlichen örtlichen klimatischen Verhältnisse, Betriebseigenarten und so weiter zu berücksichtigen.

Es wurde auch für zweckmäßig gehalten, sowohl Segmente als auch komplette Gebäude zu typisieren. Dadurch würde die örtliche Anpassung erleichtert. Ebenso wurden Schemapläne für die Erschließung als zweckmäßig erachtet.

Typenprojekte sollten in kollektiver Arbeit von Vertretern des Bauwesens, der Landwirtschaft und der Landtechnik entwickelt werden.

Außerdem wurde vorgeschlagen, daß der VEB Typenprojektierung Wettbewerbe ausschreibt, wobei die Standardisierung Bedingung sein müsse, um eine Verbesserung der Typen zu erreichen.

Weiter wurde in der Diskussion vorgeschlagen, jeden neuentwickelten Typ durch einen Experimentalbau in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und einem volkseigenen Gut zu untersuchen, bevor er serienmäßig gebaut wird. Der Experimentalbau müsse mit den vorhandenen Materialien erfolgen.

Dr. Lammert führte aus, daß es beabsichtigt sei, Versuchsbetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik von der Ostsee bis Thüringen und Sachsen zu schaffen, die in der staatlichen Veranlagung bleiben und in denen Typenbauten sowie neue landwirtschaftliche Verfahren erprobt werden sollen.

Außerdem beantwortete Dr. Lammert folgende Fragen, die sich aus der Diskussion ergaben:

Wenn einzelne landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften unbedingt einen Anbindestall verlangen, solle man das berücksichtigen, jedoch möglichst keinen deckenlastigen Stall vorsehen, um nicht dort wieder anzufangen, wo wir beim Warmstall aufgehört haben. Daher müßte ein Warmstall in der Mastenbauweise entwickelt werden. Die Frage der Architektur müsse auch bei landwirtschaftlichen Bauten stärkere Beachtung finden.

In der Diskussion wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die ungenügende Erfüllung des ländlichen Bauprogramms in den letzten Jahren mit darauf zurückzuführen sei, daß die Vorplanung unqualifiziert beziehungsweise nicht termingerecht erfolgte. Außerdem seien ständig Planänderungen vorgenommen worden, die erhebliche Fehlprojektierungen zur Folge hatten.

Daher wurde gefordert, daß die Anordnung Nr. 6 zur Vorbereitung der Investitionen von den Planträgern unbedingt befolgt wird.

Von der Arbeitsgruppe wurde weiter für dringend notwendig gehalten, daß eine Fachzeitschrift für die Dorfplanung und das ländliche Bauen herausgegeben wird, die einen engen Kontakt zwischen der Planung, der Projektierung und dem Baubetrieb herstellt.

Darüber hinaus stellen sich die ständigen Arbeitsgruppen Dorfplanung und ländliches Bauen des Bundes Deutscher Architekten in enger Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik, den technischen Beiräten, der agrarwissenschaftlichen Gesellschaft und so weiter folgende Aufgaben:

Die Kaderentwicklung für die Dorfplanung und das ländliche Bauen zu unterstützen;

die Entwurfsgruppen der Kreisbauleitungen wie auch die freischaffenden Architekten mit den neuesten Erkenntnissen auf dem Fachgebiet des landwirtschaftlichen Bauens vertraut zu machen beziehungsweise sie für diese Aufgaben zu qualifizieren;

die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beziehungsweise deren Beiräte fachlich zu beraten;

zusammen mit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse Fachvorträge in den Dorfakademien durchzuführen, um die Genossenschaftsbauern mit den Problemen des landwirtschaftlichen Bauwesens vertraut zu machen;

die in der Praxis gemachten Erfahrungen mit den Typenentwürfen der Zentralen Arbeitsgruppe zu übermitteln, um dadurch eine Verbesserung der Typenentwürfe zu erreichen.

Architekt BDA Willi Kaempfert

Gera

Auswertung des IV. Bundeskongresses

Am 9. Mai fand in Gera die erste Bezirksmitgliederversammlung zur Auswertung des IV. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten statt. Architekt BDA Dipl.-Ing. Ernst Mauke berichtete über das Hauptreferat des BDA-Präsidenten Professor Hanns Hopp sowie über die vor dem Bund Deutscher Architekten stehenden Aufgaben.

In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder der Bezirksgruppe Gera von jeher eine gute Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat gesucht haben und auch in Zukunft zu ehrenamtlicher Mitarbeit in Fragen der Architektur, des Städtebaus, der Landschaftsgestaltung und der Innenarchitektur bereit sind. Die Mitglieder erwarten, daß durch die neue Stellung des Bundes Deutscher Architekten hiervon mehr Gebrauch gemacht wird als bisher.

Die Kollegen Dipl.-Ing. Lothar Bortenreuter, Dipl.-Architekt Werner Lonitz und Architekt Franz Groß berichteten über die Beratungen der Arbeitsgruppen.

Der erste Vorsitzende der Bezirksgruppe, Kollege Lonitz, gab anschließend den Teilnehmern die Vorschläge des Bezirksvorstandes für die ständigen und zu erweiternden Arbeitsgruppen bekannt. Hiernach sollen die Arbeitsgruppe „Städtebau" unter den Mitgliedern des Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung ihre Mitarbeiter finden, die Arbeitsgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" unter den Mitgliedern des VEB Hochbauprojektierung, die Arbeitsgruppe „Industriebau" im VEB Industrieprojektierung Jena und die Arbeitsgruppe „Ländliches Bauwesen und Dorfplanung" unter den Mitgliedern, die bei den Entwurfsgruppen der Kreise tätig sind. Hier ist die Mitarbeit des Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung notwendig. Die jeweiligen Betriebsgruppen haben die Arbeiten der Arbeitsgemeinschaften zu fördern und ihre Veranstaltungen auf die Probleme der Arbeitsgruppen abzustimmen.

Für die Arbeitsgruppe „Städtebau" wurden Architekt BDA Dipl.-Ing. Karl Sommerer und für die Arbeitsgruppe „Ländliches Bauen und Dorfplanung" Architekt BDA Franz Groß, Pößneck, als Leiter vorgeschlagen.

Die in letzter Zeit verstorbenen Mitglieder der Bezirkegruppe, Kollege W. Brix, Jena, und Kollege P. Schraps, Gera, wurden auf der Mitgliederversammlung durch stilles Gedenken geehrt.

—tz

Berichtigung

Im Heft 5/1961 sind die beiden auf Seite 261 abgebildeten Wohnungsgrundrisse vertauscht worden. Der obere Grundriß gehört nach unten und der untere nach oben.

Die verantwortlichen Architekten für die Innengestaltung der im Heft 5/1961 veröffentlichten Läden Weigel/Johannisstraße in Jena sind: Architekt BDA Emil Waha für das HO-Haus des Kindes und für den Laden HO-Sportwaren und Architekt BDA Heinz Kottke für die Spezial-Lebensmittelverkaufsstelle.

Gesetzliche Bestimmungen zum Aufbau der Stadtzentren

Das Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965[1] legt fest, daß die Zentren unserer zerstörten Städte im wesentlichen bis zum Jahre 1965 wiederaufzubauen sind.

Die gestalterischen Gesichtspunkte für den Aufbau der Stadtzentren haben bereits in den Grundsätzen des Städtebaus, wie sie von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 27. Juli 1950 beschlossen worden sind[2], und später im Beschluß des Ministerrates vom 4. Juli 1959 über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens[3] gesetzgeberischen Ausdruck gefunden.

Nunmehr erschien es an der Zeit, über den Inhalt hinaus auch zu einheitlichen rechtlichen Organisationsformen für die Durchführung der Planung und des Aufbaus der Stadtzentren zu kommen, die der Komplexität des sozialistischen Bauens angemessen sind. Dem tragen der Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 4. Mai 1961 über Grundsätze zur Planung und Durchführung des Aufbaus der Stadtzentren[4] und die in seiner Durchführung ergangene Anordnung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission vom 27. Mai 1961 über die Tätigkeit der Hauptplanträger, der Gutachtergruppen und Aufbauleitungen Stadtzentrum in Aufbaustädten[5] Rechnung.

Der Beschluß vom 4. Mai 1961 bestimmt, daß der Aufbau der Zentren der elf Aufbaustädte durch die Räte der Städte komplex zu planen ist. Er ist als besonderes Staatsplanvorhaben durchzuführen und sowohl in die zentralen Perspektiv- und Jahresvolkswirtschaftspläne als auch in die entsprechenden Pläne der Bezirke und Kreise in allen seinen Zusammenhängen aufzunehmen.

Der Aufbau des Stadtzentrums ist keine Ressortangelegenheit. Er ist eine Sache der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und geht deshalb alle an. Wenn das Präsidium des Ministerrates bei der Bestätigung des Beschlusses über den Aufbau des Zentrums Berlins am 4. Mai 1961[6] an die Bevölkerung der ganzen Republik appelliert hat, den Aufbau des Zentrums der Hauptstadt angesichts seiner hohen nationalen und internationalen Bedeutung zu ihrer eigenen Sache zu machen, so gilt das sinngemäß auch für die übrigen Aufbaustädte. Ihre Oberbürgermeister sind als verantwortlich dafür erklärt, daß der Aufbau der Stadtzentren mit allen sich im Einzelfall daraus ergebenden Problemen regelmäßig in den Räten behandelt und den Volksvertretungen vorgetragen wird. Die Aufbaupläne sind mit den gesellschaftlichen Organisationen und mit breiten Kreisen der Bevölkerung zu beraten. Sie bedürfen ebenso wie der für sie vorgesehene zeitliche Ablauf und die Höhe der bereitzustellenden Mittel der Bestätigung des Ministerrates. Dabei sind dem Ministerrat die Grundzüge der architektonischen Gestaltung der Zentren und seiner wichtigsten Gebäude vorzulegen und der Bedarf an Baukapazität, an Baumaterial und an Baumechanismen auszuweisen. Alle zentralen und örtlichen Organe sind an den beschlossenen Aufbauplan gebunden. Die Mittel zur planmäßigen Vorbereitung und Durchführung des Aufbaus der Stadtzentren werden nach den einzelnen Vorhaben zweckgebunden für die Räte der Städte festgelegt.

Das organisatorisch geeignete Instrument für komplexe Bebauung ist die Aufbauleitung. Für den Bau von Wohnkomplexen ist bereits in der Anordnung vom 28. Mai 1960 über die Vorbereitung, Planung und Durchführung des Wohnungsbaus[7] die Einsetzung von Aufbauleitungen als Investitionsträger bestimmt worden. In Fortführung dieses Gesichtspunktes sind nunmehr bei den Räten der Aufbaustädte „Aufbauleitungen Stadtzentrum" zu bilden, die juristische Personen und Haushaltsorganisationen sind. Die Aufbauleitung ist für alle im Stadtzentrum durchzuführende Baumaßnahmen verantwortlich. Die Aufbauleitung ist Investitionsträger mit allen Rechten und Pflichten.[8] Insbesondere gehören zu ihren Aufgaben: Abschluß und Kontrolle der Liefer- und Leistungsverträge, Prüfung der Preisangebote, Durchsetzung des industriellen Bauens, Einführung und Anwendung des Taktverfahrens sowie von Neuerermethoden, regelmäßige Berichterstattung vor dem Rat der Stadt, Führung der Investitionsbuchhaltung und der Obligokartei, Abrechnung der fertiggestellten Investitionsvorhaben, Fertigstellung der Aktivierungsunterlagen und schließlich Übergabe der Objekte an die einzelnen in Betracht kommenden neuen Rechtsträger. Für Berlin hatte der Magistrat von Groß-Berlin bereits unter dem 8. April 1960 das Statut der Aufbauleitung Stadtzentrum Berlin beschlossen[9], die seitdem hiernach in Aktion ist.

Um die Einheitlichkeit der Durchführung beim Aufbau der Stadtzentren zu gewährleisten, ist weiterhin eine einheitliche Planträgerschaft erforderlich. Deshalb sind bei den Räten der Städte Hauptplanträger einzusetzen, die dem Oberbürgermeister oder einem seiner Stellvertreter unterstellt werden. Sie haben den Zweck, die Zusammenarbeit aller Beteiligten zentralen und örtlichen Fachorgane bei der Vorbereitung und Durchführung des bestätigten Aufbauplanes zu sichern. Diese Fachorgane bleiben für die fachlichen und ökonomischen Belange weiterhin verantwortlich. Der Hauptplanträger faßt jedoch ihre Pläne zusammen und führt, unabhängig davon, wer der spätere Nutzer ist, die einzelnen Vorhaben im Rahmen des Aufbauplanes durch. Er erteilt auch die Aufträge zur Erarbeitung der Vorplanung in Abstimmung mit den künftigen Nutzern sowie den beteiligten Fachplanträgern und zur Ausarbeitung der Projekte, die von ihm zusammen mit dem zuständigen Fachorgan bestätigt werden müssen. Für die gesamte Projektierung des Stadtzentrums ist auf Veranlassung des Rates im Benehmen mit dem Ministerium für Bauwesen ein Hauptprojektant einzusetzen. Die Aufbauleitung erhält vom Hauptplanträger das Projekt. Der Hauptplanträger hat zur Erfüllung seiner Aufgaben gegenüber den am Aufbau beteiligten Fachorganen, dem Hauptprojektanten und der Aufbauleitung Kontrollbefugnisse. Aus Vertretern dieser Stellen sowie der beteiligten wichtigsten Baubetriebe und des Bauamtes hat der Hauptplanträger, um eine allseitige Koordinierung zu gewährleisten, ein beratendes Gremium zu bilden, das nach Bedarf, mindestens jedoch monatlich einmal, zusammenzutreten hat.

Als dritte einer einheitlichen verfahrensrechtlichen Regelung des Aufbaus der Stadtzentren dienende Maßnahme ist bei den elf Aufbaustädten eine Gutachtergruppe zu bilden, die die gesamte Projektierung von Beginn bis zur Fertigstellung der Projekte zu verfolgen und den Hauptplanträgern sowie die Fachplanträger zu beraten hat. Diese Gutachtergruppen sind Organe der Räte der Städte und der Plankommission, in Berlin dem Wirtschaftsrat beim Magistrat von Groß-Berlin, unterstellt. Zur besseren Durchführung der Aufgaben sind die Probleme der Projektierung und die Gutachten der Gutachtergruppe in einer besonderen Gutachterkommission zu beraten, deren Bildung und ordnungsgemäße Einberufung der Leiter der Gutachtergruppe zu veranlassen hat. Der Gutachterkommission sollen der Leiter der Abteilung Plankoordinierung als Vorsitzender und der Stadtbaudirektor, der Stadtarchitekt, der Technische Leiter der Aufbauleitung, der Leiter der Gutachtergruppe, ferner Werktätige aus den Betrieben, insbesondere des Bauwesens, sowie ein Vertreter der Finanzen angehören. Zu den Beratungen sind der Vorsitzende der in Betracht kommenden ständigen Kommission der Stadtverordnetenversammlung, der Hauptplanträger und die zuständigen Fachorgane, der Hauptprojektant, die örtliche Verkehrspolizei sowie ein Vertreter der Verkehrsbetriebe, nach Bedarf auch weitere Teilnehmer hinzuzuziehen. Die Gutachtergruppe fertigt die Begutachtungsdokumente aus, die vom Leiter der Gutachterkommission bestätigt und dem Rat der Stadt vorgelegt werden. Unberührt hiervon bleibt die Tätigkeit des bei der Staatlichen Plankommission bestehenden staatlichen Büros zur Begutachtung von Investitionsvorhaben[10].

Die Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten über Raumprogramm und Bauaufwand zwischen den beteiligten staatlichen Organen ist besonders geregelt. Meinungsverschiedenheiten zwischen örtlichen Planträgern entscheidet der Rat der Stadt im Einvernehmen mit dem Rat des Bezirks. Sind zentrale Planträger beteiligt, so berichtet der Rat der Stadt nach Beratung mit dem Rat des Bezirks an die Staatliche Plankommission und das Ministerium für Bauwesen. Erforderlichenfalls hat die Staatliche Plankommission dem Präsidium des Ministerrates einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.

Dr. Linkhorst

[1] Vom 1. Oktober 1959 (GBl. I, S. 703), Abschn. D I 3
[2] Bekanntmachung vom 15. September 1950 (MinBl. S. 153)
[3] Sonderheft der Schriftenreihe Bauwesen
[4] GBl. II, S. 179
[5] GBl. II, S. 181
[6] VOBl. I 1961, S. 210
[7] GBl. Sonderdruck Nr. 277b, S. 133
[8] GBl. Sonderdruck Nr. 296, S. 21
[9] VOBl. I, S. 303
[10] Siehe Anordnung vom 6. Juni 1958 (GBl. II, S. 126)

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Antennen



Bad Blankenburg/Thür. W., VEB Antennenwerke UKW-, Fernseh-, Auto-Antennen, Antennen-Verstärker, Gemeinschaftsantennen-verstärker für 4, 15 und 50 Teilnehmer, Installationsmaterial für Gemeinschaftsanlagen, Antennen-Installationsmaterial, Selen-Trockengleichrichter, Empfangskonverter, Band IV

Asphaltbeläge

Leipzig, Asphaltwerk Rob. Emil Köllner, Bitium-fußbodenbelag AREKTAN gemäß DIN 1996 für Straßen, Industriebau usw. N 24, Abtnaundorfer Straße 56, Tel. 6 55 62

Aufzüge



Leipzig, Willy Arndt, Kom.-Ges. Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13 Tel. 5 09 07

Aufzugs- und Maschinenbau



Leipzig, VEB Schwermaschinenbau S. M. KIROW, Leipzig W 31, Naumburger Straße 28, Tel. 4 41 21, FS 05 12 59 Personenaufzüge, Lastenaufzüge sowie Kr ken- und Kleinlasten-aufzüge

Akustische Isolierungen



Löbau/Sa., Günther Jähne Vorwerkstr. 5, Tel. 37 49



Berlin-Weißensee, Horst F. R. Meyer, KG, Max-Steinke-Str. 5—6, Tel. 563188 u. 646631

Bauglas



Gräfenroda/Thür., VEB Glaswerk, Tel. 3 20 Gräfenroda Glasdachziegel, Prismenplatten, Glasbausteine, Normalformat hohlgepreßt



Hosena/Lausitz, VEB Glaswerk Prismenplatten für begeh- und befahrbare Oberlichte für Industriebauten

Bautenschutz



Arnstadt/Thür., Heinrich Boll & Sohn, Chemische Fabrik Teer- und Bitumen-Erzeugnisse für Hoch-, Tief- und Spezialbau sowie Hygienebauten nach AIB, TGL und DIN/Holzschutzmittel

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf: 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Bautenschutzmittel

Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau Bautenschutzmittel Korrosionsschutz Technische Beratung kostenlos

Beleuchtungskörper



Wurzen/Sa., Sächsische Broncewarenfabrik Neidhardt & Zimmermann, KG Kunstschmiede- und Schlosserarbeiten für Innen- und Außenarchitektur, Beleuchtungskörper, Laternen, Gitter Badergraben 16, Tel.: Wurzen 27 03

Betonfertigteile

Bad Liebenwerda, Liebenwerdaer Betonwarenfabrik Paul Weiland KG, Schloßäcker Str. 9, Telefon 5 27, Fertigteile für Hausschornsteine

Beton- und Stahlbeton

Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau Mörteldichtungs- und Schnellbindemittel Technische Beratung kostenlos

Bodenbeläge

Auerbach i. V., Bauer & Lenk KG, Parkett-Fabrik, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Dresden N 6, Rowid-Gesellschaft Dietz & Co., Bautzener Straße 17, Telefon 5 33 23 Estrichfußböden, Spachtelbeläge, Poren-Gips-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, PVA-Plattenbeläge



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Hirschfeld, Kr. Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld, Produktionsstätte der Firma Bauer & Lenk, KG Auerbach i. V., Tel. Kirchberg 3 57

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Steinholzfußböden, Linolestriche, PVC- und Spachtelbeläge, Industriefußböden, Rosa-Luxemburg-Straße 8, Ruf 5 10 49

Oberlichtenau, Michael's PVA-Fußbodenspachtel — ein fugenlos glatter, trittfester und raumbeständiger Spachtelbelag für alle unnachgiebigen Unterböden. Beratung durch das Lieferwerk Chem.techn.Werke Böhme & Michael, KG Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

Brunnenbau

Elsterwerda, Otto Schmalz KG, Elsterstraße 1, Großbrunnenbau, Tiefbohrungen, Baugrundbohrungen, Grundwasserhaltungen, Horizontalbohrungen

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG, Arbeitsplatzleuchten Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Dachanstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dachklebemasse

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik, Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Dampfkesselanlagen



Borsdorf, Bez. Leipzig, FRAENKEL, BERGEMANN & CO., Fernruf 3 48 Projektierung und Ausführung von Hoch- und Niederdruck-Dampferzeugungsanlagen

Dichtungsstrick



Gotha/Thür., VEB Weiß- und Teerstrickfabrik, Teerstrick und Weißstrick in allen gew. Ausführungen jederzeit greifbare Standard-Maße
6fach 1/8 etwa 25 mm Ø
8fach 1/4 etwa 20 mm Ø
1fach 1/8 etwa 10 mm Ø
1fach 1/4 etwa 8 mm Ø
Liefer. über VEB Baustoffversorgung oder Wiratex Exportges., Berlin C 2, Rosenstr. 15

Estriche und Steinfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85-89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, Spezialböden für Rollschuh-Laufbahnen, W 31, Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke

Berlin-Grünau, VEB Chemisches Werk Berlin-Grünau Silikatfarben Grünau Wetterfeste Fassadenanstriche Technische Beratung kostenlos

Oberlichtenau



chem.-techn. Werke Böhme & Michael Lack- und Farbenfabrik, Oberlichtenau, KG Bez. Karl-Marx-Stadt, bieten jederzeit Beratung in allen Fragen der zeitgemäßen Anstrichtechnik

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton, W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Flachglasveredelung

Weißwasser/OL., Otto Lautenbach, Flachglasveredelung, Gablenzer Weg 18
Spezialität: Möbelgläser, Küchengläser, Türgläser

Hoyerswerda/OL., Erich Bahrig, Flachglasveredelung, Möbelglas, Beleuchtungsglas, Glasbiegerei, Kozorstraße 3

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), VEB Fotokinoverlag Halle, Mühlweg 19

Fußbodenpflegemittel



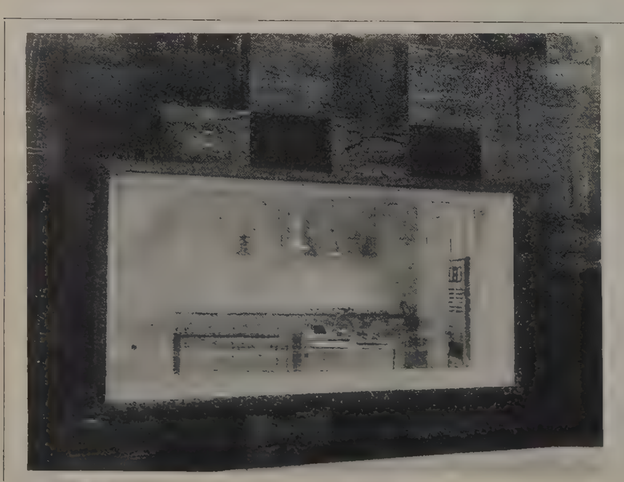
Lutherstadt Wittenberg, Rothemarkt 7—9
Wittol — Bohnerwachs
Wittol — Hartwachs
Wittol — Steinholzpaste
EB 7 — insektizide Bohnerpaste
Emulwachs — für Gummibeläge



SÄUREBAU BYCZKOWSKI KG
BRANDIS BEZ. LEIPZIG
führt Projektierungen aller Säure-Anlagen durch
Säurefeste Bau- und Auskleidungsarbeiten für Betriebe der chemischen Industrie Brauereien und Molkereien in Keramik und Glas in den Farben des Frühlings und Herbstes



LBB





AKUSTISCHE ISOLIERUNG



KWP
Linoleum-kleber
für Handwerk und Haushalt

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Gartenplastiken

Rochlitz/Sa., Gebrüder Heidl, Tel. 7 31
Gartenplastiken aus Natur- und Betonwerksteinen, Katalog frei

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen



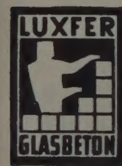
Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions - Vdl. - Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien, „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11
Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Erfurt/Gispersleben, PGH des Bauhandwerks „Aufbau Nord"
Glasstahlbeton-Oberlichte, Glasstahlbeton-Fenster, auch mit Lüftungsflügel
Fernruf: 4 70 64

Glasbeton



Berlin-Weißensee
Liebermannstraße 3—25
VEB Lignolith
Glasbeton-Oberlichte
Beton-Sprossenfenster
Glasbeton-Sonderanfertigungen

Großkochanlagen



Elsterberg,
VEB Wärmegerätewerk,
Telefon 2 14 — 2 16
Großkochanlagen,
Kohlebadeöfen,
Öfen und Herde für feste Brennstoffe

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

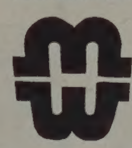
Berlin-Friedrichsfelde, K E D U - Spezial - Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik

Leipzig, VEB Montagewerk,
Leipzig C 1,
Bitterfelder Straße 19,
Ruf 5 07 57

Werk II
Dresden, VEB Montagewerk,
Leipzig,
Dresden A 45,
Pirnaer Landstraße 23,
Ruf 2 82 50

Werk III
Karl-Marx-Stadt, VEB Montagewerk,
Leipzig,
Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3,
Ruf 4 06 67



Wir montieren:
Heizungs-, Lüftungs-,
Rohrleitungs- und Chemieanlagen,
Be- und Entwässerungen,
Gas- und sanitäre Anlagen.
Spezialbetrieb für die Einrichtung von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern



Altenburg, Bez. Leipzig,
Walter Pallmann, KG,
Heizungsbau,
Rohrleitungsbau,
Be- und Entlüftungsanlagen

Heizungsbau

Karl-Marx-Stadt, Dipl.-Ing. Paul Schirner, KG, wärmetechnische Anlagen, Freiberger Straße 20, Ruf 4 06 61

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Industriefußböden

Berlin-Grünau, VEB
Chemisches Werk Berlin-Grünau
Betonhaft Grünau
eine Kunststoffdispersion und dient als Zusatz zu Mörtel und Beton
Technische Beratung kostenlos

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten nur für Industrie, Tel: Dresden 88 12 75

Karl-Marx-Stadt S 8, PGH-Fußbodenbau, Dura-Spezial-Hartfußböden, Rosa-Luxemburg-Str. 8, Ruf 51049

Industrielle Einrichtungen



Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk
(komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolieranstriche

Dahlen/Sa., Paul Aldinger, KG m. staatl. Beteiligung, Chemische Fabrik,
Fernruf 4 34 „Heveasol"-Erzeugnisse

Isolierungen



Hermsdorf/Thür.,
W. Hegemann & Söhne,
Hematect-Werk
Alle bituminösen Sperrstoffe nach DIN und AIB, Falzdichtungen von Betonrohrkanälen bis zu den größten Dimensionen durch Hematect-Sperrgürtel

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

Installationstechnik

Halle (Saale), VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwässerleitungen,
sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Kleber K3
besitzt außergewöhnliche Klebwirkung und ist im Bausektor universell anwendbar beim Verkleben von Holz, Pappe, Glas, Metall, Gips, Mauerwerk, Keramik usw.

Besonders geeignet zum Verkleben abgefallener bzw. neu zu verlegender Wandplatten und Kacheln. Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage durch das Lieferwerk

Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, KG
Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kesseleinmauerung

Gera, Louis Fraas & Co., KG, mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Klebemittel

Oberlichtenau, Spezial-Kleber aus der Produktion chem.-techn. Werke Böhme & Michael, KG
Oberlichtenau, Bez. Karl-Marx-Stadt

1. **Für Kacheln und Wandplatten**
   Michael's Kleber K3

2. **Für Parkett-Verklebung**
   Michael's Parkett-Kleber K5

Kulturwaren



Floh/Thür.,
Wilhelm Weisheit, KG,
Werkstätten für kunstgewerbliche Schmiedearbeiten in Verbindung mit Keramik
Tel.: Schmalkalden 4 79
(24 79)

Kunsthandwerk



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede
Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten



Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstr. 30
Kurt Todt echte Handschmiedekunst,
Türbeschläge, Laternen, Gitter

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Muskau/Oberlausitz, Erna Pfitzinger, Keramiken für Haus und Garten, Anfertigung auch nach Zeichnung Telefon: Muskau 84

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85—89 Tel. 48 55 87 und 48 38 23

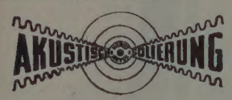
Ladenbau



Bernsdorf/OL, VEB (G) Leichtmetallbau Vitrinen und Preisständer, Konfektionsständer, Garderobenständer, Preisschienen, Sitzgarnituren, sämtl. Möbel aus Leichtmetall, Tel.: Bernsdorf 4 08/4 09

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 4 73

Lärmbekämpfung



Berlin-Weißensee, Horst F. R. Meyer, KG, Max-Steinke-Str. 5/6, Tel. 563188 u. 646631

Leichtmetall-Jalousien



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions - Vdl. - Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Linoleumestriche



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Straße 85—89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Markisoletten, Scherengitter



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions - Vdl. - Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Modellbau

Plauen/Vogtl., Wolfgang Barig, Architektur- und Landschafts-Modellbau — Technische Lehrmodelle und Zubehör, — Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Möbelspiegel

Weißwasser/OL, Lausitzer Spiegelfabrik Anfertigung von Spiegeln aller Art, insbesondere Spiegelgarnituren f. d. Möbelindustrie, Wandspiegel, Kleinspiegel f. d. Etuifabrikation, Glasschiebetüren mit Goldzierschliff, Glasauflegeplatten sowie farbige Glasscheiben usw.

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Parkett-Kleber K5 zum Verlegen und Ankleben von Dünn- und Mosaik-Parkett mit schnellem Antrocknungsvermögen bei gleichzeitiger Beibehaltung einer höchstmöglichen Dauerelastizität und Alterungsbeständigkeit. Alle technischen Einzelheiten durch Anfrage bei dem Lieferwerk Chem.-techn. Werke Böhme & Michael, KG Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Profilglas



Pirna-Copitz, VEB Guß- und Farbenglaswerke, Telefon 6 57 „Copilit"-Profilglas für Bedachung, Trennwände und Industrieverglasungen

Putz und Stuck

Karl-Marx-Stadt, PGH Stukkateure, Putz-, Stuck- und Rabitzarbeiten, Kunstmarmor, Trockenstuck, S 6, Straßburger Str. 31, Tel. 5 52 50

Crimmitschau/Sa., Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

Rauchgas- und andere Entstaubungsanlagen



Krauschwitz/OL, Gebrüder Kreisel & Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei, Drahtwort: Feuerzug, Ruf: Muskau 3 61 — 3 62 Rauchgas- und andere Entstaubungsanlagen: Projektierung, Konstruktion, Produktion, Montage

Rolläden



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions - Vdl. - Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Sonnenschutzrollos



Bernsdorf/OL, VEB (G), Leichtmetallbau, Herstellung von Springrollos, Telefon: Bernsdorf/OL 4 08/4 09

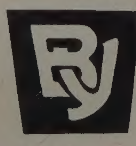


Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions - Vdl. - Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Säurebau



Brandis, Bezirk Leipzig, Säurebau Byczkowski, KG Säurefeste und flüssigkeitsdichte Fußboden- und Behälterauskleidungen für die chemische und metallurgische Industrie. Projektierungen und Beratungen

Schornsteinbau

Cottbus, Ernst Paulick, Schornstein- und Feuerungsbau, Bahnhofstraße 7, Telefon 44 35

Gera, Louis Fraas & Co., KG mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Staubsauger



Döbeln/Sa., Max Knobloch Nachf., KG, „Emka" Handstaubsauger, neue Ausführung, Type 1000

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, KG, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85—89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Teppiche



Münchenbernsdorf/Thür., VEB Thüringer Teppichfabriken Wir fertigen: Tournay-, Bouclé-Teppiche, Brücken, Läufer und Bettumrandungen Schlingenpolware „Ranowa"

Oelsnitz/Vogtl., VEB Halbmond-Teppiche Wir fertigen: Durchgewebte Doppelplüsch-Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegware, Bettumrandungen, Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht

WURZNER WTF TEPPICHE

Wurzen/Sa., VEB Wurzner Teppichfabrik Wir liefern: Teppiche, Läufer und Bettumrandungen in moderner und orientalischer Musterung. Unsere Spezialität: Läufer und Auslegeware

Verdunkelungsanlagen





Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunkelungsanlagen, Tel. 3 81 und 3 82



Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, KG mit staatlicher Beteiligung, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions - Vdl. - Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsicht. Sonnenschutzrollos, Leichtmetall-Jalousien „Lux-perfekt", Markisoletten, Rollschutzwände, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30